Konkret

Magazin für Politik und Kultur

HEFT 1 JANUAR 1987 6,- DM C 4143 E

SDS:
Ein klasse Treffen
§ 218:
Bloß weg damit
CHILE:
Noch lebt der Tyrann

FREIE WAHL
für freie Bürger

in konkret Januar 1987

Von Konkret

Buch des Monats: Die Beweglichkeit des Bauchladens von Georg Fülberth

Georg Fülberth über das Politische Tagebuch von Peter Glotz: »Kampagne in Deutschland«

An Konkret

Der Staat, der Müll und das Wir von Hermann L. Gremliza

Drei Abschnitte über einen Anschlag auf einen Tyrannen von Daniel Huerta; Anonym (lebt in Chile)

Alles klappte. Der Tyrann saß in der Falle. Doch die Panzerfaust, die Pinochet in seinem Daimler zerrissen hätte, detonierte nicht. Das war am 7. September. Wer sind die Frauen und Männer, die ihm, dem Tyrannen, so nahe gekommen waren mit den besten Absichten? Was ist die FPMR? Welche Ziele verfolgt sie?

Viele Terroristen schaffen von Oliver Tolmein

Mit neuen Gesetzen, die zugleich eine ganz alte Tradition haben, versucht die jetzt scheidende, aber wohl bald wieder auftauchende Bundesregierung die Hatz auf die Oppositionellen in der Republik zu verschärfen. Betroffen müssen sich alle fühlen, die nicht einverstanden sind, und es auch noch wagen wollten, ihr Mißfallen öffentlich kundzutun.

Verratene Verräter von Jürgen Saupe

Milde Strafen, neue Pässe und viel Geld - so dealten Bundesanwaltschaft und BKA mit Volker Speitel und Karl-Heinz Dellwo um Aussagen in den RAF-Mordprozessen wegen Buback, Ponto und Schleyer. Nun werden die Kronzeugen amtlich nicht mehr gebraucht, das Bundeskriminalamt packt aus und gibt sie zum Abschuß frei

Vorwärts, jetzt geht´s abwärts von Winfried Wolf

Ein Gespräch in Valdivia von Volkert Ohm

Seit dem 19. September ist Beatriz Brinkmann im chilenischen Valdivia in Haft. In der zweiten Oktoberhälfte reiste der Bremer Rechtsanwalt Volkert Ohm nach Chile, um sich über die Situation der Inhaftierten zu informieren und der Forderung nach ihrer sofortigen Freilassung gegenüber den chilenischen Behörden Nachdruck zu verleihen. Er berichtet, was er erleben mußte.

Wer braucht, der kriegt von Jürgen Reents

Die USA haben sich erwischen lassen bei ihren Waffenlieferungen an den Iran. Andere Staaten sind nicht minder in den Krieg am Golf involviert. Auch die bundesdeutsche Waffenindustrie von Heckler & Koch über MBB bis hin zu Magirus-Deutz - hofft nicht ohne Grund, daß der Krieg noch lange andauern möge und die Kriegsgegner zahlungskräftig genug bleiben, um immer neues Material zum Töten zu bestellen.

Ein bißchen Faschismus darf dabei sein von Wolfgang Schneider

Je strahlender der Optimismus auf den Regierungsbänken, um so härter werden die Zeiten: Nachdem in den USA nun alles nicht genützt hat, um die immense Verschuldung des Staates zu mindern, liberale Politik - was immer das auch sein mag - zu verwirklichen, gehen die US-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler, aber nicht nur sie, ans Eingemachte Sie konnten nicht so, wie sie wollten, weil es da immer noch diese Demokratie gab, die die Parlamente daran hinderte, allein den Wirtschaftlern zu folgen. Das muß anders werden. Stockman, Friedman, Hayek,

Biedenkopf und auch die SPD weisen den Weg.

Magazin

Platzanweiserin von Bernhard Schneidewind

Bücher von Matthias Altenburg

SDS von Detlef zum Winkel; Oliver Tolmein

»Der SDS war die antiautoritäre Fackel, die endlich demokratisches Licht in die postfaschistische Nachkriegsfinsternis brachte«

Herrschaftsfrei wie einst im Mai von Hermann Peter Piwitt

§ 218 von Susanne von Paczensky

Der Abtreibungsparagraph 218 muß verschwinden. Aber wie? Durch die Verfassungsklage, sagt Alice Schwarzer. Durch ein Antidiskriminierungsgesetz, sagen die Grünen. Der SPD ist alles zuviel. Eine langsame Annährung an den gegenwärtigen Stand der Diskussion

Rechts ran, die Geisterfahrer kommen von Dietrich Kuhlbrodt

Ein Film über die Wendigkeit linker Politiker kann nur ein Horrorfilm sein. Freiburger Videofilmer sind deshalb gleich ins Gruselkabinett gegangen. Ihre Dokumentaraufnahmen von dort erinnern stark an Fernsehübertragungen aus dem Bundestag.

Piwitts kleines FeuilletonReinlichkeit und Knecht und Freizeit von Hermann Peter Piwitt

SPD ausgeflaggt/Kritik und Kritik derselben/Die "Zeit" macht nur vor dem Teufel halt/Produktionsverhätnisse und Simulationsverhältnisse/Sein und Zeitgeist/ Nasenstüber für Süskind

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

BROT UND BROTAUFSTRICH oder: Die Inszenierung der Stadt als Museum von Rudolf Schilling

Flächendeckend hat sich die Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahrzehnt mit neuen Museen ausgestattet. Die Städte krönen ihre Zentren nicht mehr wie einstens mit Kathedralen, sondern mit Museumsbauten, die wichtiger geworden sind als die Exponate in den Museen. Frankfurt treibt es von allen Städten am tollsten

Am Ende: Nationalismus von Wolfgang Pohrt

Die bundesdeutsche Historiker-Clique um Hillgruber & Nolte, Fest & Kohl hat Linksliberale wie Habermas hochgeschreckt und bloßgestellt: Denn der hat nichts gegen »Nationales Selbstbewußtsein«, wenn es nur aus »kritisch angeeigneter Geschichte« schöpft - Auschwitz inklusive. Die Nähe zwischen den vermeintlichen Kontrahenten ist dann auch kein Zufall.

Als Kronlügner ungeeignet von Andreas Juhnke

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 01/87, S. 4

Von Konkret

1. Es ist so was von peinlich, aber erstens verlangt's der record of history und zweitens sagt der Dichter, nur Lumpe seien bescheiden. Infolgedessen:

2. Die Nachricht von der Verleihung des Karl Kraus-Preises 1986 an den Feuilletonisten Raddatz erschien in allen örtlichen Tageszeitungen zwischen Flensburg und Passau sowie im »Corriere della sera«, in »Liberation«, in den »Luzerner Neuesten Nachrichten« oder der »Tiroler Tageszeitung«. Auch die Rundfunkstationen berichteten. Verschwiegen wurde die Nachricht von der »Welt«, der »FAZ«, von »Spiegel«, »Stern« und »Zeit« sowie von den Kultursendungen des Fernsehens. Kurzum: Die Presse erfüllte ihre Berichtspflicht; der Betrieb machte Politik. Einer seiner leitenden Angestellten, der einst »Aspekte, Thesen, Schutzumschläge« moderiert hat und jetzt »Westermanns Monatshefte« redigieren darf, erschien bei der Buchmesse am KONKRET-Stand, um mitzuteilen, was der Betrieb von der Preisverleihung halte: »Was Sie da machen, ist faschistoid!« Weil ja nichts so blöd ist, als daß es nicht noch blöder ginge. In Gesprächen mit anderen Messebesuchern kündigte dieser Reinhard Hoffmeister an, daß er in seinem Blatt furchtbar zuschlagen werde. Das ist nun geschehen. Die Geschichte heißt »Flop des Monats - Die Tricks des Hermann L Gremliza«, stammt von einem Ulrich Greiwe und ist von einer literarischen Qualität, die nur mit »sofort sendefähig« bezeichnet werden kann. Hoffmeister läßt Gremlizas Preisrede »das erschreckend wirre Elaborat« nennen, Greiwe zitiert Fassbinder, »dessen Ehrlichkeitsanfall im Titel durch das Inszenierungswerk verwässert wurde«, schreibt von einem »erkundeten Preis«, von »einigen Gedanken, die Karl Kraus während eines Wutanfalls anno dazumal beschlichen« (»dunnemals« wär' auch ‚ne schöne Quellenangabe gewesen), von Raddatz, der »gelassen und gekonnt die roten Fäden seines bisherigen publizistischen Lebens weiterspinnt«, schließlich sei »die Tucholsky-Ausgabe weitgehend sein Guß«, habe er »Reine und Marx biographiert« und »sich mit seiner vielfach gewagten Erzählung ‚Das Kuhauge den Häme-Riten des deutschen Feuilleton-Zoos vom andern Ufer ausgesetzt« - Der Setzer muß einen vergnüglichen Nachmittag verbracht haben. Eine hübsche Formulierung ist dem Greiwe aber doch durchgerutscht, als er KONKRET »so etwas wie die Intensivstation linker Literaturpolitik« nannte.

Das hört man gern.

3. Wie mit dem Karl Kraus-Preis verfährt der Betrieb auch mit Gremlizas Schrift »Wie Hannelore Kohl die Russen bezauberte«. Im Bayerischen Rundfunk berichtete Eckhard

Henscheid:

Zu empfehlen, ja laut zu preisen ist hier und heute ein Buch, das insofern nicht unbedingt zu den unterschätzten zählt, als sein Autor für die deutsche politische Linke respektive für ungewöhnlichen Journalismus respektive Sprachwitz seit mehr als einem Jahrzehnt eine feste Größe darstellt, eine Instanz Wer aber in diesem Sommer und Herbst in den bürgerlichen Feuilletons die berechtigten Elogen auf sein neues Buch suchen sollte, der wird sie in den allermeisten Fällen nicht einmal weit hinter Handke, Allende und Siegfried Lenz finden; sondern überhaupt nicht. Denn in gewisser Weise, so scheint mir, ist dieser Kritiker und Stilist im buntscheckigen deutschen Literaturbetrieb nicht mal als dampfmachender Außenseiter erwünscht - aus vermutlich guten Gründen wird er wohl eher einvernehmlich totgeschwiegen... .Dem nicht nur tendenziell verkommenen Literaturbetrieb ist ein Natur wie Gremliza anders als etwa Wallraff nicht einmal eine Nische namens Links & Unbestechlich mehr wert - und das kommt wiederum schlicht und teuflisch daher, daß der Mann für die herrschenden Verhältnisse zu gut schreibt.

4. Andererseits handelt der Betrieb in Wahrnehmung berechtigter Interessen: Welcher bedeutende Chefredakteur hört es schon gern, daß vollbesetzte Säle schon bei der Nennung ihres Namens in schallendes Gelächter ausbrechen und - wie jüngst in Duisburgs Internationalem Zentrum - nach zweistündigen Lesung das Publikum »Zugabe!« und »Noch *ein* Theo« ruft? Nach Lesungen in Essen, Hamburg, Westberlin, Göttingen, Dortmund, Duisburg, Münster, Marburg, Regensburg, Stuttgart und Kirchheim/ Teck ist Gremliza im Januar mit »Wie Hannelore Kohl die Russen bezauberte« und anderen Schriften zu Gast in:

Düsseldorf am 9.1. um 19.30 Uhr (Heinrich-Heine-Buchhandlung/ZAKK«;

Wien am 19.1. um 18.30 Uhr (Literarisches Quartier »Alte Schmiede«);

Aachen am 22.1. um 19.30 (Hörsaal FO 2/ Karman-Gebäude).

5. Irgendwas hat sich verändert. Die Schrift? Ist geblieben. Die Schriftgröße? Auch nicht. Aber der Satzspiegel und die Spaltenbreite. Genau, die Spalten. War KONKRET bisher vierspaltig, so ist es von dieser Nummer an dreispaltig nicht allein aus ästhetischen Gründen, sondern aus einem ganz einfach merkantilen: Die Anzeigenspalten haben sich vergrößert.

Konsequenz für den redaktionellen Raum:

Die Lesefreundlichkeit ist bei der jetzt längeren Laufbreite der Zeilen größer und die Zahl der Fehler, ob nun Schreib-, Satz- oder Druckfehler, wird sich reduzieren, weil die Zahl der Trennungen reduziert ist. Vielleicht ist das für die eine oder den anderen künftig Anlaß, mehr über die Inhalte als über die Schreib-, Satz oder Druckfehler - Leber-tran-sport oder so - zu lamentieren.

Ansonsten bleibt alles, wie es wird. Genau so!

6. Frohe Feste allen, die es erwarten.

Konkret 01/87, S. 6

Georg Fülberth

Buch des Monats: Die Beweglichkeit des Bauchladens

Georg Fülberth über das Politische Tagebuch von Peter Glotz: »Kampagne in Deutschland«

1984 schrieb ein radikaler Professor in Hannover, einst Mentor der Studentenbewegung, das gedankenreiche Buch »Lebendige Arbeit, enteignete Zeit«. In der allerletzten Fußnote erwähnte er den Band, »Die Arbeit der Zuspitzung«, welchen der Bundesgeschäftsführer der SPD gerade herausgebracht hatte: »Dieses jüngste Buch von Glotz habe ich erst in die Hand bekommen, als meine Schrift bereits weitgehend fertig war. Es ist in vieler Hinsicht eine sehr bemerkenswerte Schrift.« Danach kommt noch großes Lob.

Ein anderer linker Denker, Herausgeber einer Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften in Westberlin, publizierte 1985 ein Buch über »Pluralen Marxismus«. Peter Glotz hat es in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung für Deutschland« besprochen. Er lobt, daß der Verfasser sich mit den Dogmatikern überworfen habe. Dessen Idee von einer Gleichberechtigung innerhalb der Linken sei aber Unsinn. Die SDP müsse führen.

Durch einen Teil der sozialwissenschaftlichen und literarischen Intelligenz der Bundesrepublik und Westberlins geht - unabhängig von ihrem Wahlverhalten - ein Zug zum Sozialdemokratischen. In letzter Zeit hat er sich wohl wieder verstärkt. Dies mag eine gewisse zeitweilige Zwangsläufigkeit haben. Die Apparatfigur, welcher derlei entgegenkommt, kann durchaus banal sein.

In diesem Fall ist es ein Kommis mit Doktortitel. Er formuliert manchmal gut, aber er bringt keinen eigenen Entwurf - weder »Wandel durch Annäherung« {Bahr) noch (rechts) »Die Neue Soziale Frage« - auf den zündenden Begriff.

Der Mann ist aseptisch, und er will es sein. Vielleicht legt er nachts eine Cellophan-Folie auf seine Bettmatratze. Die raschelt bei jeder Bewegung. Das wird dann gedruckt.

»Vorteil meiner Konstitution: Ich brauche wenig Schlaf. Nach fünf Stunden bin ich arbeitsfähig, nach sechs absolut frisch. Ich wäre verloren ohne die telefonlosen Stunden zwischen sechs und acht Uhr, in denen ich lese und diktiere.« Dann studiert er Schriften von Walter Rathenau, Antonio Gramsci, Georg Simmel, Ernst Cassirer. Er schenkt uns Zitate.

Am meisten fasziniert ihn Rathenau. Dieser Imperialist, Organisator der kaiserlichen Kriegswirtschaft, Vorstandsvorsitzender der AEG, kam im Ersten Weltkrieg zu dem Ergebnis, daß er seine Ziele in einer parlamentarischen Demokratie viel besser erreichen könne. Allerdings müßten die Sozialdemokraten mitmachen. In Rapallo schloß er mit Sowjetrußland einen Vertrag und gab seinen kapitalistischen Klassenbrüdern in Frankreich und Großbritannien so einen Wink mit dem Zaunpfahl: die Aufnahme des Deutschen Reiches in die westliche Wertegemeinschaft dürfe nicht länger verzögert werden, sonst sei es zur Schaukelpolitik gezwungen. Die »Organisation Konsul« verstand gar nichts und schoß ihn tot.

Von Rathenau hat Glotz eine fixe Idee, welche er so beschreibt: »Eine entschlossene Industriepolitik des Staates, die nicht gegen, sondern mit Gewerkschaften und Sozialdemokraten vorangetrieben werden sollte« Hier findet er auch seine Vorstellung von einer Verbindung »der nachdenklichen Teile der ökonomisch führenden Schicht mit der Arbeiterbewegung«. Außenpolitisch sei Rathenau ein Vorläufer von Brandt, Palme und Bahr.

Von Antonio Gramsci verwendet Glotz ein paar Sätze und Wörter, zum Beispiel »Hegemonie«, »Historischer Block« und »Stellungskrieg«. Letzteren interpretiert er zutiefst schöpferisch. Für den Leninisten Gramsci war Stellungskrieg die konkrete Bedingung, unter der eine revolutionäre Umwälzung in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten des Westens allein durchgesetzt werden kann. Bei Glotz ist es gerade das Gegenteil: die Unmöglichkeit jeder Revolution, ein ständiges Hick-Hack, aus dem sich die Sozialdemokraten auch nicht heraushalten dürfen. Schöner wäre es allerdings schon, man könnte darauf verzichten. »Wirtschaftsdemokratie oder Stellungskrieg?« - so lautet eine Kapitelüberschrift in einem früheren Buch von Glotz (Die Arbeit der Zuspitzung). Sehr interessiert ihn Gramscis Text über die süditalienische Frage, denn: »In Deutschland könnten wir längst eine vergleichbare Analyse der ‚Frage des Südens' brauchen.« Das schreibt er in seinem neuesten Buch, und er meint ganz unverkennbar nicht Sizilien und Apulien, sondern Baden-Württemberg und Bayern.

Die Kreissekretäre, Abgeordneten und Betriebsräte, mit denen er ab acht Uhr zusammensitzt, haben kaum die Zeit, seine Zitate zu überprüfen. Manche mögen stolz sein auf einen Bundesgeschäftsführer, der mit der Stenorette denkt. Und seine Freunde unter den Professoren sind glücklich darüber, daß ein Mensch, der den Schmidt »Helmut« nennen darf und den Vogel so anredet: »Ja, Peter...«, daß also ein solch privilegierter Kammerdiener der Macht zuweilen in ihren Paperbacks blättert.

Gramsci ist schwer, Kalender ist leichter. Aber auch da kann etwas rnißlingen. Unter dem elften Mal neunzehnhundertundzweiundachtzig notiert Glotz: »Karry ermordet«. Folgen zehn Zeilen Trauer-Respekt. Der Todesfall

war aber ein Jahr früher.

Unser Autor ist auch ein Poet. Eine von ihm erzählte Mini-Geschichte heißt »Aus dem Wagen« und lautet so: »Ein häßliches Mädchen geht die Straße entlang. Sie lächelt, gestikuliert ein wenig mit der linken Hand, redet mit sich selbst. Ihr Kopf geht hin und her; sie ist glücklich.« Das ist nun ein Fall fürs KONKRET-Literatur-Rätsel. Frage: Wer wird hier imitiert?

Das Ich, welches sich in diesem Buch sichtbar machen will, kann durch ein Personalpronomen eigentlich nicht bezeichnet werden, sondern nur durch eine Konjunktion. Es spaltet sich nämlich durch den Versuch auf, allezeit irgendwas mit irgendwas zu verbinden. Glotz wählt selbst ein Bild dafür: Grätsche. Was aber ist die Unvereinbarkeit, welche ihn so quält? Am Ende redet er sich ein, die sozialdemokratischen Arbeiter hätten die Pershings gewollt, die Lehrer in der SPD aber nicht. Da geht es aber schon längst nicht mehr um Falsch oder Richtig, sondern um andere Fragen:

Was schreiben die Zeitungen? Wieviele Mitglieder treten aus? Was kommt wie an?

»Nicht einmal die Frage, ob wir die vielen Abschußrampen in unserem Land noch um ein paar erhöhen, ist entscheidend. Entscheidend ist: Die Leute bekommen den Eindruck, daß die Bourgeoisie den Scheck ausschreibt und wir nur noch unsere Unterschrift daruntersetzen«. Er meint: das darf schon sein, aber niemals soll es so scheinen.

Schmidt hatte die jungen Leute vergrault, weil er das Eingeständnis von Angst als Produkt des inneren Schweinehundes bezeichnete. Glotz will den Verlust wieder hereinholen. Also weist er immer wieder Angst vor. Meist handelt es sich um die Befürchtung, daß irgendwas auseinandergeht, was seiner Meinung nach zusammengehört.

Die hektische Kombinationswut mag Ausdruck eines schrecklichen Erlebnisses sein: In Glotzens Amtszeit als Staats- und Parteifunktionär breitete sich das grüne Malheur aus. Als er Wissenschaftssenator in Westberlin wurde, hatte die SPD noch das parlamentarische Monopol auf der Linken. Das ist jetzt vorbei. Doch hatte er seinen Auftrag anfänglich auch etwas anders begriffen: Kommunistische Unterwanderung erkennen, zernieren und ausschalten. So geht es dem Tormann: Wenn er sich auf die falsche Ecke konzentriert, schlägt es woanders ein.

Weil das so ist, frage ich mich, weshalb sich Peter Glotz überhaupt so abstrampelt und kaputtgrätscht. Auch er braucht acht Stunden Nachtschlaf, er weiß es wohl nur nicht. Es wäre besser für ihn, er bliebe morgens länger liegen und verbrachte dann den Tag mit Rathenau-Lektüre, Gramsci muß ja nicht sein. Zu einem entspannten Besuch abends im Ortsverein würde es immer noch reichen. Nach einem Gespräch mit Hans Magnus Enzensberger über »abgelegene Literatur« notiert er: »Für drei Stunden keine Gelenkschmerzen.« Na also. Es wäre ein schönes Leben, ohne Schuldgefühle, etwa wegen verlorener Wahlen. Peter Glotz hat eigentlich nie so richtig eine gewonnen. Daran ist er unschuldig. Die nächste ginge auch ohne ihn daneben.

Peter Glotz: Kampagne in Deutschland. Politisches Tagebuch 1981-1983. Hoffmann und Campe Verlag, 318 Seiten, DM 34,-

Konkret 01/87, S. 8

An Konkret

NEGER

KONKRET 11/86: »DIVERSE«

Wenn Ihr Euch diese Ausgabe genauer anschaut werdet Ihr merken, daß mindestens zweimal ganz groß der »Neger« bzw. die »Negerin« rausgestellt wird. Auch wenn ihr damit die Haltung anderer politischer Köpfe als Eure eigenen darstellen möchtet ist das nicht o.k.

Das Wort »Neger« ist ein Relikt des Kolonialismus und gehört aus unserem Sprachschatz langfristig gestrichen, nicht noch zusätzlich propagiert.

Falls Ihr noch nicht wißt, was deutschsprechende Schwarze über das Wort »Neger« denken, fragt doch einfach mal einige.

MARION SCHNEIDER

FREIBURG

AFFE TOT...

KONKRET 11/86: »BIERMANN, WAS HAST DU BLOß AUS DIR GEMACHT?« ZUM BIERMANN-JUBILÄUM SCHRIEB EDELGARD ABENSTEIN

Daß Sie einen derartig langen Artikel über den Arbeitnehmerverräter Biermann veröffentlichen, ist nicht zu fassen. Kein Wunder, daß die westdeutsche Linke am Boden liegt.

WOLFGANG WALLENWEIN

DÜSSELDORF

Die Verfasserin teilt mit, es gebe viele Biermanns, und sie fragt sich: »Wie die alle unter einen Hut kriegen? Welchem ‚Affen Zucker geben, wenn sein Name fällt? Dem, der sich krault und schaukelt vor Vergnügen, wenn er hört, wie Biermann auf dem sanft schlummernden VS-Kongress dem ehemaligen Vorsitzenden des DDR-Schriftstellerverbandes Hermann Kant mit Blitz und Donnerschlag in die Parade fährt oder wie er.. .von der Platte. ..singt...«

Nun nehme ich nur ungern den Affen ihren Zucker weg, aber einen Biermann mag ich nicht auf mir sitzen lassen. Abgesehen von der verwirrenden Satzkonstruktion, scheinen Frau Abensteins Erinnerungen und Betrachtungen auf eine weitere Jerewan Variante hinauszulaufen: Stimmt es, daß Biermann Ihnen, dem ehemaligen Vorsitzenden des DDR-Schriftstellerverbandes, auf dem VS-Kongress mit Blitz und Donnerschlag in die Parade gefahren ist?

Im Prinzip ja, nur war ich nie auf einem VS-Kongress, nur war Biermann meines Wissens auch nie auf einem VS-Kongress, nur sind wir auf keinen Fall zusammen auf einem VS-Kongress gewesen, nur ist B. dem K. infolgedessen auch nicht auf einem VS-Kongress in die Parade gefahren, nur bin ich nie der ehemalige Vorsitzende des DDR-Schriftstellerverbandes gewesen, sondern bin, leider, nach wie vor Präsident der genannten Vereinigung.

Ob Frau Abenstein da etwas mit dem Radetzkymarsch verwechselt hat? Könnte es sein, sie meint - die Beschreibung als »sanft schlummernd« deutet darauf hin, - einen PEN-Kongress? Könnte es sein, sie meinte nicht den Präsidenten des DDR-Schriftstellerverbandes, sondern den Präsidenten des DDR-PEN-Zentrums? Nicht Kant, sondern Kamnitzer? Den immerhin soll B. jüngst in Hamburg angemotzt haben. Gruß an Frau Abenstein, und gegen künftige Verwechslungen soll sie sich einfach merken: Kant is a four-letter-word.

Nachdem ich Stilsicherheit und Faktentreue von Edelgard Abenstein gewertet, die Femininquote in Anschlag gebracht und den Maßstab angelegt habe, mit dessen Hilfe Euer erster Karl-Kraus-Laureat ermittelt wurde, wage ich eine Anregung...

HERMANN KANT

BERLIN/DDR

HYMNE

KONKRET 11/86: »LANGER KOMMT...« DETLEF ZUM WINKEL PORTRAITIERT

THOMAS EBERMANN

Zu der Zeit da Kohl Kanzler und die SPD ihrem Ende entgegensiechte, gebar Gottvater Gremliza, der Allwissende, seinen Sohn Thomas E. »Langer« und sandte ihn ins Wasserwerk, auf daß ein jeder von dessen Reinheit im Geiste und Ideologie Kenntnis nehme. Und in dieser Zeit der Kopfgeburten bleibt mir, Maria Magdalena gleich, nur die Aufgabe, Vater und Sohn die Füße zu küssen.

SYLVIA SCRNECK-VOLLAND

SCHWÄBISCH-GMÜND

SAG NEIN

KONKRET 10/86: »MENSCH BULLE« VON

MARTIN RICK

Endlich mal den vielzitierten Nagel auf den noch öfter zitierten Kopf getroffen.

Tatsächlich ein halbwegs intelligenter, halbwegs psychologisch denkender Kopf kann Erklärungsmuster für Polizei-, wie anderes (Vergewaltiger-) Verhalten finden. Aber, ganz richtig Martin, ein Entschuldigung für Knüppeleien und andere brutale Übergriffe sind diese nicht.

Auch wenn viele »Liberale« diesen Vergleich zu hart finden (wer fragt die Opfer, ob sie lieber von einem SS-Mann oder von einem Polizisten zusammengeschlagen werden?):

Der durchschnittliche KZ-Aufseher war auch kein »sadistischer Perverser«, sondern ein manipulierter, nicht-denkender Kleinbürger, der nur »seine Pflicht« tat. Aber bei allem »Produkt-der-Umwelt-sein«, ein letztes Quentchen Eigenverantwortung verlange ich von jeder/jedem.

Und für diese wie für jene gilt das Gedicht Wolfgang Borcherts »Dann gibts nur eins«.

»Du, Mann auf dem Revier mit der weißen Mütze. Wenn sie Dir morgen befehlen, Du sollst keinen alten Mütterchen mehr über die Straße helfen, sondern AKW-Gegnern und anderen Demonstranten auf die Birne hauen, dann gibts nur eins: SAG NEIN.«

HARALD MUCKE

KIEL

EXEMPLARISCH

KONKRET 12/86: »HIER BEDIENT SIE HERR KOHL« VON HERMANN L. GREMLIZA

Bundeskanzler Kohl kann einem fast leid tun. Denn er bestätigt besonders exemplarisch, was schon Carl von Ossietzky in der »Weltbühne« vom 6. November 1928 zu den typischen deutschen Führungspolitikern und den sie Wählenden schrieb: »Deutschland ist das einzige Land, wo Mangel an politischer Befähigung den Weg zu den höchsten Ehrenämtern sichert. So wie gewisse Naturvölker Schwachsinnigen göttliche Ehren entgegenbringen, so verehren die Deutschen den politischen Schwachsinn und holen sich von dorther ihre Führer. Darin überbieten sie ohne Zweifel die wilden Völker, die sich auf die Adoration beschränken und die scheue Bewunderung, aber sonst mit ihren Dorfkretins weder in den Krieg ziehen noch in den Frieden.«

HANS WITTEK

LEUTKIRCH

AFFEKTE

KONKRET 12/86: »DIE UNTERGANGSVISION ALS STAHLBAD« VON WOLFGANG POHRT

Die Idee der »Stimmungsmetamorphose« ist durchaus spannend, in dieser rein darstellenden Form allerdings nicht unproblematisch, da die eigentliche Funktion dieses »Phänomens« nicht klar wird.

Stimmungen, von Lohnschreiberlingen im Verwertungsinteresse des Kapitals - wenn nicht bewußt, so doch durchaus gezielt verbreitet, sind schließlich dazu da, Emotionen der Hilflosigkeit, Angst und Resignation zu kanalisieren, um hinter

ihrem Rücken »Realpolitik« zu betreiben. Diese ihrer eigentlichen Erkenntnisfunktion (und damit vom Verstand) entbundenen Affekte sind nichts weiter als der Ausdruck der mehrheitlichen Ausgeschlossenheit von der Verfügung über die eigenen Lebensbedingungen.

Mit der Entlarvung fehlgeleiteter Bewegungen zur Erlangung derselben und mit Polemikkanonen auf intellektuelle Spatzenhirne ist es nicht getan.

Wer hat was davon? Das ist doch die entscheidende, wenn auch inzwischen langweilige Frage.

Ach ja, und dann immer diese Überdosis an obszönen Psychovokabeln - dem Laien wird's schwindelig und der ‚Fachmann' kriegt's Jucken.

GREMLIZAS EXPRESS

Als einstige Genossin F.X. Kroetzens möchte ich die Frage wie folgt beantworten:

Der Weichmänner oder -frauen abzugeben wären sicherlich einige. Die meisten davon verschwinden zum gegebenen Zeitpunkt freiwillig. Soweit zur parteiinternen »natürlichen Selektion«.

Eine Anwendung des Parteistatuts im Wortsinne können wir uns leider gerade in Bewußtseins-strukturschwachen Gebieten nicht leisten...

ANDREA SCHÖN DARMSTADT

WEG

KONKRET 12/86: SEITE 42

Wo ist Genosse Bronislaw Swatilow?

ANDREAS SCHlKORA BERLIN WEST)

(Hinter dem linken Schraubenblatt des Panzerkreuzers »Aurora«, aus Jux, d. Red.)

RECHTSNACHFOLGER

KONKRET 12/86: »EIN ENDE OHNE SCHRECKEN« VON WALTER BOEHLICH.

Das kein Mörder des Volksgerichtshofes und der Sondergerichte von einem bundesdeutschen Gericht rechtskräftig für die begangenen Verbrechen verurteilt wurde, ist mehr als beschämend aber nicht verwunderlich.

Nach der Gründung des Provisoriums BRD, wurden die meisten dieser Verbrecher schrittweise in den Justizapparat und andere Behörden integriert. Hier sprachen oder forderten sie weiterhin Recht, natürlich ganz im rechten Sinne, und übertrugen ihre rechte Gesinnung auf die nachfolgenden Generationen der Juristen im Staatsdienst (wie die Alten sungen, so zwitschern auch die Jungen!).

Diese Auswirkungen werden voraussichtlich zunächst bis ins Jahr 2933 zu spüren sein und falls dann der Rechtsnachfolger (und rechts-Nachfolger) des 3. Reiches kein Provisorium mehr sein sollte, wird mit der Verkündigung des 10000jährigen Reiches diese faschistische Tradition (auch wie schon heutzutage bei den Schreibtischtätern des mittleren Staatsdienstes) fortgesetzt.

R.F. STRAFGEFANGENER (Name d. Red. Bekannt)

Konkret 01/87, S. 10

Hermann L. Gremliza

Der Staat, der Müll und das Wir

Die Bundestagswahl wird ausgehen, wie sie ausgehen soll: Kohl bleibt Kanzler - weiter so, Deutschland! In freier und geheimer Wahl wird bloß ausgewürfelt, ob die Union allein, zusammen mit der FDP oder toleriert von der SPD regieren darf. Viertes gibt es nicht: Die Wahl einer sog. »rot-grünen« Koalitionsmehrheit hat der Bundesverband der deutschen Industrie nicht zugelassen - und es wäre das erste Mal in der Geschichte der bürgerlichen Demokratien Westeuropas und Nordamerikas, daß sich das Kapital von der Wahl einer ihm unerträglichen Regierung überraschen ließe. Brandt konnte 1972 nur Kanzler werden, weil das den Herrschenden damals so zupaß kam, daß sie ihm extra die FDP rüberschoben. (Später fanden sie, daß ihnen Schmidt doch lieber sei. Und so geschah es.)

1986 ist die herrschende Stimmung, welche die Stimmung der herrschenden Stimmungsmacher ist, eine ganz andere. Nicht Modernisierung der Gesellschaft und Erschließung der osteuropäischen Märkte Stehen auf dem Programm, sondern ideologische, ökonomische und militärisch-polizeiliche Zurüstung für die Zeit, die sogar der wirtschaftsweise Professor Gutowski nahen sieht: »Eine Rezession wird sicher kommen...« Johannes Rau, dieser Kalauer auf einen sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten, ist (auch wenn er sich Mühe gibt, den Eindruck zu erwecken) nicht vom Himmel gefallen. Seine Nominierung zeigte, daß die SPD den Stimmungskanonen nicht widerstehen wollte oder konnte. Und sogar dieser Rau, sagt Dregger, sei »ungeeignet, Deutschland zu regieren«. Denn was da gewählt werden soll, ist tatsächlich die Regierung eines anderen Staates. (Zur Erinnerung: der real existierende heißt Bundesrepublik.)

So sehr entschieden scheint den Leuten die Wahl, daß sich der gewohnte Zauber nicht einstellen will. Das gibt Gelegenheit mit ein paar Überlegungen zum Wesen der reinen Wahl und der parlamentarischen Demokratie zu nerven:

In einem Bericht über das Veteranentreffen des SDS hat die westberliner Stadtillustrierte »Zitty« eine bemerkenswerte Beobachtung notiert: »Beide (zwei bekannte APOlogeten) haben gelernt, daß es zur parlamentarischen Demokratie und zum freiheitlichen Rechtsstaat historisch keine Alternative gibt, ja, daß jenseits des Kapitalismus Freiheit des Andersdenkenden und das Recht auf Dissens keine Wirklichkeit haben noch hatten.« Das ist nett gesagt und heißt:

Die Voraussetzung dieser Freiheit ist die Herrschaft des Kapitals; ein Gegner des Kapitals ist ein Feind der Demokratie. Es versteht sich von selbst, daß Feinde der parlamentarischen Demokratie in einem demokratischen Parlament nichts zu suchen haben, weshalb, wer da rein will, Bekenntnisse wie das zitierte ablegen muß.

Das erklärt, welchen Aufwands (vom Gemeinschaftskunde-Unterricht bis zur Beklebung der letzten Pissoirwand) es bedarf, wenigstens die Mehrheit der Proleten zur Wahrnehmung ihres edelsten und einzigen politischen Rechtes zu nötigen, und warum auch das nicht hilft, wo deutsche Disziplin fehlt. In den USA gehen keine fünfzig Prozent zu den Wahlen, weil der Souverän auf den Schaden, nichts zu sagen zu haben, nicht auch noch den Spott häufen will, er sei zu blöde, das zu merken. Die beiden Kandidaten für die Präsidentschaft werden von zwei Dutzend mächtigen Leuten »gewählt«, und wer Demokratie, ganz vulgär, mit Herrschaft des Volkes übersetzt, wird der Ansicht kaum widersprechen können, daß Michail Gorbatschows Weg ins Politbüro von mehr Volk geprüft und gebilligt wurde als der Ronald Reagans ins Weiße Haus. Da ging grade noch jeder vierte Wahlberechtigte hin, um zwischen Pest und Cholera ein Kreuzchen für die Pest zu malen (von der sich die Kohl-Ära nicht wesentlich unterscheidet), während Gorbatschow sich zahllosen Wahlen in einer Partei von mehr als achtzehn Millionen Mitgliedern zu stellen hatte, bevor er Generalsekretär wurde und von einem politischen Prokuristen der chemischen Industrie mit Goebbels verglichen werden konnte.

Der Parlamentarismus, sagt der Dichter, ist die Kasernierung der politischen Prostitution. Auch hier glaubt die Kundschaft an Liebe, nämlich daß ein auf fünfhundert Vertreter verkleinertes Gesamtvolk seiner Willen geschehen lasse. In Wirklichkeit ist das Parlament die geniale Einrichtung, mittels derer die Herrschenden dem Volk mitteilen, welchen Willen es haben dürfe und welchen nicht. Gerade ein Jahr ist der einst militante Hausbesetzer und Streetfighter Minister einer »rot-grünen« Koalition, da schreibt er seinen Freunden einen »Gruß von mittendrin in der Scheiße«: *»Wir* haben noch 10.000 Tonnen Filterstaub in Zwischenlagern... Für diese Menge suchen *wir* eine oberflächige Monodeponie. - Daß *wir* hier in Hessen einen furchtbaren Sachzwang vorgefunden haben, daher noch längere Zeh exportieren müssen (mit all den Fragwürdigkeiten und Risiken gegen meine eigene Überzeugung), was ist daran ‚Politiker-Phrase'?«

Wer sagt ihm, daß es eine Partei gibt, die seit über hundert Jahren gegen ihre eigene Überzeugung sich den Sachzwängen beugt? Und ‚wie die Sache richtig heißt? Ein Haus, Herr Besetzer a.D., ist eine Sache. Den Zwang übt der Hauswirt. Sachzwang ist Kapitalinteresse. Ach, wie schnell das geht:

Wir haben Filterstaub - bei dieser Enteignung lacht das Herz des Expropriateurs Die bürgerliche »Frankfurter Neue Presse«: »Der Bürgerschreck Josef Fischer... erwies sich keineswegs als der Gott-sei-bei-uns, als der er vorher apostrophien

wurde. Kennzeichnend für die Bilanz des ersten grünen Ministers ist, daß einem vor allem einfällt, was nicht passiert ist.« Fischer ist gewiß ein begnadeter Opportunist, aber das wäre jedem so gegangen, selbst der Jutta Ditfurth (die das wohl kommen sah).

Nein, übers Parlament, diese politische Assekuranz der Kapitalherrschaft, ist antikapitalistische Politik nicht zu machen. Günstigenfalls sind die brutalsten, aggressivsten Kapitalfraktionen ein wenig zu mäßigen, indem etwa Sozialdemokraten zwar den Unternehmern erlauben, ihre Arbeiter auszusperren, den Ausgesperrten aber nicht auch noch die Arbeitslosenunterstützung streichen lassen. Dennoch kommt der 25. Januar ganz gewiß, und auch wer sich nicht zu den »Menschen« zahlt, um die 1983 der Kohl »rang« und jetzt die Wende präsentiert ihre Wechsel - der Rau »ringt« sowie das Sozialistische Büro (Narr/Vack: »... in den Kampf um die Menschen eintreten«) fragt sich: Was tun?

Also erst einmal: kalt genießen; sehen, was überhaupt zur Wahl steht. Eine Koalition aus SPD und Grünen ist so wenig zu haben wie eine von den Grünen tolerierte Minderheitsregierung der SPD; selbst wenn alle grünen Abgeordneten dazu bereit wären - die Freunde, die sich das Kapital der BRD und der USA bei den Sozialdemokraten gemacht hat, würden es verhindern. Eine geringe Chance hat, wenn die FDP endlich raus fliegt, eine von der SPD tolerierte Minderheitsregierung der CDU/CSU - als Vorstufe zu einer großen Koalition, auf die die Genossen jetzt noch nicht vorbereitet sind. Alles andere ist wahrscheinlicher und schlimmer: schlimm die Fortsetzung der amtierenden Koalition, am schlimmsten eine Alleinregierung der Union.

Wer nicht wählt, weil ihm nichts davon paßt, wählt, was ihm am wenigsten paßt. Dann SPD oder die Grünen? Vielleicht doch die Grünen, damit Rau noch heftiger als erwartet aufs Maul fällt und die SPD die Grenzen des Zumutbaren erkennt? Wird das nicht die Illusionen bestärken, die grüne Wähler von ihrer Partei haben und diese von der parlamentarischen Demokratie?

Fragt mich nicht. Malt ein Kreuz. Nehmt's nicht so wichtig.

Malt's trotzdem.

Konkret 01/87, S. 12

Daniel Huerta; Anonym (lebt in Chile)

Drei Abschnitte über einen Anschlag auf einen Tyrannen

Alles klappte. Der Tyrann saß in der Falle. Doch die Panzerfaust, die Pinochet in seinem Daimler zerrissen hätte, detonierte nicht. Das war am 7. September. Wer sind die Frauen und Männer, die ihm, dem Tyrannen, so nahe gekommen waren mit den besten Absichten? Was ist die FPMR? Welche Ziele verfolgt sie?

I. Was passierte am 7. September 1986?

Bericht von Comandante Bernardo, Kommandant des »Kommando 4. September« an die Nationale Leitung der FPMR (Auszüge)

Mittwoch 3. September

9.00 Informationen aus dem Umkreis des Tyrannen bestätigten seine Absicht, sich zwischen dem S. und 7.9. in seiner Residenz »El Melocoton« (außerhalb Santiagos) aufzuhalten.

20.00 Die Einheiten 501, 502 und 503 der FPMR werden in das ausgewählte Haus in »La Obra« (an der Straße nach Melocoton) verlegt. Die Kombattanten verbleiben dort bis Sonntag, den 7.9., und erhalten die letzten Anweisungen von Offizier Sanchéz und Obergefreiten Fernandez, die bereits zuvor für die Instruktion der Kombattanten verantwortlich waren.

Sonntag 7. September

15.00 Die Einheit 502, bestehend aus 7 Männern und 5 Frauen, begibt sich an den Ort des Geschehens.

l5.15 Die Einheit 503, bestehend aus 4 Männern und 3 Frauen, begibt sich an ihren Platz mit der Order, den Tyrannen passieren zu lassen und seine Verfolgung aufzunehmen.

15.30 Die Einheit 501, bestehend aus 4 Männern und 2 Frauen, begibt sich in einem Kfz mit Wohnanhänger an den vorgesehenen Ort.

15.30 - 18.30 Die Einheiten verharren in Warteposition

18.31 Der Kommandant der Operation macht den Konvoi des Tyrannen aus und gibt Anweisung an die Einheiten 501 und 502; die Einhit 503 nimmt unbemerkt die Verfolgung auf.

18.32 Einheit 501 versperrt dem Konvoi den Weg, nachdem sie die Motorradeskorte passieren ließ. Kombattant Manud kreuzt mit dem Wohnwagen die Straße, Kombattantin Amalia neutralisiert mit einer MP-Garbe das erste Fahrzeug der Eskorte, Kombattant Esteban bekämpft mit Gewehrfeuer die Motorradeskorte, von der einer entkommt. Einheit 502 eröffnet das Feuer von der Flanke, Kombattant Arturo trifft mit einer Panzerfaust das zweite Fahrzeug der Eskorte, die gegen das dritte gerichtete Panzerfaust hat Ladehemmung, während die gegen das Fahrzeug des Tyrannen gerichtete zwar die Heckscheibe trifft, jedoch nicht detoniert. Die übrigen Kombattanten unterstützen die Aktion mit Gewehr- und MP-Feuer.

Einheit 503 versperrt den rückwärtigen Fluchtweg mit Gewehr- und Granatfeuer; Kombattant Rafael zerstört mit seiner Panzerfaust das letzte Fahrzeug des Konvois.

18.33 Die drei Einheiten eröffnen MP- und Gewehrfeuer auf die Eskorte, die entsetzt flieht, bzw. sich unter ihren Fahrzeugen versteckt. Der Kommandant der Eskorte, Cpt. Mac Lean, verkriecht sich, von Panik erfaßt, unter seinem Fahrzeug, wo ihn eine Granate am Bein verletzt. Ohne die Führung ihres feigen Kommandanten flieht der Rest seiner Männer, ohne weiteren Widerstand zu leisten.

Der Tyrann, der sich hinter der Panzerung seines Fahrzeugs verbirgt, rettet sich dank des Versagens zweier auf ihn gerichteter Panzerfäuste. Ohne Rücksicht auf das Schicksal seiner Eskorte flieht er entsetzt in Richtung seiner Residenz. Unsere Einheiten – ohne weitere Panzerfäuste und Granaten – versuchen ihn mit Gewehrfeuer aufzuhalten. (Späterer Kommentar von Comandante Daniel: Das Auto, das den Rückweg versperren sollte, war zu klein, um die Straße völlig abzuriegeln.)

18.40 Nach der Flucht des Tyrannen schenkt der Kommandant der Operation den Verletzten das Leben und gibt das Signal zum Rückzug.

18.41 Der Rückzug beginnt unter Benutzung von zuvor installierten Blaulichtern und Sirenen, die die Sicherheitskräfte des Feindes irreführen.

18.42 -18.45 Unsere Fahrzeuge passieren die lokale Polizeiwache, wo ihnen die dort postierten Polizisten salutieren, die sich bemühen, die stark befahrene Straßenkreuzung freizuhalten. Auf dem Rückweg begegnen unseren Einheiten zahlreiche Fahrzeuge der Sicherheitskräfte.

19.00 Rückzug beendet.

19.30 Der Kommandant der Operation erstattet der Nationalen Leitung der FPMR Bericht.

Wenngleich der Tyrann nicht getötet wurde, wurde doch seine Verwundbarkeit und seine Feigheit demonstriert, und früher oder später wird ihn seine gerechte Strafe ereilen.

Er gibt vor, ein chilenischer Soldat zu sein und ist doch nur fähig, die Waffe zu ergreifen, um eine wehrloses Volk zu massakrieren, nicht aber um an der Spitze seiner Eskorte zu kämpfen, wie es ein echter Soldat getan hätte. Er ist nicht nur ein Verräter seines Vaterlandes, sondern auch seiner Eskorte und seiner Lakaien. Wir wollen an dieser Stelle die Beteiligung von 5 Kombattanten hervorheben, die aus dem aktiven Heeresdienst ausgeschieden sind, um sich an dieser Aktion zu beteiligen.

II. Wer ist die FPMR?

Wenn die Panzerfaust, die das »Kommando 4. September« auf den gepanzerten Daim1er Pinochets abschoß detoniert wäre... Aber auch ohne den ganzen Erfolg, hat sich die FPMR nachhaltig im öffentlichen Bewußtsein verankert.

In der Bevölkerung stoßen die Aktionen der Frente aufwachsende Sympathien. Nach dreijähriger Existenz zweifelt niemand mehr an der Ernsthaftigkeit der Absichten, und vielen erscheint sie angesichts der anhaltenden Unfähigkeit der politischen Parteien, zu einer einheitlichen Position zu finden, als derzeit einzig handlungsfähiger Gegner der Diktatur.

Dennoch gibt die Existenz der FPMR weiterhin Anlaß zu weitschweifigen Spekulationen. Dies liegt wohl im wesentlichen daran, daß sie sich in ihrer Strategie unverkennbar von den gängigen Mustern lateinamerikanischer Befreiungsbewegungen unterscheidet. Sie will weder im Rahmen eines verlängerten Volkskriegs ein Volksheer auf die Beine stellen, noch fühlen sich die Mitglieder als »Vorhut der Arbeiterklasse«. Ähnlichkeiten sind am ehesten mit Borges Aufstandskonzept in den Städten zu erkennen, wenngleich die FPMR Vergleiche mit den Sandinisten ablehnt, da »wir nicht die politische Macht anstreben«. In ihrem Manifest definiert sich die FPMR schlicht als »bewaffneter Arm des Volkes« und formuliert als erstes und einziges Ziel »den schnellstmöglichen Sturz der Diktatur«.

Dabei verleugnet sie keineswegs ihre Affinität zu den chilenischen Linksparteien. Es ist kein Geheimnis, daß die FPMR im Dezember 1983 von Mitgliedern der KP Chiles gegründet wurde, die nach dem Aufflammen der Protestbewegung »das Fehlen einer militärischen Organisation des Volkes« konstatieren, »die in der Lage ist, die Selbstverteidigung der Bevölkerung zu organisieren und gezielte Schläge gegen den Repressionsapparat der Diktatur zu führen«.

Dennoch ist es falsch, die FPMR schlicht als »bewaffneten Arm der KP« zu titulieren, wie es Diktatur und bürgerliche Opposition unisono behaupten. Fest steht, daß sich der FPMR in den vergangenen drei Jahren eine wachsende Zahl von Mitgliedern anderer Parteien sowie parteiloser Jugendlicher angeschlossen haben.

Auch der Name weist eher auf die nationale radikaldemokratische als auf marxistisch-leninistische Tradition hin: Manuel Rodriguez war ein jakobinischer Freiheitskämpfer während der Unabhängigkeitskriege zu Beginn des 19. Jahrhunderts, dessen Guerillaheer aus Bauern und Städtern nicht unwesentlich an der Vertreibung der Spanier aus Zentralchile beteiligt war.

Die ersten Aktionen der FPMR bestanden aus Sabotageakten gegen die Energieversorgung, Überfälle auf Supermärkte, deren Beute sie in den Elendsvierteln verteilten, Besetzungen lokaler Radiostationen und Vergeltungsaktionen gegen den Geheimdienst CNI sowie die Polizeistationen.

Heute ist die FPMR in ganz Chile präsent und verfügt über ein landesweit koordiniertes Netz von Zellen. Ihre Nationale Leitung besteht aus zwölf Comandantes, darunter existieren fünf Regionalleitungen in den großen Städten Santiago, Valparaiso, Concepcion, Antofagasta sowie für den ländlichen Süden, die ihrerseits wieder regionale und lokale Gliederungen kommandieren. Unterhalb der Nationalen Leitung sind die Kommandos zudem strikt nach verschiedenen Aufgabengebieten getrennt: Ausbildung, Aufklärung, Logistik und Operation, mit dem Ziel, persönliche Kontakte soweit als möglich zu vermeiden.

Parallel zum militärisch strukturierten Apparat der FPMR existieren die sogenannten »rodrignistischen Milizen«, die das Bindeglied zwischen der im Untergrund agierenden »Frente« und der Bevölkerung ausmachen. Sie konstituieren sich vergleichsweise öffentlich auf Stadtteilebene, an den Universitäten und Gymnasien und können als paramilitärische Organisationen gelten, die bei Konfrontationen mit der Bereitschaftspolizei die Selbstverteidigung der Bevölkerung

organisieren. Die FPMR stellt die logistische Unterstützung und bildet die Milizionäre im Gebrauch von Molotowcocktaills und Sprengsätzen aus.

Diese Verbindung von Massenaktionen und Guerilla ermöglichte der FPMR eine, verglichen mit anderen lateinamerikanischen Guerilla, schnelle Konsolidierung der Strukturen, die mittlerweile auch durch die konzertierte Aktion der Sicherheitsdienste nicht mehr ernsthaft zu erschüttern sind. Unbekannt ist die Zahl der Mitglieder wie auch die Finanzierung. Gerüchteweise kursieren jedoch Zahlen zwischen tausend und dreitausend Mitgliedern. Ein weiteres streng gehütetes Geheimnis sind die Beziehungen zu Angehörigen der Streitkräfte. Durch inzwischen fast regelmäßige Desertionen weiß man, daß sie bestehen und die Umstände, auch des Attentats auf Pinochet, weisen daraufhin, daß es sich nicht nur um einfache Rekruten handelt, die die FPMR unterstützen.

Fest steht, daß niemand mehr, der in Chile Politik machen will, die FPMR ignorieren kann,

III. Was kann und will die FPMR?

Interview mit Daniel Huerta

KONKRET: Vor zwei Jahren habt ihr erklärt, der Zeitpunkt, Pinochet auszuschalten sei noch nicht gekommen. Nun habt ihr ein Attentat auf ihn verübt. Was hat einen Meinungsumschwung bewirkt?

Huerta: In der chilenischen Gesellschaft existierte Konsens darüber daß Pinochet das einzige Hindernis für einen Übergang zur Demokratie darstelle Deshalb haben wir es als unsere Pflicht angesehen, dieses Hindernis zu beseitigen, um den Weg für einen Demokratisierungsprozeß freizumachen.

KONKRET: Was wäre passiert, wenn ihr Erfolg gehabt hattet?

Huerta: Zunächst haue es wohl ein landesweites Volksfest gegeben, Freudenfeste auf den Straßen und Plätzen der Städte Zum anderem wäre das Regime in Frage gestellt worden, dessen gesamter Machtapparat mehr und mehr unmittelbar von Pinochet abhängt.

Durch unsere Informanten innerhalb der Streitkräfte wissen wir, daß der Pinochets heftige Auseinandersetzungen um seine Nachfolge ausgelöst hätte,

KONKRET: Hätte dies einen Umschwung im Verhalten der Streitkräfte eingeleitet?

Huerta: Wenigstens wäre es ein wichtiger Schritt in diese Richtung gewesen. Die unklare Situation in den Stunden nach dem Attentat bezeugt die Instabilität in die ein tyrannisches Regime geraten kann. Die Diktatur sah sich veranlaßt, eine »Show« zu inszenieren mit den Journalisten vom Staatsfernseben, die vorgaben, Pinochet in seiner Stadtwohnung zu interviewen, während er sich in Wirklichkeit in seiner Residenz in Melocoton befand. Das beweist die Probleme, die im Innern des Regimes bestehen: Der Tyrann wußte nicht genau, woher der Anschlag kam; und so mußten sie dieses ganze Manöver veranstalten, von dem die Bevölkerung erst erfuhr, als Pinochet am nächsten Tag per Hubschrauber nach Santiago zurückkehrte. Soll heißen: Pinochet besitzt eine große Zahl von Feinden innerhalb der Streitkräfte Wäre unser Anschlag geglückt, hätten sich die Teile der Streitkräfte, die gegen Pinochet und seine Politik sind, wie alle Chilenen offen verhalten und die notwendigen Veränderungen einleiten können.

KONKRET: Mit welchen politischen Konsequenzen?

Huerta: Als wir diese Aktion planten, war uns klar, daß unter den gegebenen Umständen die wahrscheinlichste Lösung nicht die gewesen wäre, die sich das chilenische Volker erhofft, eine wirkliche und umfassende Demokratie, wohl aber die Möglichkeit, einschneidender Veränderungen in diese Richtung ermöglicht hätte.

KONKRET: Nun aber wurde der Belagerungszustand verhängt, in derselben Nacht wurden vier Oppositionelle ermordet und eine Welle der Repression ausgelöst. Ist die Position Pinochets nicht gestärkt worden?

Huerta: Nein, denn Repression und Verbrechen sind Konstanten des Regimes in all den dreizehn Jahren. Pinochet hat nie irgendwelche Rechtfertigungen benötigt, um seinem Haß auf das Volk freien Lauf zu lassen. Die Diktatur hat seit Monaten mit dem Belagerungszustand gedroht und ihn bereits 1984 nach einem erfolgreichen Generalstreik verhängt.

Uns ist klar, daß Pinochet, wie die Erfahrung anderer Völker zeigt, auch unter den Bedingungen des Belagerungszustands gestürzt werden kann.

KONKRET: Im Augenblick aber beschuldigen euch selbst Teile der Opposition des Terrorismus...

Huerta: Der einzige Terrorismus, der in Chile seit dreizehn Jahren existiert, ist der Staatsterrorismus. Wir sind kein fanatisches Grüppchen, das mordet, Hälse aufschlitzt oder Leute verbrennt, wie es die Diktatur tut.

Wir bekämpfen die Unterdrücker. Jeder historische Moment hat seine eigenen Formen des Kampfes und wenngleich wir der Auffassung sind, daß es nicht ausschließlich der bewaffnete Kampf sein wird, der die Diktatur stürzt, betrachten wir ihn als ein unverzichtbares Element.

KONKRET: Aber selbst ein Teil der Linker betrachtet euer Verhalten als Hinderungsgrund für die Einheit der Opposition.

Huerta: Die FPMR besteht seit drei Jahren während die Repression und der politisch Mord seit 13 Jahren bestehen. Seit dem Erscheinen der FPMR und der Ausbreitung neuer Formen der Auseinandersetzung mit der Diktatur hat ein Prozeß realer Annäherung der Gegner der Diktatur begonnen. Es ist kein Zufall, daß die bislang größte Einheit der Opposition im Rahmen eines umfassenden Kampfes der Chilenen möglich war, in den bewaffnete Aktionen integriert waren.

KONKRET: Die Christdemokraten fürchten aber, daß wenn es zum Aufstand kommt, ihr die Waffen habt und sie nicht.

Huerta: Offen gestanden, die FPMR ist nicht dazu da, die Traumata und Ängste gewisser Leute zu kurieren. Wir für unseren Teil vertrauen auf das Volk und seine souveräne Entscheidung und unterwerfen uns seinem Votum.

KONKRET: Ihr betont immer wieder den Kampf des Volkes. Nur 'daß das Volk im Augenblick jedenfalls ohne gangbare politische Option erscheint. Die Protesttage scheinen als Mittel erschöpft und zu einem Aufstand mit allen Konsequenzen fehlt noch einiges...

Huerta: Die Entwicklung der Volksbewegung ist keine gradlinige Angelegenheit, da gibt es Hochs und Tiefs. Aber wenn man die Entwicklung seit 1983 betrachtet. stellt man fest, daß es sich um eine aufsteigende Tendenz handelt, wenn auch mit großen Schwankungen. Von Beginn an gab es Stimmen, die die Protesttage für erschöpft hielten. Tatsächlich aber haben die Protesttage sich im Lauf der Zeit gewandelt und zu Vorformen von Generalstreiks entwickelt, die weiter ausbaubar sind,

KONKRET: In eurem Manifest erklärt ihr, nicht die politische Macht erobern zu wollen, sondern lediglich den Kampf des Volkes und seiner politischen Organisationen zu unterstützen. Wie weit geht eure Rücksichtnahme auf die Positionen der linken Parteien.

Huerta: Wir unterstützen die These, daß der Sturz der Diktatur in eine Regierung der »Nationalen Einheit« münden muß, eine Übergangsregierung, in der alle Strömungen, die gegen die Diktatur gekämpft haben, vertreten sind. Diese Regierung wird die Institutionen der Diktatur aufzulösen haben. eine »verfassungsgebende Versammlung« einberufen und der Souveränität des Volkes Raum schaffen.

KONKRET: Um dies zu erreichen, verfolgt ihr eine Strategie des Volksaufstands. Könnt ihr dieses Konzept näher erläutern?

Huerta: Die Strategie des Volksaufstands besteht im wesentlichen aus drei Elementen:

Die dauerhafte Paralysierung des Produktionsapparats und des gesamten öffentlichen Lebens unter aktiver Beteiligung aller Chilenen mittels einer Kombination der bereits erprobten Mittel der Lahmlegung des öffentlichen Lebens durch Massenaktionen, Barrikaden, Aktionen der Milizen und der FPMR mit den mehr oder minder traditionellen Mitteln des Fabrikstreiks. Parallel dazu die Schaffung »befreiter Zonen« oder, besser gesagt, Bastionen des Volkes in den kämpferischsten Vierteln, wo die Selbstverteidigung und die autonome Organisation der Bevölkerung möglich ist. Hinzu kommen militärische Aktionen der FPMR gegen die wichtigsten Einrichtungen der Diktatur und ihrer Unterdrückungsapparate. Das Zusammenwirken dieser Faktoren sollte die Unfähigkeit der Diktatur produzieren, politisch und militärisch zu reagieren und dadurch das Auseinanderbrechen des Herrschaftsapparats provozieren.

KONKRET: Das klingt ja ganz gut, nur existiert derzeit keine Gewerkschaftsbewegung, Wein der Lage wäre, auch nur einen zweitägigen Streik zu organisieren.

Huerta: Das ist nicht ganz richtig. Der Generalstreik im Juli war ein großer Erfolg. Trotz aller Probleme, die innerhalb der Gewerkschaftsbewegung bestehen, ist sie handlungsfähig. Und das wird sich in dem Maße verstärken, wie die Widerstandsbewegung wächst.

KONKRET: Wie ,würdet ihr euch verhalten, angenommen es kommt *zu* einer Übergangsregierung, einer Mitte-Rechtskoalition mit Unterstützung der USA?

Huerta: Wir haben nie Zweifel daran gelassen, daß wir solange weiter agieren werden, solange das Volk nicht wirklich souverän ist. Eine kosmetische Lösung bringt unseres Erachtens die Souveränität des Volkes nicht zur Geltung. Dazu sind zumindest die Säuberung der Streitkräfte, die Auflösung der CNI, die Bestrafung der Schuldigen, die Säuberung des Justizapparats, dessen Korruption unglaubliche Ausmaße angenommen hat, sowie die Abschaffung der illegitimen Verfassung von 1980, notwendig. Unverzichtbar sind weiterhin wenigstens minimale wirtschaftliche Reformen, die es den Chilenen erlauben. in Würde zu leben.

Das Problem ist doch nicht, ob wir weitermachen oder nicht, sondern daß das chilenische Volk weiter für seine Forderungen auf die Straße gehen wird - und wir werden diesen Kampf mit den entsprechenden Mitteln unterstützen.

KONKRET:-. Ich habe den Eindruck, daß, wenn ihr vom Volk sprecht, ihr euch recht eigentlich auf den Teil der Bevölkerung bezieht, der in der Misere lebt, marginalisiert ist und am stärksten unter der Repression der Diktatur leidet. Aber *es* existiert doch ein bedeutender Teil der Bevölkerung, der offenbar mit der Garantie der bürgerlichen Freiheiten sowie einigen ökonomischen Verbesserungen zufriedenzustellen wäre. Ist der Begriff des Volkes überhaupt noch angemessen?

Huerta: Wenn wir vorn Volk sprechen, meinen wir die Gesamtheit der Chilenen, die auf die eine oder andere Weise unter der Diktatur zu leiden haben. Uns ist bewußt, daß die Dringlichkeit, die Diktatur zu beenden von Schicht zu Schicht variiert. Zweifellos ist es

für die verarmten und marginalisierter Schichten, die heute die Mehrheit bilden, am dringlichsten. Aber wir hoffen, daß die übrigen Schichten konsequent genug sind, sich nicht mit den Krümeln, die vom Tisch der Herrschenden fallen mögen, zufrieden zu geben und in einheitlicher Aktion, für die vollständige Abschaffung des Regimes und seiner Strukturen eintreten werden.

KONKRET: Ihr glaubt also nicht an die Möglichkeit einer El Salvadorisierung der Entwicklung?

Huerta: Nein, wir glauben nicht, daß die bürgerliche Opposition zu einem Verrat in diesem Ausmaß bereit ist. Was uns beschäftigt sind einige Versuche, die Christdemokraten zu salvadorisieren, aber wir glauben nicht, daß in Chile Napoleon Duartes existieren, die ihre Landsleute verraten, um die US Interessen zu wahren.

KONKRET: Wärt ihr bereit, mit den Streitkräften oder der politischen Rechten über eine politische Lösung zu verhandeln?

Huerta: Wir sind der Auffassung, daß die Chilenen, mit wem auch immer verhandeln werden, wenn sichergestellt ist, daß dies da Ende des Diktators und seines Regimes bedeutet. Aus diesen Verhandlungen muß aber fraglos die Übereinkunft hervorgehen, die Institutionen der Diktatur abzuschaffen und die Forderungen, die die Chilenen in der ‚Demanda de Chile' aufgestellt haben, zu erfüllen.

KONKRET: Aber ist es nicht zweifelhaft, ob die Streitkräfte z.B. bereit sein werden übe die Bestrafung ihrer Verbrechen zu verhandeln?

Huerta: Die Bestrafung der Verbrechen stehen nicht zur Debatte. Gerechtigkeit ist ein Forderung. die nicht verhandelbar ist. Aber die Mehrheit der Militärs ist nicht in kriminelle Aktionen verwickelt und wird deshalb nichts *zu* befürchten haben.

KONKRET: Aber selbst moderate General haben zu verstehen gegeben, daß sie ein Verfahren wie in Argentinien nicht dulden werden.

Huerta: Ich denke, die Militärs sind es von berufswegen gewohnt, die Stärke zu akzeptieren. Sie werden - wenn sie mit einem starken Gegner konfrontiert sind - begreifen daß sie sich hinsetzen und verhandeln müssen. Ich rede nicht von militärischer Stärke daß wir mit 2.OOO Soldaten und 5.OOO Kanonen mehr auftauchen und sie auf den Schlachtfeld besiegen, das ist überhaupt nicht unsere Strategie. Worum es geht, ist die politische Niederlage der Streitkräfte, verursacht durch den politischen Kampf des Volkes - einschließlich seiner militärische Komponente, versteht sich.

KONKRET: Werdet ihr das Attentat auf Pinochet wiederholen?

Huerta: Pinochet ist weiterhin das Haupthindernis für die Rückkehr zur Demokratie und wir sind dazu da, alle Hindernisse, die einer Demokratisierung im Wege stehen, zu beseitigen. Wir sind jedoch der Auffassung daß der Sturz des Regimes nicht von einen Handstreich abhängt. Deshalb kämpfen wir für die Mobilisierung des Volkes und den Aufstand, der diese Schreckensepoche beenden wird.

Konkret 01/87, S. 20

Oliver Tolmein

Viele Terroristen schaffen

Mit neuen Gesetzen, die zugleich eine ganz alte Tradition haben, versucht die jetzt scheidende, aber wohl bald wieder auftauchende Bundesregierung die Hatz auf die Oppositionellen in der Republik zu verschärfen. Betroffen müssen sich alle fühlen, die nicht einverstanden sind, und es auch noch wagen wollten, ihr Mißfallen öffentlich kundzutun.

»Der von CDU/CSU und FDP im Eilverfahren in den Bundestag eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des Terrorismus ist ein Dokument für die Hilflosigkeit der gegenwärtigen Bundesregierung in der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus«. Wenn der grüne Bundestagsabgeordnete Mann das Gesetz für ungeeignet hält, die RAF zu bekämpfen, ist das seine Sache, daß der Entwurf deswegen ein »Dokument der Hilflosigkeit« sei, kann dagegen kaum behauptet werden. Es hätte Mann eigentlich auffallen müssen, daß die Fraktions-Arbeitsgruppe der CDU/CSU, die sich monatelang damit beschäftigt hatte, gesetzliche Maßnahmen gegen Großdemonstrationen auszuarbeiten, von einem Tag auf den anderen dazu überging, neue Gesetze zur »Bekämpfung des Terrorismus« zu konzipieren. Nicht ohne Grund. Denn die Erweiterung und Verschärfung des Paragraphen 129a (Bildung einer terroristischen Vereinigung), die Wiedereinführung des Paragraphen 1 30a (Anleitung zu Gewalttaten), und die Erweiterung der Kompetenzen des Generalbundesanwaltes werden dem Staatsschutz die Ergreifung der RAF-Mitglieder kaum ermöglichen.

Wozu dienen dann aber die neuen Gesetzesvorschriften? Die Erweiterung und Verschärfung des Paragraphen 129a gibt über den Zweck die deutlichsten Hinweise. Er weitet nämlich in seiner neuen Fassung den Begriff des »Terrorismus« erheblich aus: Künftig gelten gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr (§ 315 StGB), die Störung öffentlicher Betriebe (§ 3 16b StGB) und Brandanschläge auf Polizei- oder Militärfahrzeuge, sowie auf Anlagen im Energieversorgungsbereich bereits als terroristische Aktionen. Noch wichtiger ist wohl, daß der »terroristische Straftaten« verfolgende Generalbundesanwalt nach Inkrafttreten dieses Gesetzes die Möglichkeit hat, sämtliche mit dem § 129a in Verbindung stehenden Vorschriften aus der Strafprozeßordnung und dem Gerichtsverfassungsgesetz auf einen sehr viel größeren Teil der politischen Opposition als bisher anzuwenden. Bei Mitgliedern von Anti-AKW-Bürgerinitiativen, Umweltschutzgruppen oder bei Autonomen kann damit das Telefon überwacht oder eine Wohnungsdurchsuchung problemlos angeordnet werden.

Setz man das Spektrum der neu in den Paragraphen 129a eingebundenen Straftaten in Beziehung zu den aktuellen politischen Auseinandersetzungen, dann wird offensichtlich, daß es nicht der Einzelne ist, gegen den der Staatsschutz ein starkes Instrument in der Hand halten will: »Sein Handeln wird gefährlich«, führt das Bundesverfassungsgericht in einer I%9 gefällten Entscheidung aus, »durch die von einer Organisation ausgehenden Wirkung. Die Abwehr richtet sich nicht gegen die Handlung des einzelnen als solchen, sondern gegen die mit ihr verbundene Stärkung der Organisation«.

Es ist kein Zufall, daß die von den Alliierten nach Ende des Faschismus aus dem Strafgesetzbuch gestrichenen Staatsschutzpargraphen 1951 zur besseren Bekämpfung der KPD im 1. Strafrechtsänderungsgesetz wieder eingeführt wurden - zu einem Zeitpunkt, als die von der KPD mitgetragene Kampagne gegen die Wiederbewaffnung ihren Höhepunkt erreichte. Ebensowenig ist 3 zufällig, daß die Paragraphen heute dem Stand und den Formen des politischen Widerstandes angepaßt werden.

Zum einen erleichtert der Staat seinen au führenden Organen die Verfolgung durch Ausdehnung des 129a, zum anderen versucht er aber auch, einen Spaltungsprozeß zu wirken, indem er den militanten Teil der Bewegungen als »Terroristen« brandmarkt und auf eine Entsolidarisierung hofft.

Zwei Besonderheiten fallen bei der Anwendung des Paragraphen 129a bisher auf: Ermittlungsverfahren gelangen unverhältnismäßig selten vor Gericht, wird aber doch einmal Anklage erhoben, werden die Angeklagten wiederum ungewöhnlich häufig und hart verurteilt. Der 129a ist ein flexibel einsetzbares und vielseitig nutzbares Instrument. Das begründet das besondere Interesse des Apparates an ihm. Er wird auch, beispielsweise von der polizeikritischen Fachzeitschrift »Bürgerrechte und Polizei«, Ermittlungsparagraph bezeichnet: Im Vordergrund stehe das Interesse an der im Zu der Ermittlung umfassend durchzuführen den Ausforschung des Protestmilieus. Ein wichtige Rolle spielt zusätzlich die Abschreckung. Dadurch, daß nicht nur die Teilnahme an der »terroristischen Vereinigung selbst, sondern bereits ihre Unterstützung und die Werbung für sie strafbar sind, wird der Paragraph fast beliebig, das heißt nach Bedarf des Staatsschutzes auslegbar.

Auf einen »nachweisbaren« Erfolg d Werbung oder Unterstützung wird ausdrücklich verzichtet, es ist noch nicht einem beweisbare Absicht erforderlich: die »versteckte Propaganda« zugunsten der Vereinigung kann ausreichen, um jemandem zu Gesetzesbrecher zu machen. Verdächtig ist wer eine Straftat begehen könnte.

In der Weimarer Republik spielte der Paragraph 129 (damals »Staatsfeindliche Verbindungen«) in Prozessen gegen die KP) regelmäßig eine herausragende Rolle. In der damaligen Rechtsprechung war auch anerkannt, daß der Begriff »Verbindung« se viel festere organisatorische Strukturen vor aussetzt als der Begriff der »Vereinigung«, der dann ins

bundesrepublikanische Strafgesetzbuch aufgenommen wurde und zu dem der Bundesgerichtshof in seiner Rechtsprechung bemerkt: Die äußere Organisation sei völlig bedeutungslos, auch ein »lockerer Zusammenschluß, ohne Über - und Unterordnungsverhältnis« könne als Vereinigung bewertet werden.

Das politische Strafrecht weist nicht nur, bezogen auf den § 129, eine bemerkenswert Kontinuität vom Kaiserreich über die Weimarer Republik, den Faschismus bis zur Bundesrepublik auf. Auch der jetzt wieder neu ins Strafgesetzbuch eingeführte § 130a Anleitung zu Straftaten) ist im Reichsgesetzbuch, in abgewandelter Form, gut bekannt. Allerdings trug er vor der Gründung der Bundesrepublik einen anderen Namen: »Anreizung zum Klassenkampf« und wurde ergänzt durch den damaligen Paragraphen 130a:

»Kanzelmißbrauch«. Schon während des Faschismus war geplant, eine Titeländerung vorzunehmen, weil, wie der Kommentar Schönke 1935 ausführte, »bei der Auslegung, der durch die nationalsozialistische Revolution eingetretene Wandel zu beachten (ist): die Spaltung des deutschen Volkes in Klassen ist beseitigt«. Als die Umbenennung 1960 endlich erfolgte, der § 1 30a »Volksverhetzung« unter Strafe stellte, begründete das der Strafrechtskommentar Dreher lapidar damit, daß die Formel »Anreizung zum Klassenkampf« eben »soziologisch überholt« sei.

Politisch überholt war sie nicht, wie die Überlegungen im Vorfeld des »Gesetzes zum Schutz des Gemeinschaftsfriedens« zeigten, das 1975/76 auch als Gesetz zur »Bekämpfung des Terrorismus« diskutiert wurde. Denn in der Diskussion um das Gemeinschaftsfrieden-Gesetz wurde ausdrücklich Bezug auf Streiks genommen: Diese sollten dann nicht unter die Bestimmungen des neuen Gesetzeswerkes fallen, wenn das aus der Sicht des Streikrechts als ungerechtfertigt erscheine. Tatsächlich können Arbeitskampfmaßnahmen, zu denen Streiks ebenso gehören wie Betriebsbesetzungen, den »Gemeinschaftsfrieden« ganz empfindlich stören.

Der Bundesgerichtshof hat das in einem Urteil über das »Programm der nationalen Wiedervereinigung« der KPD betont: Massen- und Generalstreiks, wie beispielsweise die in der Zeit von 1950 bis 1952 in Zusammenhang mit dem Kampf um die Mitbestimmung in der Montanindustrie angedrohten, müßten als Gewalt im Sinne des Hochverratsparagraphen (§§ 81 und 82) verstanden werden.

In diesem Urteil findet sich auch ein entscheidendes Kriterium für die Anwendung der Staatsschutzparagraphen. Verfolgt wird, was erfolgreich ist: »Ein örtlich begrenzter oder auf einen bestimmten, nicht lebenswichtigen Industriezweig beschränkter Streik wird regelmäßig keine Gewalt gegenüber den Verfassungsorganen des Bundes darstellen. Anders aber steht es mit dem Massen- oder Generalstreik . »

Gegen politische Streiks wird außerdem der § 105 (Nötigung von Verfassungsorganen) eingesetzt, der nach einem Verfassungsgerichtsurteil auch gegen Sitzblockierer herangezogen werden kann. In der Weimarer Republik wurde gegen aus politischen Gründen streikende Arbeiter mit massivem Polizei- und Militäreinsatz vorgegangen. Als Rechtsgrundlage - und da schließt sich der Kreis - wurden die Paragraphen 125 (Landfriedensbruch) und 129 herangezogen.

Die aktuelle Erweiterung des Paragraphen 129a könnte auch zur Verfolgung von Arbeitskampfmaßnahmen eingesetzt werden.

Auch der Paragraph 125 StGB steht zur Verschärfung an. Die entsprechenden Vorschläge stammen von denselben CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten, die auch das »Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus« ausgearbeitet haben. Diese Arbeitsgruppe hat sowohl in ihren Vorschlägen zur Verschärfung des Demonstrationsstrafrechtes als auch in ihrem »Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus« die Wiedereinführung der § §88a (Befürwortung von Gewalt) und 1 30a (Anleitung zu Straftaten) gefordert.

Bemerkenswert an den 1976 eingeführten, später abgeschafften und jetzt wieder zur Diskussion gestellten Paragraphen 88a und 130a ist, daß nicht eine Tat bestraft wird, sondern deren Befürwortung beziehungsweise die Anleitung (früher »Anreizung«). In der Fachliteratur werden 88a und 130a deshalb auch als »Kommunikationsdelikte« geführt. Kriminell ist bereits ein geäußerter Gedanke: »Die Paragraphen 88 a und 130 a erhöhen das Risiko der Artikulation und der Organisation von fundamentalem Dissens mit den Herrschaftsinstanzen«, beurteilt Sebastian Scheerer die »Gesetzgebung im Belagerungszustand«. Zur Erhöhung des »Artikulationsrisikos« trägt bei, daß es keine objektive Kriterien gibt, mit denen feststellbar ist, wie Äußerungen verstanden werden können. Wie auslegbar der Begriff »Befürwortung« ist, wurde in der Diskussion im Rechtsausschuß am 2. Oktober 1975 offenbar: »Erstens gibt es die Befürwortung in der Form der indirekten Aufforderung, zweitens Befürwortung in der Form scheinbarer Distanzierung, drittens die Beschreibungen strafbarer Handlungen mit Nachahmungstendenz, viertens Befürwortung in Form der Billigung eines historischen Ereignisses in der Absicht es als nachahmenswertes Vorbild hinzustellen, fünftens«.... Der Phantasie waren keine Grenzen gesetzt.

Was der sozial-liberale Gesetzgeber allerdings nicht vorausgesehen hatte, war der erhebliche Protest, der sich vor allem gegen den Paragraphen 88a entwickelte. Im Februar 1981 wurden mit dem 19. Strafrechtsänderungsgesetz gegen die Stimmen der CDU/CSU und gegen den Widerstand des Bundesrates die beiden Paragraphen 88a und 1 30a aus dem Strafgesetzbuch entfernt.

Daß der Paragraph 130a trotzdem wieder zu Ehren kommt, weist auf ein wichtiges anderes Ziel des aktuellen Gesetzespaketes hin: Die Stimmung im Inneren soll aufgeheizt werden. Die Autoren des 130a in der neuen Fassung haben aus alten Fehlern gelernt: In einem zweiten Absatz, der, so die Gesetzes-Begründung, »kein Vorbild im früheren Recht hat«, werden sogenannte »Umgehungshandlungen« erfaßt, Äußerungen und Veröffentlichungen, die nicht zur Gewalt anleiten, von denen die Justiz aber behaupten möchte, daß sie das eigentlich bezweckt hätten. »Auf den Gesamtzusammenhang der Äußerung kommt es an«, erläuterte der CSU-Abgeordnete Fellner diesen Passus.

Ein deutlicher Hinweis für die Strafverfolgunsbehörden: Ein Interview in einem vielzitierten Nachrichtenmagazin kann danach ganz anders bewertet werden, als eines in linken Zeitungen. Erschwert werden soll dadurch die Selbstverständigung der außerparlamentarischen Opposition. Ein öffentlicher Meinungsaustausch über Aktionen soll weitgehend verhindert und zugleich der Anschein, es werde Zensur geübt, umgangen werden. So verordnet man Selbstzensur.

Konkret 01/87, S. 22

Jürgen Saupe

Verratene Verräter

Milde Strafen, neue Pässe und viel Geld - so dealten Bundesanwaltschaft und BKA mit Volker Speitel und Karl-Heinz Dellwo um Aussagen in den RAF-Mordprozessen wegen Buback, Ponto und Schleyer. Nun werden die Kronzeugen amtlich nicht mehr gebraucht, das Bundeskriminalamt packt aus und gibt sie zum Abschuß frei

Am 2. Oktober 1977 nahm die Polizei im Skandinavien-Express von Kopenhagen nach Hamburg kurz hinter der Grenze in Puttgarden einen Mann fest, der zu dieser Zeit Volker Speitel hieß. Er arbeitete im Büro des Stuttgarter Rechtsanwaltes Klaus Croissant und war in Dänemark gewesen, um eine Protest-Aktion wider die damals in der Bundesrepublik praktizierte Kontakt-Sperre gegen sogenannte Terroristen in den Haftanstalten zu organisieren.

Obwohl Speitel zwei Tage vorher *bei* einem Telefonanruf in Stuttgart mitgeteilt worden war, daß er polizeilich gesucht werde, hatte er sich in den Zug nach Deutschland gesetzt. In jenen Tagen, als sich. der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Arbeitgeber Hans-Martin Schleyer seit mehr als drei Wochen in der Gewalt der Roten Armee Fraktion (RAF) befand, für welche Speitel mindestens als Kurier War,. ein entweder tollkühnes, leichtsinniges Unterfangen oder ein kluger Schachzug Je nach Standort. Denn was sich aus. :der Festnahme im Skandinavien-Express entwickelte, zwingt zu der Frage, ob hier die Polizei einen gefangen hat oder ob ihr einer zugelaufen ist.

Völker Speitel wurde wie vorher Karl Heinz Ruhland und Gerhard Müller sowie auch Karl-Heinz Dellwo - zum Kronzeugen der Bundesanwaltschaft in den Prozessen gegen die RAF. Seine Aussagen waren und sind noch entscheidend für die fast durchweg »Lebenslänglich« lautenden Urteile gegen Mitglieder der RAF Speitel als Mehrzweckwaffe für Generalbundesanwalt Kurt Rebrnann und seine Leute. ein umfassendes, aber leider - aus der Sicht der Verteidiger - in den RAF-Prozessen nie präsentes Beweismittel. Denn Speitel war wie es in den Verfahren immer wieder hieß, nicht zu laden, weil mit neuer Identität und unbekanntem Aufenthaltsort im Ausland und zu keiner Aussage bereit. Praktisch bedeutete das, daß die Verteidiger in den RAF Prozessen zuletzt im Stammheimer Verfahren gegen Peter-Jürgen Boock und jetzt in Düsseldorf gegen Rolf Clemens Wagner - keine Möglichkeit hatten und haben, für ihre Mandanten belastende Aussagen von Speitel oder anderen Kronzeugen in einer Vernehmung dieser Personen zu relativieren oder ganz aus der Welt zu schaffen. Eine »Waffenungleichheit«, die selbst bei fairen. Anklägern unerträglich ist, geschweige denn bei solchen, wie sie Rebmann aufbietet.

Dem Zustand kann abgeholfen werden.. Der Mann, der einst Volker Speitel war; und durch bundesdeutsche Behörden nach Welchen Rechtsnormen auch immer eine neue Identität und viel Geld erhielt, lebt unter dem Namen T. Keller in einer westdeutschen Stadt. Die ladungsfähige Anschrift ist KONKRET bekannt. Wenn sie hier nicht abgedruckt wird, so aus zwei Gründen. Einmal hat der Mann eine Familie. Zweitens wollen wir uns nicht nachsagen lassen, wir hätten jemanden zum Abschuß freigegeben - publizistisch und/oder ballistisch - um damit zu vollenden, was das Bundeskriminalamt so schlau eingefädelt hat.

Denn der Mann ist zu wertvoll. Als Zeuge im Strafverfahren und als Zeuge über Verfahrensmethoden, mit denen Bundesanwaltschaft, Bundeskriminalamt und Bundesnachrichtendienst operieren, aber auch als Beispiel dafür, was »Kronzeugen« erwartet, wie sie CDU und CSU im Herbst 1986 ins bundesdeutsche Strafrecht aufnehmen wollten.

Die Geschichte beginnt 1977. Volker Speitel, der gerade festgenommene RAF-Angehörige, wird zur Vernehmung gebracht und beginnt auszupacken. Sein späterer Anwalt Peter Bossert aus Stuttgart nannte es einen Glücksfall, daß er von Oberstaatsanwalt Lampe von der Bundesanwaltschaft vernommen wurde, weil es sich bei diesem um einen so »einfühlsamen« Mann gehandelt habe. Was der Rechtsanwalt mit Glück meinte - die Großzügigkeit der Strafverfolgungsbehörde im Strafrabatt, in der Behandlung des Inhaftierten oder der Begleichung von Anwaltshonoraren und anderer Spesen - er muß es selbst am besten wissen.

Richtig ist, daß Kronzeuge Speitel 38 Monate Gefängnis erhielt, für einen RAF Angehörigen seines Kalibers ein Klacks, zumal er inklusive U-Haft nur 23 Monate absitzen mußte. Dann »übernahm« ihn endgültig eine der kleinsten und von Kontrollen unabhängigsten Abteilungen des Bundeskriminalamtes, die Abteilung 23 unter Abteilungspräsident Klaus Becker, im Hausjargon »Zeugenschutz« genannt. Am 30. August 1979 instruierte Becker seinen Kriminalhauptkommissar Walter Schill in München, daß er »einen rausbringen muß«.

Am 1. September 1979, genau um 0.06 Uhr, nimmt Schill in der Haftanstalt Rastatt den Ex-Terroristen Speitel entgehen. Im Innenhof steigt ein hagerer junger Mann, der Parka und Jeans trägt, in einen blauen BMW. Ein halbes Dutzend Beamte eines Mobilen Einsatz Kommandos sichert die Aktion. Schill fährt mit seinem Wagen auf der Autobahn bei Karlsruhe auf einen Parkplatz und übergibt Speitel eine Sporttasche mit neuen Klamotten und einen falschen Paß auf den Namen Keller. Speitels knurriger Kommentar soll gewesen sein: »Wurde aber auch Zeit!«

Über Luxemburg fahren Schill und Speitel, der ab da Keller heißt, durch Frankreich. Einige Tage später buchen beide einen Flug nach Tunis, um dort in einem vermeintlich einsamen Strandhotel einen Schlachtplan für die Zukunft des Ex-RAF-Mannes zu entwerfen.

Doch zunächst ist es mit der Ruhe vorbei. Ausgerechnet in dem Hotel steigen PLO-Chef Yassir Arafat und ein umfangreiches Gefolge ab. Den BKA-Mann und seinen Klienten erfaßt die Panik, hier eventuell von Journalisten oder irgendwelchen Geheimdienstleuten erkannt zu werden. Schill traut sich nicht, sich dem deutschen Botschafter in Tunis zu offenbaren und ruft seinen Chef in Wiesbaden an. Der gibt die Order, den Mann »zu verstauen«. Das bedeutet unter BKALeuten, mit ihm unterzutauchen. Schill und Keller fliegen daraufhin von Tunis zunächst nach Marokko. In Casablanca bekommt Keller Gelegenheit, Prospekte und Videofilme von fernen Ländern anzuschauen, um sich zu entscheiden, wohin er denn nun endgültig will. Die Karibik und Südamerika kommen in die engere Wahl.

Daraufhin reaktiviert BKA-Mann Walter Schill, der 1970 vom Bundesnachrichtendienst in München-Pullach zum Bundeskriminalamt gewechselt ist, seine alten Geheimdienst-Beziehungen. Es geht nach Brasilien. Nach einem kurzen Stopp an der Copacabana tauchen die beiden in Sao Paulo auf. Hier spannt Schill seinen Schützling mit einem in Danzig geborenen katholischen Priester zusammen, Christof Justinus Kleinwächter. Pater Justino, wie ihn die Brasilianer nannten, ist der Gründer des brasilianischen Kolping-Werkes. Im Campo Limpo, einem Armen-Viertel der Millionenstadt, entstand das erste Kolping-Haus Brasiliens.

Nach einem Treffen mit Schill bringt Pater Kleinwächter Keller mit in dieses Heim. Er führt ihn bei seinen brasilianischen Mitarbeitern als einen Landsmann aus Deutschland ein, der hier mithelfen wolle. Deutschland sei so reich, es bedürfe seiner nicht. Statt dessen wolle Keller hier den Armen helfen. Der Ex-Terrorist macht sich nützlich in der kleinen Druckerei des Heims, im Büro und an einem Neubau. Er hat allerdings ein Handicap: Er kann kein Portugiesisch.

Daraufhin wird ihm von Pater Kleinwächter eine junge Frau genannt, die als Sprachenlehrerin arbeitet. Sie ist heute seine Frau. Nach einigen Monaten bei dem Kolping-Pater stürzt dieser, ein Fallschirmspringer, einem Schauspringen ab und wird tödlich verletzt. Keller verliert seine Basis Kolping-Heim und zieht nach Sao Paulo die Innenstadt.

Nachdem schon der Aufenthalt im Kolping-Heim vom BKA finanziert wurde ist nun eine weitere Geldspritze nötig. Zusammen mit einem aus Berlin stammen Grafiker gründet Keller alias Speitel, ein gelernter Schildermaler, die Werbefirma »Perspecta Publicidade e Propaganda«. Mit bei Walter Schill, der hier als Kellers Onkel firmiert. Die Firma gerät wirtschaftlich Schräglage. Noch einmal schießt das BKA 50.000 Mark ein. Aber auch dieses G reicht auf die Dauer nicht.

Keller bemühte sich um publizistisches Brot. Im »Spiegel« erscheint unter sein Namen 1980 eine dreiteilige Serie, in der er seinen Ausstieg aus der RAF erläutert und seine längst von der Bundesanwaltschaft verwendeten Zeugenaussagen ergänzend kommentiert.

1981 trifft sich Keller, begleitet vom Stuttgarter Anwalt Bossert und eskortiert von den BKA-Leuten Wolfgang Buggeil gen und Walter Schill, in Genf mit ein »Stern«-Redakteur zu einem Interview. Erstmals werden dabei die BKA-Leute von Keller mit Hilfe seines Anwalts abgeschüttelt. Den Beamten entgeht dabei nicht nur der Interview-Verlauf. In einer Reihe von geharnischten Schreiben des Anwalts an das Bundesinnenministerium und Dienstaufsichtsbeschwerden beklagte Speitels Anwalt, die Beamten hätten Anteil am Interview - Honorar verlangt.

Die Konsequenz im BKA für die Beamten war überaus milde. Beförderungsstop mehr nicht. Die kleine Geheim-Abteilung unter Becker konnte es sich nicht erlauben zwei Insider vor die Türe zu setzen. Buggenhagen spielte im Berliner Schmücker-Proz um die Figur des dortigen Kronzeugen Jürgen Bodeux eine zwielichtige, aber tragen Rolle, und Schill weiß über den Part des Kronzeugen Speitel vor und nach dem 1 Oktober 1977, als man Andreas Baader, Jan Carl Raspe und Gudrun Ensslin tot oder sterbend in Stammheim fand, genau Bescheid. 1984 ging, trotz BKA-Spritzen und Presse-Honoraren, die brasilianische Werbefirma endgültig pleite. Auch Onkel Walter, 1984 nach offizieller Lesart aus dem BKA ausgeschieden und nun als Sicherheits-Fachmann in Überlingen am Bodensee tätig, half nicht mehr.

Keller, inzwischen Familienvater, setzt sich im Oktober 1984, nachdem er von noch bei einer brasilianischen Tochter einer westdeutschen Auto-Zubehör-Fabrik gearbeitet hatte, nach Europa ab. Das Bundeskriminalamt verlor vorübergehend seine Spur. Unangemeldet lebte er zunächst in der Nähe von Stuttgart, dort also, wo die Chance größten war, daß ihn zufällig ein Bekannter aus den aktiven RAF-Zeiten erkennen konnte.

Als das BKA seine Kronzeugen verlor hatte, der bis dahin so brav in Brasilien Kolpingbruder, Kunstmaler, Werbefachmann und schließlich Designer gearbeitet hatte, der für alle Prozesse und Desinformationsaktionen zur Verfügung stand und auch italienischen geheimen Anti-Terror-Spezialisten über seine Zeiten als RAF-Kurier mit internationalen Kontakten in der bundesdeutschen Botschaft in Rio de Janeiro Rede und Antwort stand, war man in Wiesbaden besorgt.

Als aber knapp drei Monate nach Speitels alias Kellers Verschwinden aus Südamerika auch seine Familie verschwand und dann kurz darauf in Paris ein »Kommando Elisabeth von Dyck« den General Audran vom französischen Rüstungsministerium erschoß, gerieten die BKA-Leute in Panik. Elisabeth von Dyck war die engste Freundin Speitels in seiner Zeit im Büro Croissant in Stuttgart. Sie wurde 1978 in Nürnberg in einer von ihr angemieteten Wohnung als RAF-Angehörige von Polizeibeamten ausfindig gemacht, längere Zeit observiert und dann in einer überfallartigen Aktion in der Wohnung abgeschossen.

Der Name des Kommandos von Paris und der abhanden gekommene Kronzeuge Speitel/Keller - im BKA glaubte man zwei und zwei zusammenzählen zu können: »Der ist wieder reaktiviert worden wegen seiner internationalen Kontakte.«

Sofort begann man im Bundeskriminalamt, den »unkontrollierbar gewordenen« Speitel alias Keller zu verbrennen. Ausgewählte Journalisten erhielten aus dem Amt gezielte Informationen über den Kronzeugen. Im Februar 1985 setzte die »Quick« ihren New Yorker Korrespondenten nach Brasilien in Marsch. Dessen Recherchen ermöglichten, was dem Bundeskriminalamt vorher angeblich nicht möglich war, nämlich Keller/Speitel in Deutschland aufzuspüren, wo er brav seiner Arbeit nachging. Keller wechselte den Arbeitsplatz, aber die Presse blieb ihm auf der Spur. Im Januar 1986 stellte ihn zunächst die »Bunte« vor: »Der Todeskandidat«; im November schließlich erschienen zwei »Quick«-Redakteure auf dem Höhepunkt der von Kohl und Strauß angezettelten Kronzeugen-Diskussion zu einem Interview bei dem angeblich Untergetauchten. Titel: »Nur der Kronzeuge hilft«. Darin behauptet Speitel auf die Frage, ob »unsere Sicherheitsbehörden« in der Lage sind, einen Kronzeugen dauerhaft zu schützen: »Da gibt es keine Probleme. Das ist eine hundertprozentige Geschichte. Wenn ich Schutz wirklich benötigen würde, bekäme ich ihn auch.«

Doch kaum war der quicke publizistische Geleitzug für den Kronzeugen auf dem Markt, da zogen die Initiatoren Kohl und Strauß, nach einem FDP-Veto gegen »straffreie Mörder«, ihre Idee zurück. Nur Koalitionsrücksicht? Oder: Hat hier ein maßgeschneidertes Gesetz für eine(n) aussagewillige(n) RAF-Angehörige(n) nicht mehr gepaßt, weil die Offerte zum Deal gelautet hatte: Straffreiheit gegen Aussage? (Und darf's ein bißchen mehr sein - noch ein paar Mark dazu?)

Was unterhalb der Straffreiheit liegt, die Strafreduzierung, die wird schon lange praktiziert. Karl-Heinz Dellwo, einer der Attentäter auf die bundesdeutsche Botschaft in Stockholm, wobei von dem RAF-Kommando zwei Diplomaten getötet wurden, ist schon lange in Freiheit. Während seine Genossen lebenslänglich erhielten, hat er seinen Deal mit der Justiz und dem BKA gemacht. Aus bundesdeutschen Steuermitteln bezahlt, hat er in Kanada ein Transportunternehmen.

Auch diese Information stammt aus dem Bundeskriminalamt. Seit Monaten weiß Abteilungspräsident Klaus Becker von den Nachrichten, die aus seinem Haus nach draußen dringen. Auch die Bundesanwaltschaft ist informiert. Doch Karlsruhe und Wiesbaden schweigen. Sie sind handlungsunfähig und machen eine Kosten - Nutzen - Analyse. Hier enttarnte Kronzeugen - dort enttarnte Beweis-Beschaffung gegen die RAF. Da fällt die Entscheidung nicht schwer. Denn: Man liebt den Verrat, aber nicht den Verräter. Und wenn Kronzeugen, deren Aussagen ja längst protokolliert sind, zu Tode kommen sollten, dann ist es die RAF gewesen.

Konkret 01/87, S. 26

Winfried Wolf

Vorwärts, jetzt geht´s abwärts

Wenn Sie mich fragen, wie ernsthaft die Gefahr eines größeren wirtschaftlichen und finanziellen Einbruchs ist:. . . Hätten Sie mich das 1960 gefragt, so hätte ich die Wahrscheinlichkeit tausend zu eins dagegen eingeschätzt. 1970 hätte ich gesagt: hundert zu eins dagegen. Heute halte ich es immer noch für unwahrscheinlich, aber die Chancen sind auf zehn zu eins dagegen zurückgegangen.
Henry Kaufmamn, »Zins-Guru« der Wall Street, in einem Interview mit der »Welt« am 1. Dezember 1986

Wenn Sie mich fragen: Wir stehen am Vorabend der Krise. In einem Vierteljahr mag die nachhinkende Statistik konstatieren, diese habe bereits im letzten Quartal 1986 eingesetzt. Es handelt sich wieder, wie 1974/75 und 1980-82, um eine internationale Rezession, um eine Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft. Ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen werden neue Rekordmarken erreichen, die höchsten seit der Weltwirtschaftskrise von 1929-32 – gesetzt den Fall, die Rezession weitet sich nicht durch Börsen- und Bankenkrachs zum großen Kladderradatsch aus. Auch dagegen würde ich keinen schlappen Dollar wetten. Zur Beschreibung eines entsprechenden Szenarios fehlten mir jedoch Mut und Phantasie.

Angesagt sei also hier nur die ordinäre Krise.

Die westdeutsche Ökonomie ist eng wie nie zuvor in den kapitalistischen Weltmarkt eingebettet. Die Exportorgie der letzten Jahre, zunächst durch einen überbewerteten Dollar, dann durch zu niedrige Rohölpreise begünstigt, hat diesen Zusammenhang verstärkt. Die &iten, in denen die Kritik der politischen Ökonomie der BRD durch den Weltmarkt ausblieb, weil sich die westdeutsche Wirtschaft an internationalen Rezessionen einigermaßen unbeschadet vorbeimogeln konnte, sind damit vorbei. Das Rezessiönchen von 1966/67 - 780.000 Arbeitslose erschreckten damals einige Wochen lang ein halbes deutsches Land – blieb die letzte auf deutschen Lohn, Preis und Profit beschränkte Krisenepisode.

Seit Anfang der siebziger Jahre sind alle wichtigen kapitalistischen Länder in eine parallel verlaufende internationale Konjunkturentwicklung eingebunden. Auf jeweils drei bis vier Jahre Aufschwung folgten ein bis drei Jahre Abschwung, Krise und Stagnation. Der internationale Rezession von 1970/71, die die bundesdeutsche Ökonomie noch nicht mit voller Wucht traf, folgte ein allgemeiner Aufschwung, der seinen Schlußakkord in der weltweiten Krise von 1974/75 fand. Der nächste Boom 1976-79 endete bereits im Herbst 1979 in den USA und 1980 in allen übrigen imperialistischen Ländern im Katzenjammer der Rezession. Diese dauerte erstmals volle zwei, in einigen Ländern, wie in den USA, drei Jahre. In der einst glitzernden Autometropole Detroit mußten Armenküchen eingerichtet werden.

So tief war der Fall, daß nur ein gewaltig aufgeblähter Rüstungsetat, eine gigantische Staatsverschuldung und eine groteske Förderung der Gründung von Dienstleistungsunternehmen, deren Zukunftsvision ein Wirtschafts-Disneyland zu sein schien, wo alle US-Amerikaner damit beschäftigt sind, sich gegenseitig Hamburger zuzubereiten, noch einmal die Scheinblüte eines neuen Booms erzeugen konnten. Nie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren die Profite der US-Konzerne so gigantisch wie in diesen Jahren, nie aber auch sanken die Reallöhne so drastisch.

Das Ende dieser Episode liest sich in Meldungen der US-Wirtschaftspresse so: Massenentlassungen in der Stahlindustrie; komplette Fabrikanlagen werden geschlossen; Großkonzerne wie USX (früher: US Steel), Bethlehem Steel, Armco und LTV haben Konkurs angemeldet, wollen das tun oder wenigstens ihre Stahlproduktion abstoßen; vierzig Prozent der 2,3 Millionen US-Farmer stehen wegen Überschuldung vor dem Ruin; Dallas und Denver buchstabieren sich als Schrott und Desaster der Ölindustrie; Elektro- und Elektronikkonzerne wie Westinghouse, General Electric und IBM kündigen Massenentlassungen an. Auf die Profitrekorde der Autokonzerne 1984/85 folgt die Stillegung ganzer Anlagen – bei General Motors ein Dutzend Fabriken. Das Zukunftsprojekt »Saturn« dieses weltgrößten PKW-Herstellers – 1985 als Antwort auf die Erfolge der japanischen Autoproduzenten gefeiert – mußte am Ende der achtziger auf die Mitte der neunziger Jahre verschoben werden. Eine Verabredung à la Schwejk: Nach der Krise, um drei Uhr.

Japans Ökonomie, die Nummer 2 im imperialistischen Dreigestirn hinter den USA und vor der BRD, war in früheren Krisen ähnlich wie die BRD und aus ähnlichen Gründen mit einem bloß verlangsamten Wachstum, ohne Produktionseinbrüche, davongekommen. Das war einmal. Von einem »Ende des Wirtschaftswunders« in Japan schreibt der »Spiegel«. Die »Frankfurter Rundschau« druckt die Überschrift: »Japans Konzerne melden Hiobsbotschaften«. Stahl- und Werftkonzerne – wie Hitachi – kündigen Massenentlassungen an. Der Elektronik- und Elektrokonzern Matsushita will Produkte mit einem Verkaufspreis von weniger als hundert Dollar »wegen zu hoher Lohnkosten« nicht mehr in Japan fertigen. Autokonzerne wie Mitsubishi und Nissan wollen tausende Arbeitskräfte ihrer Stammwerke entlassen und planen die Schließung ganzer Anlagen. So ernst scheint die Lage, daß die japanische Regierung Zuflucht ausgerechnet bei den

Rezepten jenes John Maynard Keynes sucht, der in der Bundesrepublik als der gescheiterte Medizinmann sozialdemokratischer Konjunkturpolitik gilt: Ein staatliches Verschuldungsprogramm zugunsten des Straßenbaus und der Kanalisierung der Städte soll die Krise hinauszögern oder abschwächen. Unterstellt, der Kapitalismus kommt noch einmal mit einer ordinären Krise davon – die Wette gilt: Japans offiziell ausgewiesene Arbeitslosenzahl wird dann, 1990/92, bei weit über drei Millionen liegen (derzeit: zwei Millionen).

Bevor wir die Untiefen der bundesdeutschen Ökonomie betrachten, ein Blick zurück: Trotz eines vierjährigen Aufschwungs (1983-1986) liegt das reale Niveau der industriellen Nettoproduktion Ende 1986 um maximal fünf Prozent über dem von 1980. Das ergibt ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 0,8 Prozent. Die via Fernsehen gelieferten schöneren Wachstumsraten beziehen sich aufs Bruttosozialprodukt, ein Maßstab, der beispielsweise einen Zuwachs wegen der damit verbundenen Krankenhaus-, Beerdigungs- und Versicherungsumsätzte als »plus« registriert und damit noch fragwürdiger ist als der der industriellen Nettoproduktion.

Was nun folgt, làßt sich an einigen Daten ablesen:

1. Das Wachstum der industriellen Produktionen in der BRD ist von 1985 auf 1986 bereits zurückgegangen.

2. In der als Indikator wichtigsten Branche, dem Maschinenbau, gehen die Aufträge seit dem dritten Quartal 1986 zurück, die Aufträge für 1987 zum Teil um zweistellige Raten. 3. Die Einbrüche in der Automobilwirtschaft sind für das Jahr 1987 absehbar. Die Steuervergünstigungen haben dafür gesorgt, daß Konsumenten massenhaft einen PKW-Kauf vorgezogen haben und 1987 als Nachfrager ausfallen.

4. Eine Reihe von Faktoren, die noch 1986 den Konsum förderten – Preisstabilität und zeitweilige Deflation; Ölpreisverfall; Reallohnsteigerung; stagnierende Arbeitslosen- und wachsende Beschäftigungszahlen – werden 1987 nicht mehr oder in weit geringerem Umfang wirksam.

5. Der Export, entscheidend für den Aufschwung der Jahre 1983-86, stagniert schon jetzt und wird 1987 zurückgehen. Außer der allgemeinen Rezession der Weltwirtschaft wirken hier der tief gesunkene Dollar und die »Sättigung« einiger Märkte, die von der BRD-Exportwirtschaft erst vor ein paar Jahren entdeckt worden waren (Spanien, Portugal, Griechenland). Daß die »fünf Weisen« vom Sachverständigenrat der Bundesregierung ein anderes, schöneres Bild malen, überrascht nicht. Denn erstens hat noch keines ihrer Gutachten eine bevorstehende Krise auch nur einigermaßen genau vorhergesagt, und zweitens wird am 25. Januar 1987 gewählt – bis dahin mindestens muß der Optimismus am Leben gehalten werden. Und nur der kleine radikalen Minderheit der FDP-Finanziers und -Wähler, die auch an der Krise noch zu verdienen hoffen, darf Otto Graf Lambsdorff mal in einem Nebensatz die Wahrheit sagen: »Der Sachverständigenrat zeichnet im Grunde ein trübes Bild...«

Konkret 01/87, S. 28

Volkert Ohm

Ein Gespräch in Valdivia

Seit dem 19. September ist Beatriz Brinkmann im chilenischen Valdivia in Haft. In der zweiten Oktoberhälfte reiste der Bremer Rechtsanwalt Volkert Ohm nach Chile, um sich über die Situation der Inhaftierten zu informieren und der Forderung nach ihrer sofortigen Freilassung gegenüber den chilenischen Behörden Nachdruck zu verleihen. Er berichtet, was er erleben mußte.

Der Faschismus in Chile hat viele Gesichter. Es sind die Gesichter seiner Diener und davon gibt es eine Menge. Eines von ihnen ist sehr breit und flach, mit kleinen Schweinsäuglein versehen. Zu diesem Gesicht gehört ein Hintern, der noch breiter ist als das Gesicht, und beide – Hintern und Gesicht – gehören einem Mann namens Helmut Steuer. Im Zivilberuf ist er Rechtsanwalt, innerhalb der chilenischen Armee hat er den Rang eines Oberst. Diese Kombination von juristischem Fachwissen und militärischer Disziplin, die sich paart mit reaktionärer Gesinnung, hat ihm zu einer Karriere in der chilenischen Militärgerichtsbarkeit verholfen: Oberst Steuer ist Rechtsberater des Gouverneurs der Provinz Valdivia im Süden Chiles. Der Gouverneur ist General. Er hat nur das Kriegshandwerk, aber nicht auch die Juristerei gelernt. Oberst Steuer ist sein »auditor«, das heißt, er flüstert seinem General die Militärgerichtsurteile ein und gibt ihnen juristischen Schliff.

Wir treffen Herrn Steuer in seinem Rechtsanwaltsbüro in Valdivia. »Guten Tag, bitte nehmen Sie Platz«, begrüßt er uns in fließendem, nahezu akzentfreiem Deutsch, und seine flinken Äuglein schweifen prüfend über uns. Aus seinem Namen und seinen guten deutschen Sprachkenntnissen ist unschwer zu schließen, daß Herr Steuer der deutschen Kolonie in Valdivia angehört. Die Deutschen, die sich in und um Valdivia angesiedelt haben, leben im wesentlichen von der Landwirtschaft. Als Grundbesitzer sind sie in der Mehrzahl konservativ eingestellt. Ihre Kolonie, die die deutsche Sprache und was man sonst unter deutschem Kulturerbe verstehen mag, pflegt, ist sehr zahlreich. Deshalb gibt es in dieser kleinen Stadt sogar die deutsche Schule. Diese Schule besuchen die Kinder des Herrn Steuer, und an dieser Schule hat auch Beatriz Brinkmann unterrichtet.

Herr Steuer lehnt sich in seinem Sessel zurück: »Was kann ich für Sie tun?« Die Frage ist nicht ernst gemeint. Herr Steuer kennt den Grund unseres Besuches genau. Er weiß, daß wir gekommen sind, weil die Lehrerin Beatriz Brinkmann seit dem 19.9. zusammen mit weiteren politischen Gefangenen in Valdivia in Haft gehalten wird.

In der Nacht vom 18. zum 19.9. hatte die chilenische Geheimpolizei CNI in Begleitung von Carabineros und Militär insgesamt 20 Personen in Valdivia und der näheren Umgebung festgenommen. Die Gefangenen, darunter Beatriz Brinkmann, wurden in ein Haus der CNI im Zentrum von Valdivia gebracht und dort mehrere Tage festgehalten und verhört. Ihnen wurden die Augen verbunden. Die Augenbinden wurden mit Klebstreifen befestigt. Während der Verhöre wurden die meisten von ihnen gefoltert mit Schlägen und Elektroschocks. Auch Beatriz Brinkmann wurde geschlagen und mit Elektroschocks an Armen und Beinen gequält. Von diesen Folterungen hatte sie uns berichtet, als wir sie im Gefängnis von Valdivia besuchten: »Andere wurden noch schlimmer mißhandelt als ich, vor allem die Männer. Ich hörte ihre Schreie. Immer wenn sie mit den Folterungen anfingen, stellten sie Radios oder Kassettenrekorder auf volle Lautstärke. Die Schreie waren so laut, daß sie die Musik übertönten. Ich fürchte, einige von ihnen haben schwere innere Verletzungen erlitten. Abel Atanasio Castro hat nachdem er ins Gefängnis gebracht worden ist, noch tagelang Blut uriniert. «

Nach den Verhören wurde von den Gefangenen verlangt, daß sie mit verbundenen Augen Vernehmungsprotokolle unterschreiben, deren Inhalt sie nicht kannten. Nach ein paar Tagen wurden acht der Festgenommenen aus der Haft entlassen. Einer von ihnen, Vladimir Gonzales Pacheco mußte zur Behandlung ins Krankenhaus von Valdivia eingeliefert werden. Er war – obgleich selbst nicht physisch gefoltert – wahnsinnig geworden, weil er mit verbundenen Augen festgehalten, die Schreie der gefolterten Mitgefangenen hören mußte. Die Diagnose der Ärzte lautete: paranoide reaktive Psychose.

Die übrigen Gefangenen wurden in das städtische Gefängnis von Valdivia überführt. Einigen wird vorgeworfen, sie hätten Sprengstoffanschläge auf öffentliche Einrichtungen verübt, bei denen Sachschaden entstanden sei. Beatriz Brinkmann habe als Mitglied der örtlichen Leitung der KP Chiles von derartigen Anschlägen gewußt. Sie habe auch als Redakteurin der in der BRD erscheinenden Zeitschrift »Don Reca« zur Subversion in Chile aufgerufen. Damit sollen sich Beatriz Brinkmann und die anderen Gefangenen nach Artikel 8 des Waffenkontrollgesetzes strafbar gemacht haben. Mit diesem Vorwurf begründet das Militär seine eigene Gerichtszuständigkeit .

Das Ermittlungsverfahren ist – als wir das Gespräch mit Herrn Steuer führen – noch nicht abgeschlossen. Die Ermittlungen liegen noch in den Händen des Militärstaatsanwalts. Herr Steuer ist als Rechtsberater offiziell noch nicht in Funktion getreten. Er hat sich aber offenbar schon ein Urteil über Beatriz Brinkmann gebildet, und er hält mit seinem Urteil nicht hinter dem Berg: Sie sei eine führende Kommunistin in Valdivia. Erst kürzlich habe er in Santiago erfahren, Frau Brinkmann habe vier Jahre lang Fidel Castro als Dolmetscherin gedient, nachdem sie Deutschland verlassen habe. – Die Schweinsäuglein blicken beobachtend über den Schreibtisch, wie wir diesen Unsinn verdauen. Wir erwidern, daß seine

Behauptungen nachweislich falsch sind und weisen daraufhin, daß in der Öffentlichkeit in der BRD die Freilassung von B. Brinkmann gefordert wird. Wir halten ihm vor, daß die Gefangenen gefoltert wurden, ihnen Geständnisse abgepreßt wurden und ein faires Verfahren nicht gewährleistet ist. Er dementiert, bestreitet Folterungen im Haus der CNI. Sein Gesicht ist dabei so unbewegt und bieder wie die Fassade jenes Hauses, in der Straße Perez Rosales. Er weiß es, jedermann in Valdivia weiß, daß im Keller dieses unscheinbaren zweistöckigen Hauses wenige hundert Meter von seiner Anwaltskanzlei entfernt, Menschen von Folterspezialisten der Geheimpolizei grausam gequält wurden. Es war sogar in einer Reportage der chilenischen Wochenzeitschrift »Hoy« in Einzelheiten nachzulesen, wie gefoltert wurde, und daß die CNI-Agenten das Elektroschockgerät ihren »Computer« nennen.

Das ist die moderne Arbeitsteilung in den herrschenden Militärdiktaturen: die Polizei übernimmt das blutige Handwerk des Folterns, das Militär dementiert oder gibt sich unwissend. Herr Steuer spielt seine Rolle selbstbewußt und lässig. Wir müssen unser Gespräch mit ihm beenden. Er wird jetzt in den Tennisclub von Valdivia fahren. Dort wartet seine Gattin auf ihn, eine schlanke, blonde Frau, die auf einer Fotografie hinter seinem Schreibtisch melancholisch in die Ferne blickt. – Später erfahren wir, daß sich unser Gesprächspartner auf Kegelabenden in Kreisen der deutschen Kolonie gelegentlich vollaufen läßt und dann im Suff Witze über den General Pinochet reißt – auf deutsch versteht sich. Ein Mann wie Steuer schätzt sein Risiko ein und ist sich sicher: Er und seinesgleichen werden Pinochet überleben.

Kasten Seite 28

Die Lehrerin

Dr. Beatriz Brinkmann

ist 42 Jahre alt. Sie wurde als Kind deutscher Eltern in Chile geboren, kam 1968 nach Marburg, wo sie studierte, promovierte und im Akademischen Auslandsamt arbeitete. Seit 1974 hat sie sich vor allem im Rahmen der Kinderhilfe Chile für eine humanitäre Hilfe und Chilesolidarität eingesetzt. Im Frühjahr 1985 kehrte sie noch Chile zurück, wo sie seitdem als Lehrerin an einer deutschen Schule in Valdivia arbeitete. – Beatriz Brinkmann ist nach wie vor im Gefängnis von Valdivia in Haft, trotz internationaler Proteste. Solidarität ist daher weiter notwendig. Ein Protesttelegramm in spanischer Sprache liegt der internationalen Telegrammannahme in Frankfurt (069/11 31) vor und kann unter dem Stichwort »Beatriz Brinkmann« aufgegeben werden. In deutscher Übersetzung: »Wir fordern die sofortige Freilassung der deutschen Lehrerin Beatriz Brinkmann, die von der CNI verhaftet wurde.« (Kosten ca. 30 DM) In spanischer Sprache kann auch an sie direkt geschrieben werden: Die Adresse: Dr. Beatriz Brinkmann, Carcel Publica, Isla Teja, Valdivia, Chile.

Konkret 01/87, S. 30

Jürgen Reents

Wer braucht, der kriegt

Die USA haben sich erwischen lassen bei ihren Waffenlieferungen an den Iran. Andere Staaten sind nicht minder in den Krieg am Golf involviert. Auch die bundesdeutsche Waffenindustrie von Heckler & Koch über MBB bis hin zu Magirus-Deutz - hofft nicht ohne Grund, daß der Krieg noch lange andauern möge und die Kriegsgegner zahlungskräftig genug bleiben, um immer neues Material zum Töten zu bestellen.

Als vor zweieinhalb Jahren auf Antrag der Grünen eine Aktuelle Stunde im Bundestag zum Thema »Die Ausweitung des Golfkrieges und die Verantwortung der Rüstungsexportländer« stattfand, da entwich dem CDU-Abgeordneten Peter Petersen, Oberleutnant der Reserve, die vornehm rassistische Frage: »Ja, glauben Sie denn nicht, daß die sich mit Dreschflegeln oder mit Spießen totschlagen würden, wenn sie keine Schießgewehre hätten?«

Daß man über Waffenlieferungen für den iranisch-irakischen Krieg eigentlich gar nicht reden muß, meinte auch Petersens Fraktionskollege Heinz Schwarz, Luftwaffenhelfer vor 1945, in dieser Debatte: »... es ist deutlich geworden, daß es nicht die Waffen sind, die diesen Krieg vom Zaune gebrochen haben, und wenn es nicht die Waffen wären, mit denen der Krieg jetzt geführt wird, dann wären es andere Waffen gewesen, mit denen der Krieg begonnen und fortgeführt worden wäre.«

Warum quälten sich Vertreter der Regierungskoalition dermaßen, eine Kriegsunterstützung an Iran und Irak herunterzuspielen, wenn gleichzeitig gesagt wurde, daß es sie gar nicht gibt? Außenminister Genscher in der Debatte: »Die Bundesregierung hat, wie es ihrer Rüstungsexportpolitik seit eh und je entspricht, dafür Sorge getragen, daß aus unserem Lande in die kriegführenden Länder keine Waffen exportiert werden.« Staatsminister Möllemann wiederholt dies seitdem bei jeder sich bietenden Gelegenheit: »Wir sind in diesem Konflikt neutral und liefern an keine der beiden Seiten Waffen.« (September 1986 vor dem Arabischen Club in Bremen).

Wahr ist allerdings nur: Wie es ihrer Rüstungspolitik »seit eh und je entspricht« hat die Bundesregierung vor allem »dafür Sorge getragen«, daß ihre Kriegsunterstützung für Iran und Irak nicht bekannt wird.

Die Liste derjenigen Staaten, die den Irak oder den Iran mit Waffen und kriegsverwendbaren Gütern beliefern, ist lang. Nach Untersuchungen des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI sind es mindestens zehn Staaten, die Doppelförderer und Doppelverdiener dieses Krieges sind: Sie liefern an beide Seiten.

Die Hauptwaffenlieferanten des Irak sind die Sowjetunion, Frankreich, Brasilien und Ägypten. Im November 1983 berichtete der »Spiegel«, daß die Sowjetunion 70 Prozent des Rüstungsnachschubs in den Irak deckt; im März 1985 meldete »Die Welt« dann, daß die sowjetischen Rüstungsanteile inzwischen stagnieren, weil der Irak sich stärker an andere Lieferanten gewandt habe. Frankreich hat zwischen 1982 und 1984 für 5 Mrd. Dollar Waffen an den Irak geliefert. Mittlerweile sollen 40 Prozent aller französischen Rüstungsexporte in den Irak gehen.

Die USA, die sich offiziell angeblich jeglicher Waffenlieferungen an eine der beiden Kriegsseiten enthalten, haben Hubschrauber an den Irak geliefert, die sie als »zivil« deklariert haben, die aber für die Kriegführung verwendet werden. Ansonsten kümmern die USA sich mit ihren Rüstungslieferungen mehr um das Umfeld und die Zwischenhändler für irakisches Kriegsgut: vor allem Saudi-Arabien, Ägypten und Jordanien.

Der Iran ist bis zum Sturz des Schah-Regimes vor allem mit hochmodernen US-amerikanischen Waffen zum Wächterstaat am Golf ausgerüstet worden. Da die USA nach der Geiselaffäre in der US-Botschaft von Teheran ein Handelsverbot gegen den Iran verhängt haben, besorgt sich das iranische Regime einen Großteil des Nachschubs an Waffen und Munition für ihre US-amerikanischen Systeme auf dem grauen Waffenmarkt. Die jetzt bekannt gewordenen Direktlieferungen aus den USA sind nur ein kleiner Teil dessen, was den Iran weiterhin an US-amerikanischem Rüstungsmaterial auf vielerlei Umwegen erreicht.

Im Mai 1984 ist z.B. in Hamburg ein Ring von Waffenhändlern aufgeflogen, der 250 Panzer des Typs M 48 an den Iran verkaufen wollte. Da der M 48 lange Zeit Standardpanzer der US-Streitkräfte war und auch in der Bundesrepublik und anderen NATO-Staaten eingesetzt wurde, ist die eigentlich interessante Frage, wie Waffen eines solchen Umfangs aus NATO-Beständen überhaupt in die Hand von privaten Waffenschiebern kommen können.

Seit dem 30.4.86 ermittelt die Hamburger Polizei auch gegen eine andere Gruppe von Waffenhändlern, die geplant haben soll, 30 US-Kampfhubschrauber »Cobra - Bell AH-1 S«, 5000 Panzerabwehrraketen »Tow-BGM 71«, 250 Sidewinder-Raketen, 30 Kampfpanzer M 48 sowie Haubitzen, Flammenwerfer und Panzermotoren, über die Schweiz nach Iran zu vermitteln. Die geplante Waffenlieferung sollte einen Wert von 1,6 Mrd. DM haben. Auch hier fragt man sich, wie es möglich sein soll, daß diese »illegalen Waffenhändler« ohne Hilfe durch Regierungs- oder Militärstellen überhaupt an solche Waffenbestände herankommen. Auf jeden Fall ist die Bundesrepublik offenkundig eine der Drehscheiben des »illegalen Waffenhandels« – nicht nur in den Iran.

Andere US-amerikanische Ersatzteile und Munition besorgt Teheran sich über Argentinien, Taiwan und Großbritannien. Daß auch Israel in Waffenlieferungen an den Iran verwickelt sein soll, ist nicht erst seit den jüngsten Berichten über McFarlanes Geheimmissionen in Teheran bekannt. Bereits 1981 sind israelische Waffenlieferungen an den Iran durch ein Interview des damaligen israelischen Botschafters in den USA, Mosche Arens, mit dem »Boston Globe« bestätigt worden. Damals wie heute geschah dies in Absprache mit den USA und mit der Begründung, man habe auf diese Weise Kontakt zu iranischen Militärkreisen aufnehmen wollen, die den Iran in die westliche Einflußsphäre zurückführen könnten. 40 Prozent des iranischen Rüstungsnachschubs kommen laut SIPRI mittlerweile aber aus Nordkorea, daneben viel aus Libyen und Syrien. Auf mehrere Anfragen der Grünen hat die Bundesregierung folgende Zahlen zum westdeutschen Rüstungsexport genannt: 1983 seien Rüstungsgüter im Wert von 8 611 Mrd. DM ausgeführt worden, 1984 für i,103 Mrd. DM und 1985 für 5,793 Mrd. DM. Konkrete Angaben, was in welche Länder geliefert worden ist, verweigert die Bundesregierung regelmäßig mit Hinweis auf Betriebsgeheimnisse und Vertraulichkeitswünsche der Empfängerstaaten.

Die Zahlen geben allerdings auch nur einen Teil der Wirklichkeit bundesdeutschen Rüstungsexports wieder. In den offiziellen Statistiken tauchen vor allem all die Rüstungsexporte nicht auf, an denen bundesdeutsche Rüstungsfirmen über Gemeinschaftsproduktion mit Firmen anderer Länder beteiligt sind. Bereits die Schmidt-Regierung hat 1972 in einem Geheimabkommen mit der französischen Regierung auf jegliches Vetorecht gegenüber solchen Rüstungsexporten aus gemeinsamer Produktion verzichtet. In einem vom »Spiegel« 1985 zitierten vertraulichen Schreiben teilte die Bundesregierung den westdeutschen Rüstungskonzernen mit: »Die beiden Regierungen haben vereinbart, daß sie jeweils die andere Regierung nicht daran hindern werden, Kriegswaffen oder sonstiges Rüstungsmaterial, das aus einer gemeinsam durchgeführten Entwicklung oder Fertigung hervorgegangen ist, in Drittländer auszuführen oder ausführen zu lassen.« Die Kohl-Regierung hat 1983 eine gleiche Vereinbarung mit Großbritannien getroffen.

Nicht miterfaßt in den offiziellen Zahlen ist ebenfalls all das Rüstungsmaterial, das als Folge des Exports von Waffenproduktionsanlagen (auf diesem Sektor ist die BRD die Nummer 1) und des Lizenzverkaufs in anderen Ländern hergestellt wird. Im übrigen deklariert die Bundesregierung viele Lieferungen als »zivil«, die aber militärisch verwendet werden. Das betrifft z.B. schwere Lastkraftwagen, viele elektronische Einzelteile usw.

Die ständig wiederholte Behauptung der Bundesregierung, sie würde keine Waffen nach Iran und Irak liefern, beruht vor allem auf der Unterschlagung dieser Tatsachen. Eine Auswahl:

- Im Iran wird das G3-Gewehr der westdeutschen Firma Heckler & Koch in Lizenz in einer Fertigungsanlage produziert, die von der bundeseigenen Firma Fritz Werner noch zu Schah-Zeiten errichtet wurde.
- Über den Hafen in Bremen wurden u.a. Panzertransporter mit Zugmaschinen von Daimler-Benz und 90-to-Aufliegern von Titan Kässbohrer an die iranische Pasdaran geliefert.
- Näherungszünder für die französische Exocet-Raketen, die an den Irak geliefert wurden, kommen von MBB.
- 1982 erhielt die irakische Armee von der AEG/Westberlin 1.000 Funkempfänger des Typs E 6862.
- Die Erdkampfflugzeuge Alpha-Jet, von denen der Irak 1981 30 Stück über Frankreich erhielt, werden gemeinsam von Dassault-Breguet und Dornier hergestellt. Die Panzerabwehrwaffen Hot und Milan und das Flugabwehrraketensystem Roland, die ebenfalls in großem Umfang an Irak geliefert werden, sind Produkte von Euromissile, ein zu je 50 Prozent von Aérospatiale und MBB getragener deutsch-französischer Rüstungskonzern .
- 24 Kampfhubschrauber BO-105 von MBB wurden mit Bestandteilen aus der BRD von der MBB-Kooperationsfirma Casa in Spanien montiert und an den Irak geliefert. Über Österreich wurden sechs MBB-Hubschrauber BK-117 von MBB in den Irak geliefert, nachdem sie zuvor in Augsburg trotz angeblich »ziviler Version« mit Militärelektronik ausgestattet wurden.

Der vermutlich größte Teil bundesdeutscher Kriegsunterstützung am Golf besteht in der Lieferung von unterschiedlichen Transportfahrzeugen. Von 1981 bis Ende 1985 sind aus der Bundesrepublik für mehr als 6,3 Mrd. DM Fahrzeuge an den Irak geliefert worden. Das weitaus meiste davon sind Lastkraftwagen und Sattelzugmaschinen, wobei bis 1982 hauptsächlich der Irak und nach 1983 hauptsächlich der Iran von Daimler-Benz, MAN und Magirus-Deutz beliefert wurde.

Der niederländische Abgeordnete van den Bergh hat in einem Bericht an die Parlamentarische Versammlung des Europarats geschrieben, daß von westeuropäischer Seite her die Bundesrepublik die besten Einflußmöglichkeiten gegenüber dem Irak hätte. Tatsache ist, daß das Exportvolumen der Bundesrepublik in den Iran 1983 die BRD-Exporte zu

Zeiten des Schah-Regimes überschritten hat, in den folgenden Jahren allerdings wieder etwas rückläufig war. Gerade in letzter Zeit sind bei ministeriellen Besuchen und Gegenbesuchen in Bonn und Teheran aber Gespräche zur Ausweitung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen geführt worden.

In der Parlamentarischen Versammlung des Europarats wurde zwar Ende 1985 eine Resolution eingebracht, die die Regierungen und Parlamente der Mitgliedsstaaten des Europarats aufforderte, »für einen schnellstmöglichen Waffenstillstand« am Golf zu arbeiten und zu diesem Zweck u.a. einen Stop jeglichen Rüstungsexports in die Kriegsregion herbeizuführen, aber auch diese Resolution blieb Papier.

Konkret 01/87, S. 32

Wolfgang Schneider

Ein bi□ chen Faschism□ s darf dabei sein

Je strahlender der Optimism□ s a□ f den Regier□ ngsb□ nken, □ m so h□ rter □ erden die Zeiten: Nachdem in den USA n□ n nicht gen□ t□ t hat, □ m die immense Versch□ ld□ ng des Staates □ □ mindern, liberale Politik - □ as immer das a□ ch sein r □ er□ irklichen, gehen die US-amerikanischen Wirtschafts□ issenschaftler, aber nicht n□ r sie, ans Eingemachte Sie konnten nicht so, □ ie sie □ ollten, □ eil es da immer noch diese Demokratie gab, die die Parlamente daran hinderte, allein den Wirtschaftlern □ □ folgen. Das m□ □ anders □ erden. Stockman, Friedman, Ha□ ek, Biedenkopf □ nd a□ ch die SPD □ eisen

»Der umfassende Widerspruch aber dieser (liberal-demokratischen) Konstitution besteht darin: Die Klassen, deren gesellschaftliche Sklaverei sie verewigen soll, Proletariat, Bauern, Kleinbürger, setzt sie durch das allgemeine Stimmrecht in den Besitz der politischen Macht. Und der Klasse, deren alte gesellschaftliche Macht sie sanktioniert, der Bourgeoisie, entzieht sie die politischen Garantien dieser Macht. Sie zwängt ihre politische Herrschaft in demokratische Bedingungen, die jeden Augenblick den feindlichen Klassen zum Sieg verhelfen und die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft selbst in Frage stellen. Von den einen verlangt sie, daß sie von der politischen Emanzipation nicht zur sozialen fort-, von den anderen, daß sie von der sozialen Restauration nicht zur politischen zurückgehen.«
(Karl Marx, 1850)

»Unsere Wirtschaftsrevolution war im Grunde eine politische Revolution.«
(David Stockman, 1986)

Die Antworten bürgerlicher Ideologen und maßgeblicher Kapitalfraktionen auf die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft sind radikaler, als jene Kritik an Sozialstaatsabbau, Umverteilung und Massenarbeitslosigkeit uns glauben machen will, die unter Hinweis auf explodierende Unternehmensgewinne und drastisch gesunkene Reallöhne vor dem Auseinanderbrechen der »Sozialpartnerschaft« zu warnen und auf die grundsätzliche Proklamation eines »sozialen Rechtsstaats« zu pochen pflegt. Diese konformistische Kritik einer vermeintlich im Legislaturperiodenzyklus vollzogenen wirtschafts- und sozialpolitischen »Wende« hat sich mittlerweile (nicht nur) bei Sozialdemokratie und Gewerkschaften etablieren können – was sie neben ihrer Entschuldungsleistung gegenüber der eigenen politischen Vergangenheit einigen harmonistischen Annahmen verdankt.

Sie unterstellt nicht nur, eine auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln basierenden Konkurrenzordnung sei prinzipiell und langfristig mit der Gewährleistung weitreichender sozialer und politischer Rechte verträglich, sondern kultiviert darüberhinaus ein funktionalistisches Staats(miß)verständnis, demzufolge eine demokratisch legitimierte, sozialstaatliche Absicherung der Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse zu den irreversiblen Bestandsvoraussetzungen moderner kapitalistischer Industriegesellschaften gehöre, es also im wohlverstandenen Interesse auch der Eigentümer/Unternehmer läge, sich in eine Beschneidung ihrer Verfügungsmacht zu schicken. Eifrig durchforsten ihre um Nachfragegleichgewicht und Systemstabilität bangenden Vertreter auf der Suche nach versteckten Gewinnen Konzernbilanzen – als ob einige national- und branchenbegrenzte »gute Jahre« den knapp 30jährigen Fall der Profitrate in den kapitalistischen Metropolen bereits wett gemacht und die eng gewordenen Märkte wundersam geweitet hätten. Triumphierend verweisen sie auf Widersprüche und Defizite in den Krisenbewältigungskonzepten von Regierung und Kapital – als ob es zum Angriff auf den Lebensstandard und die politischen Rechte der Arbeiterklasse je einer konsistenten theoretischen Begründung bedurft hätte.

Der aufklärerisch/propagandistische Wert, den derartige Argumente für die Fundierung einer sozialistischen Perspektive allenfalls haben, verkommt im Kontext der konformistischen »Wende«-Kritik zum Appell an Vernunft und Gewissen einer Klasse, die tagtäglich und weltweit demonstriert, daß »antagonistische Kooperation« und demokratische Spielregeln so lange gelten, wie sie ihren Interessen dienen – ansonsten geht sie über Leichen.

Der Streit beispielsweise darüber, ob der Sozialstaat »die Profite 'wirklich' schmälert, ist deshalb ein rein akademische(r), weil die Investoren in einer Position sind, die Realität – und die Effekte – einer 'Profitklemme' durch eigene Deutungen herzustellen. Niemand kann schließlich den Unternehmern vorschreiben, wie vorsichtig, skeptisch, zögernd usw. sie sich verhalten sollen.« »Das heißt, was immer sie als unerträgliche Last *auffassen, ist* tatsächlich eine unerträgliche Last, welche *in der Tat zu* einer abnehmenden Investitionsneigung führen wird, zumindest solange sie erwarten können, die sozialstaatsbezogenen Kosten durch die Ausübung solcher Sanktionen zu senken« (Claus Offe).

Es ist ja richtig, daß der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen 1985 auf den Stand von 1961 zurückgefallen ist, daß die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit zwischen 1977 und 1985 um 49 Prozent gestiegen, die Reallöhne der abhängig Beschäftigten 1985 dagegen auf den Stand von 1977 zurückgefallen sind. Was aber soll der vorwurfsvolle

Ton, in dem derartige Feststellungen üblicherweise vorgetragen werden, wenn gleichzeitig und nachdrücklich die private Entscheidung über die Verwendung gesellschaftlicher Ressourcen anerkannt wird? Ein gleichbleibendes Interesse des Kapitals an weiterer Verbilligung der Ware Arbeitskraft vorausgesetzt, sind eben selbst die ins Jahr '77 abgesunkenen Löhne noch genau so lange zu hoch, wie es ihm faktisch gelingt, sie weiter zu drücken.

Ähnliches gilt für die Debatte um den Charakter der Massenarbeitslosigkeit in den kapitalistischen Industriestaaten: Handelt es sich dabei um ein »soziales Problem« oder lediglich um eine durch (wohlfahrts)staatliche Maßnahmen hervorgerufene mittelfristige Erhöhung der »natürlichen Rate« der Arbeitslosigkeit? Eine Frage, die gleichfalls nicht empirisch beantwortet werden kann. Jedenfalls ist Arbeitslosigkeit keineswegs per se – also aufgrund lediglich statistischer Daten – ein soziales Problem, sondern wird erst zu einem solchen, wenn die von ihr Betroffenen ihre sozialen und politischen Ansprüche praktisch geltend machen. Auch hier geht es zunächst darum, welches Verständnis des puren Faktums gesellschaftlich durchgesetzt wird, wer also über die entsprechende Artikulations- und Definitionsmacht verfügt: In den USA wird beispielsweise seit einigen Jahren die Möglichkeit diskutiert, Arbeitslosigkeit als Thema – und damit als soziales Problem! – dadurch zu eliminieren, daß der Staat jedem/r Arbeitslosen einen Arbeitsplatz anbietet, dessen Entlohnung unterhalb des gesetzlich fixierten Existenzminimums liegt. Die Ablehnung eines solchen »Angebots« ist einkalkuliert – soll es doch lediglich bewirken, daß Arbeitslosigkeit öffentlich nurmehr als »freiwillige« bzw. Such-Arbeitslosigkeit und nicht länger als Produkt eines defizienten Wirtschaftssystems behandelt wird.

Die konformistische »Wende«-Kritik hat die Brisanz des »von oben« verschärften Klassenkampfs um ökonomische, politische und ideologische Teilhabe und Selbstbestimmungsrechte nicht annähernd verstanden. Ihr ist nicht einmal aufgefallen, daß ihr famoser Vorschlag, zwecks systemimmanenter Krisenbewältigung »Kapitalfehlleitungen« (Börsenspekulationen – »Mangel an volkswirtschaftlichem Risikokapital«) zu beheben, sich gleichzeitig auf zwei miteinander unverträgliche Logiken stützt. Wer die Marktwirtschaft verteidigt und damit das Profitkalkül des Einzelkapitals zum bestimmenden Faktor der ökonomischen Entwicklung macht, ihre Ergebnisse aber dem Maßstab einer kollektiven Rationalität unterwerfen will, ist entweder ein Dummkopf oder ein Lügner.

Zielstrebig und rücksichtslos versichern sich dagegen Kapital und zuhandene Meisterdenker der praktischen und theoretischen Voraussetzungen einer Forcierung ihrer Offensive. Weil der Terraingewinn bislang enttäuschte, wenden sie sich dabei zunehmend – wie bereits in der Zwischenkriegszeit – gegen den liberal-demokratischen Aufbau der staatlichen Ordnung. Mit einleuchtenden Gründen: In dem Maße, in dem im Verlauf der langen Nachkriegsprosperität die herkömmliche Funktion der Reservearmee der Arbeitslosen geschwächt wurde – in dem Maße, in dem die kapitalistische Krise daher nicht länger in der Lage ist, im »rein ökonomischen« Selbstlauf – durch massive Ausdehnung der Reservearmee – für die Wiederherstellung eines profitablen Akkumulationsprozesses zu sorgen, in eben diesem Maß muß sich das Interesse der Unternehmer auf eine Restrukturierung der diesen Prozeß steuernden politischen Ordnung richten. Wo es ihnen – wie z.B. vorläufig in den USA – jedoch nicht gelingt, den inneren Widerspruch des kapitalistischen Staates (einerseits: Garant der überkommenen Eigentumsordnung, andererseits: Instrument zur Befriedigung sozialer Bedürfnisse in den Händen einer »demokratischen Masse«) zu ihren Gunsten aufzuheben, greifen sie zu politisch-ökonomischen Mitteln, die einen weltwirtschaftlichen Kollaps nur immer wahrscheinlicher machen.

Es ist an der Zeit, daß die bundesrepublikanische Linke sich auf den Wahrheitsgehalt der konservativen/liberalen Analyse einläßt, um ihren Schlußfolgerungen systematischer begegnen zu können. Denn in der Tat haben die Kapitalisten gute Gründe, »unter Bedingungen abnehmender Wachstumsraten und vehementer Konkurrenz auf heimischen und internationalen Märkten (...) die Aussichten für Investition und Profit als trübe anzusehen und dem Sozialstaat dafür die Schuld zuzuschieben, daß die Profitabilität durch hohe Sozialversicherungsabgaben und eine Vielzahl administrativer Vorschriften noch weiter reduziert wird« (Claus Offe). Selbstverständlich behindern die von den Lohnabhängigen erkämpften staatlichen Programme – wenigstens 20 Prozent des gesamten Lebensstandards der Arbeiterklasse werden heute in Form des »Soziallohns« bestritten – die Durchsetzung der kapitalistischen Krisenbewältigungsstrategie, und ebenso selbstverständlich erschweren auf allgemeinem Wahlrecht basierende parlamentarisch-bürokratische Prozeduren deren Demontage. Die Sozialstaatskritik hat daher längst – über die Behauptung, eine »Anspruchsinflation« organisierter gesellschaftlicher Gruppen haben den Staat »unregierbar« gemacht – zur grundsätzlichen und nur allzu rationalen Infragestellung demokratischer Legitimations- und Entscheidungsverfahren geführt.

II

Bescheiden ist hierzulande die Reaktion auf das Buch, in dem der 1985 zurückgetretene Budget-Direktor der US-Regierung (Director of Management and Budget-OMB), David Stockman, die Reagan-Revolution als letztlich am politischen System gescheiterte beschreibt (David Stockman: »Der Triumph der Politik«, München 1986). Ich möchte es aus mehreren Gründen zur Lektüre empfehlen:

•

Es hat einen gewissen Unterhaltungswert (der weder unter der drögen Bertelsmann-Übersetzung noch unter der Tatsache sonderlich leidet, daß es vom Verlag – ohne einen diesbezüglichen Hinweis – erheblich und um zum Teil besonders makabre Passagen gekürzt wurde).

- Es demonstriert – deutlich wie nie – die Bedeutungslosigkeit wirtschaftstheoretischer Überlegungen für wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen; es schildert – anschaulich wie nie – das Auswürfeln »wissenschaftlicher« Prognosen.
- Zu seinen zentralen Thesen gehört: Die notwendige »kapitalistische Renaissance« ist im Rahmen einer Demokratie nicht durchführbar.
- Insgesamt bietet es (auch dem konformistischen »Wende«-Kritiker) eine Möglichkeit, sich von der Brisanz einer neuen Phase der Klassenauseinandersetzungen zu überzeugen.

Und das, obwohl die Hauptakteure des von Stockman aufgezeichneten bedrohlichen Polit-Spektakels – die Reagan, Haig, Weinberger, Regan, Deaver, Meese und Konsorten, die Kongreßabgeordneten und Propheten einer neuen kapitalistischen Heilslehre namens »Angebotstheorie« Jack Kemp, Arthur Laffer, Jude Wanniski und Stockman himself – nur die Puppen sind, die andere tanzen lassen. Die eigentlichen Drahtzieher des republikanischen »Wende«-Komplotts – die kalifornischen Großgrundbesitzer, Ölkonzerne, der militärisch-industrielle Komplex und die übrigen Großen unter den protektionistischen US-Binnenmarktproduzenten – bleiben bei Stockman weitgehend hinter den Kulissen und sind gerade dadurch in beinahe jedem Satz präsent.

Denn die »Zurückhaltung« bei der Benennung polit-ökonomischer Zusammenhänge erlaubt es Stockman, seinen Part – und den seiner Mitstreiter – als autonom ideologischen, als einen nur der »Vernunft«, also den ökonomischen Sachgesetzlichkeiten, verpflichteten auszugeben. Dadurch ist er in der Lage, das tatsächliche Programm einer »kapitalistischen Erneuerung« der führenden imperialistischen Weltmacht in seltener Konsequenz zu beschreiben – und nicht nur jenen Teil, der, domestiziert, in Regierungserklärungen um Mehrheiten buhlt.

Die »Große Doktrin« der Reagan-Revolution forderte – zwecks »unbehinderter Erzeugung kapitalistischen Reichtums« – »einen Frontalangriff auf den amerikanischen Wohlfahrtsstaat«, z.B. »die sofortige Einstellung der Sozialfürsorge für arbeitsfähige Arme«, ohne »daß man Leute bemitleidete, die Pech gehabt hatten«, und – bezüglich der Sozialversicherungsprogramme (Kranken; Renten-, Arbeitslosenversicherungen etc) – »den Ausgleich da Lebenshaltungskosten unter die Inflationsrate zu drücken, so daß die realen Kosten und die Kaufkraft der Unterstützungszahlungen weggefressen werden.«

Ein bemerkenswertes Trio lieferte Stockman die theoretischen Ingredienzen, aus denen der ehemalige Theologiestudent sein Programm zur Förderung »des uneingeschränkten Kapitalismus« zusammenrührte:

- Der ehemalige Football-Profi, republikanische Kongreßabgeordnete und wahrscheinlich neue Präsidentschaftskandidat seiner Partei, Jack Kemp (»unser politischer Guru«), der sich inzwischen vor dem Defizit in den Goldstandard geflüchtet hat;
- der frühere Mitarbeiter des »Wallstreet-Journals«, Jude Wanniski, dessen populär-wissenschaftlich-fröhliche Kapitalismusapologie »The Way the World Works« (Wie die Welt funktioniert) Stockman »mit der Wucht einer Offenbarung traf«;
- Arthur Laffer, der sich mit einer auf eine Papierserviette gezeichneten Kurve unter bürgerlichen Ökonomen einen Namen machte, weil sich aus ihr überraschenderweise ergab, daß bei einem Steuersatz von 100 Prozent die Steuereinnahmen des Staates genauso hoch wie bei einer Quote von 0 Prozent sein würden, der »ideale« also (da Mensch und Staat schließlich was zum Leben brauchen) irgendwo dazwischen liegen müsse. Daß der momentane Steuersatz jedenfalls entschieden zu hoch sei, ließ sich da »Laffer-Kurve« nicht entnehmen, wurde aber gerade deshalb mit Entschiedenheit behauptet.

Die Stockman-Crew formulierte ein haushalts- und wirtschaftspolitisches »Konsolidierungs«-Konzept, in dessen heterogenen Bestandteilen sich die konfligierenden Interessen verschiedener Kapitalfraktionen niedergeschlagen hatten (Multis und Großbanken kontra binnenmarktorientierte Industrie). Angebotsstimulierende Maßnahmen (Steuersenkung zwecks Unternehmensentlastung) konkurrierten mit einer monetaristisch-restriktiven Geldpolitik (zwecks Inflationsbekämpfung) und beide zusammen mit einem bis dato in dieser Größenordnung unbekannten rechtskeynsianischen Staatsausgabenprogramm (5-Jahres-Rüstungsetat von knapp 1,5 Billionen Dollar).

Die Ergebnisse dieses absonderlichen »policy-mix« (restriktive Geldpolitik bremst den »Aufschwung«, Steuersenkungen leeren die Staatskasse und wirken inflationär, die exorbitanten Rüstungsausgaben vergrößern das Haushaltsdefizit und treiben die Zinsen nach oben, was zwar dringend benötigtes Auslandskapital ansaugt, gleichzeitig aber zusätzlich aufs Wachstum drückt etc.) waren voraussehbar und sind bekannt: Bereits 1984 hatte sich die US-Inlandsverschuldung auf 1,6 Bio. Dollar verdoppelt, mittlerweile hat sie die 2 Bio.-Grenze (und damit das Schuldenvolumen aller Regierungen der 200jährigen amerikanischen Geschichte zusammen) überschritten und könnte am Ende der Reagan-Ära 3 Bio. Dollar erreichen. Rechnet man die Unternehmens- und Privathaushaltsschulden hinzu, so ergibt sich die phantastische US-Schuldensumme von 7 Bio. Dollar (zum Vergleich: die Gesamtverschuldung der 3. Welt liegt bei 1 Bio. Dollar).

1985 wurden die USA mit einem Außenhandelsminus von 107 Mrd. Dollar (1986: 124 Mrd.) zum größten Nettoschuldner der Welt – noch vor Brasilien und Mexiko. Seit einiger Zeit muß der Kongreß die fürs Staatsdefizit gesetzlich festgelegte Marke mindestens einmal pro Jahr nach oben verschieben – so geschehen bspw. Ende 1985 (von 1,82 Bio. auf 2,07 Bio. Dollar), da ansonsten die reichste Nation der Erde exakt am 12.12.1985 technisch bankrott gewesen wäre; die bislang letzte Operation dieser Art (32 Mrd.) fand Mitte August 1986 statt.

Während die USA mit dieser crash-reifen Pump-Politik offen bekannten, als imperialistische Hauptmacht eben auch der Welt größter Parasit zu sein, vervierfachten sich im Landesinneren die Firmenpleiten seit 1980 auf 52.000 pro Jahr. Allein 1985/86 brachen 270 Banken und Bankfilialen zusammen. Die Arbeitslosenrate beträgt gegenwärtig – unter Einschluß der unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten und »stillen Reserve« – 16 (Prozent und nicht, wie offiziell verlautbart, 7,5), obwohl die amerikanische Arbeiterklasse von 1973 bis 1983 eine Reallohnsenkung von 17 Prozent hat hinnehmen müssen.

Stockman nun beschreibt Karriere und Konsequenzen der Reaganschen »Voodoo Economics« einerseits als Folge einer Mischung aus administrativer Inkompetenz, Größenwahn und eiskalter politischer Planung, andererseits und vor allem aber als Ergebnis der Weigerung eines idiotischerweise von Wahlen abhängenden Parlaments, den amerikanischen Sozialstaat zu demolieren, und der Unentschlossenheit des Präsidenten, der als »guter Mensch« leider zu schwach sei, um sich über konstitutionelle Schranken hinwegzusetzen: »Ronald Reagan war zu freundlich, zu höflich und zu sentimental.«

Schon im Frühjahr 1981, wenige Wochen nach Antritt der neuen Regierung und einer ersten systematischen Sichtung der entsprechenden Daten, wußten die wirtschafts- und haushaltspolitischen Strategen des OMB, daß sämtliche Zahlen, von denen ausgehend sie die Erfüllung des Reaganschen Wahlprogramms und einen ausgeglichenen Haushalt für 1984 versprochen hatten, falsch waren. Sie reagierten, wie von ihnen erwartet, und programmierten die Computer solange um, bis sie passende Daten ausspuckten, änderten unentwegt ihre Berechnungsgrundlagen, unterstellten irreale Wirtschaftsentwicklungen, operierten mit fiktiven Zahlen, fingierten Kürzungen, überhöhten die Steuereinnahmen, ignorierten die von ihnen selbst angekündigte Inflationsdämpfung und kauften zwischendurch ein paar Kongreß-Abgeordnete. Als sich jedoch auch durch Mobilisierung noch der letzten kriminellen Reserven das finanzielle Debakel nicht länger kaschieren ließ, als darüberhinaus weder Wallstreet-Manager noch Unternehmer taten, was sie nach den theoretischen Vorgaben hätten tun sollen – Zinsen senken und heftig investieren – , und als schließlich endgültig klar war, daß der Kongreß nicht bereit sein würde, »einen Frontalangriff gegen die Zitadelle des amerikanischen Wohlfahrtsstaates (...), gegen das gewaltige System der Rentenversicherung (zu führen)«, änderte das OMB seine Taktik, verabschiedete sich vom Haushaltsausgleich und instrumentalisierte das Defizit: »Ich erblickte (...) in der wieder größer werdenden und besorgniserregenden Haushaltslücke (...) die einzige Möglichkeit, den Kongreß unter Druck zu setzen und zu veranlassen, den Wohlfahrtsstaat abzubauen«. Bislang – relativ – vergeblich.

Zu den Kostbarkeiten des Stockman-Berichtes gehört die Schilderung jener OMB-beratungen, in denen das geballte, kunstvoll aus Angebotstheoretikern, Monetaristen und Eklektikern zusammengesetzte ökonomische Fachwissen der Administration um das grundlegende Szenarium der langfristigen Wirtschaftsprognose geradezu orientalisch feilschte:

»Die Befürworter der angebotsorientierten Wirtschaft aus dem Finanzministerium wünschten ein reales Wachstum von etwas fünf Prozent; die Monetaristen wünschten eine Zunahme des monetären Bruttosozialprodukts um etwa sieben Prozent. Deshalb sollte die Inflationsrate bis zum dritten oder vierten Jahr auf zwei Prozent zurückgehen. Das ergab sich aus unseren Berechnungen. (...) Doch die puristische Prognose löste sich (...) in Luft auf. (...) Am 31. Jan. erklärte ich, daß sich der Haushalt sehr viel leichter würde ausglichen lassen, wenn wir mit einer hohen Inflationsrate rechneten (...): 'Wenn ich für die folgenden fünf Jahre mit einer zwölfprozentigen Inflationsrate rechne, dann kann ich den Haushalt trotz der erhöhten Verteidigungsausgaben und der von Kemp-Roth vorgesehenen Senkung der Steuersätze ausgleichen, wenn ich für alle zivilen Programme das Nullwachstum zugrunde lege.' (...) Schließlich wurde die Wirtschaftsprognose drastisch verändert (...), und dabei ging es jetzt nicht mehr um irgendwelche intellektuellen oder ideologischen Formulierungen, sondern ausschließlich um die Manipulation von Zahlen. Die Vertreter der Angebotsorientierung verzichteten auf ein zehntel Prozent des realen Wachstums, und die Monetaristen erhöhten das monetäre Bruttosozialprodukt um ein zehntel Prozent. Das gleiche wiederholte sich ein zweites und drittes Mal, und wir näherten uns mit kleinen Schritten unserem Ziel. (...) Aber mit diesen kleinen Korrekturen erhöhte sich die Inflationsrate nicht genug, um Weidenbaum zufriedenzustellen. (...) Kompromiß: Wenn er sich bereit fände, die reale Wachstumsrate 'einigermaßen hoch' anzusetzen, dann würde ich mich

mit der Inflationsrate einverstanden erklären, mit der er als erfahrener wirtschaftwissenschaftlicher Berater glaubte leben zu können.«

Stockman, der schon gegen Ende des ersten Reagan-Jahres die »Große Doktrin« ad acta legte (»Die eigentliche Reagan-Revolution hat nie eine Chance gehabt«), von der Notwendigkeit ihrer Realisierung aber bis heute überzeugt ist, weiß rückblickend, daß »die Vertreter der Angebotsorientierung den Beinamen Narrenhaufen verdienen«. Er konnte nicht ahnen, daß noch im Laufe des Jahres 1986 bürgerliche Ökonomen auch ihren zweiten ideologiegezeugten Theorie-Bastard, kaum zehn Jahre nach seinem Siegeszug durch die kapitalistische Welt, zu Grabe tragen würden. Im Frühjahr '86 verkündeten amerikanische Zeitschriften den Tod des Monetarismus; im August konstatierte »Business Week« – unter der drolligen Überschrift: »Where have all the Dollars gone?« – , daß, bei einem Geldmengenwachstum von 13 Prozent und einer Sozialproduktsteigerung von 2,5 Prozent, niemand Auskunft darüber geben könne, wo denn eigentlich das ganze Geld geblieben sei, und am 31.10.86 informierte schließlich Wolffram Engels, Herausgeber der »Wirtschaftswoche« und Sprecher des (neo)liberalen »Kronberger Kreises«, die bundesrepublikanische Öffentlichkeit vom Heimgang des einstmaligen Favoriten: »Man weiß heute weniger als je zuvor, was eigentlich Geld ist. (...) Je effizienter die Geld- und Kapitalmärkte werden, um so weniger wissen die Notenbanken, wo sie eigentlich mit ihrer Geldpolitik ansetzen sollen.« Engels' Artikel erschien vier Tage nach der Total-Liberalisierung der Londoner Börse.

Jedoch: Was auf den ersten Blick nur wie die fällige Entrümpelung konservativ/liberaler Krisenbewältigungskonzepte erscheint, erweist sich bei näherem Hinsehen als Reflex einer Weltwirtschaftssituation, von der auch die Kapitalisten wissen, daß sie längst ihrer Kontrolle und ihren Erklärungen entglitten ist: »Kletterte vor wenigen Wochen der Dollar noch nach jeder Meldung von Bombenattentaten in Beirut oder Gemetzeln im Golfkrieg, so sinkt er heute weiter, selbst wenn der Iran droht, die Straße von Hormuz zu sperren und damit den Westen von einem Fünftel seiner Ölversorgung abzuschneiden.« (»Zeit«, 9.3.84). Wo selbst ein Gemetzel im Vorderen Orient die Finanzmärkte nicht stimuliert, hat ds Ideologe sein Recht verloren.

Aus solcherart deprimierenden Erfahrungen haben die realistischen Vertreter eines krisengemäß-entfesselten Anarcho-Kapitalismus bereits Konsequenzen gezogen: »Auf die Frage, welche langfristige Wirtschaftspolitik eine liberale Bewegung dem Lande zu bieten habe, lautet meine Antwort einfach und brutal: Gar keine!« Es sei denn, der institutionelle Rahmen würde zu ihren Bedingungen geändert: »In der gegenwärtigen Situation kann eine echte liberale Politik in unserer Gesellschaft entweder nur zur Revolution führen oder aber durch eine Diktatur verwirklicht werden.« (Henri Lepage: »Der Kapitalismus von morgen«, 1979).

III

»Inmitten der Euphorie, mit welcher das demokratische Ideal autoritären Regimen gegenübergestellt wurde, wurde ganz einfach übersehen, daß bei demokratischen Entscheidungsfindungen die Souveränität eines Monarchen oder einer Oligarchie eigentlich nur durch die Souveränität der Majorität der Individuen ersetzt wird.«
(Christian Seidl, Wirtschaftspolitische Blätter, 1981)

Die Gedankenlosigkeit, mit der (auch) der Stockman-Bericht allenfalls achselzuckend zur Kenntnis genommen wird, signalisiert das dringende Bedürfnis der bundesrepublikanischen Linken, möglichst nicht aus der Ruhe gebracht zu werden und jene Ungemütlichkeiten, die sich aus längerem Nachdenken in der Regel ergeben, zu meiden. Sie schafft Scheuklappen und träumt vom politischen Überleben im Paradox: Je unmißverständlicher der Kapitalismus in der Krise seine antidemokratischen Gebote behauptet, je eindeutiger der negative Zusammenhang von sozialer Sicherheit, Arbeits-, Gesundheits-, Umweltschutz und kapitalistischem Wachstum/Profitrate zu Tage tritt – desto bockiger fordern korporatistisch gesonnene Gemüter (à la Peter Glotz) das Einvernehmen von Staat, Kapital und Arbeit, desto kurioser mißraten die rhetorischen Verrenkungen, mit denen »Verteilungsgerechtigkeit« und »ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft« als systemimmanenter Krisenausweg beschworen werden. Längst ist die Lektüre der »Wende«-Programme wichtiger als die der erbaulichen Traktate ihrer konformistischen Kritiker, denn während jene die kapitalistische Realität interessengeleitet tatsächlich reflektieren, begnügen sich diese mit deren Leugnung: Wozu sollten sie sich schließlich engagieren, da es ihnen gut geht und niemand sie treibt?

Stockman, der mit einem Zwei-Millionen-Dollar-Scheck für das noch ungeschriebene Buch in der Hand seinen Dienst quittierte, nachdem er kapiert hatte, daß Reagan keineswegs daran dachte, seine mit der grandiosen Wiederwahl im November '84 bestätigte Popularität durch Demontage des Sozial- (vor allem: Renten-) versicherungssystems aufs Spiel zu setzen, präsentiert eine schlichte, in der Bundesrepublik mit einem naiv-selbstzufriedenen »Na also!« aufgenommene, Wahrheit: »Die Demokratie brachte der 'Großen Doktrin' eine schwere Niederlage bei«; »die Ideologie angebotsorientierter Wirtschaftspolitik (...) ließ sich in der Welt demokratischer Wirklichkeit (...) nicht verwirklichen«; »nur ein Diktator (hätte) die Haushaltslücke schließen können« – und schlußfolgert: »Unser (...) Regierungssystem der gegenseitigen Kontrollen und Ausgewogenheiten (...) da Macht ist reaktionär und nicht radikal.« Dabei haben sie sich alle Mühe gegeben, »die

Rechte des Parlaments zu beschneiden«: Um die prinzipiell gefährdete Hegemonie der Unternehmerinteressen zu sichern, »mußten die verfassungsmäßigen Vorrechte der Legislative praktisch außer Kraft gesetzt werden.« »Dazu mußte der Kongreß auf seine Vorrechte verzichten und die Rolle des ausführenden Organs der Exekutive übernehmen.« »Aus dem bedeutendsten Entscheidungsgremium der Welt mußte ein ausführendes Organ des Weißen Hauses werden.«

Dieses dreifach-kategorische »Muß« folgt einer Empfehlung, die bereits 1975 die Trilaterale Kommission in ihrem Report über die Regierungsarbeit der kapitalistischen Nachkriegsdemokraten (»The F Crisis of Democracy«) formuliert hatte. Dort konstatierte das 1973 von David Rockefeller gegründete Gremium, dem mehr als 300 Repräsentanten der ökonomischen, politischen und ideologischen Eliten der USA, Japans und Westeuropas (von Kendall und Agnelli, über Carter und McNamara, bis hinunter zu Horst Ehmke und Theo Sommer) angehör(t)en, einen krisenverschärfenden »Exzeß an Demokratie«. Um ihn zu bändigen, so der trilaterale aber keineswegs originelle Vorschlag, sollten die Macht der Exekutive gegenüber der Volksvertretung ausgebaut, die Autorität des Staates gegenüber dem aus der Façon geratenen »Pluralismus der Interessengruppen« (Stockman) gestärkt und konsequenter zugunsten der Privatwirtschaft eingesetzt werden. Die Heftigkeit dieser antiparlamentarischen Attacken scheint angesichts der traurigen Unwirklichkeit dessen, was hier euphemistisch »Demokratie« heißt, zunächst unangemessen. Sie aber deshalb für übertrieben zu halten oder ihr gar mit Hinweisen auf den ohnedies undemokratischen Charakter des parlamentarischen Systems begegnen zu wollen, liefe – wie der Versuch, die Sozialstaatskritik durch Zitation des Massenelends zu kontern – auf ein zynisches »Eigentlich-könntet-ihr-doch-ganz-zufrieden-sein« und damit auf einen verräterischen Perspektivenwechsel hinaus: Mit wem redet schließlich, wer so argumentiert?

Weltmarktkonkurrenz und Überproduktion, der banale Fortgang der Krise, haben dem Kapital die Kündigung des von vornherein nur befristet geschlossenen Nachkriegskompromisses diktiert. Wohlstandsteilhabe und Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen gegen die Garantie des Privateigentums an Produktionsmitteln und die imperialistische Freiheit, den Rest der Welt zugunsten der Endunterzeichneten zu plündern – dieses Geschäft auf Gegenseitigkeit ist geplatzt. Und während die organisierte Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Industriestaaten, mitsamt ihren konformistischen Fürsprechern auf Vertragserfüllung pochend, sich gleichsam noch mit dem Aushandeln von Sozialplänen beschäftigt, statt zur Betriebsbesetzung zu schreiten, ist die herrschende Klasse längst wieder gerüstet, die lästig gewordenen Rudimente gesamtgesellschaftlicher Mitbestimmung zu eliminieren. Die ideologischen Vorarbeiten sind abgeschlossen:

•

Milton Friedman, »Vater des Monetarismus«, Ökonomie-Nobelpreisträger 1976 und einer der prominentesten (Neo)Liberalen, hat bereits zwei Jahre vor Stockman in seinem »Die Tyrannei des Status Quo« entsprechend betitelten Buch sowohl die Reagansche Wirtschaftspolitik scharf kritisiert (»Seine Pläne waren nicht kühn genug«) als auch einen »ernsten Defekt in unserer legislativen Struktur« ausgemacht: »Die komplexe Teilung der Gewalten, die die Väter unserer Verfassung in sie eingebaut haben, (macht) eine einschneidende Veränderung schwer und langwierig.« Den Vorschlag zur Lösung jenes Problems, an dem die US-Administration vorläufig noch scheiterte (Rentendemontage), formulierte Friedman allerdings schon 1962. In seinem mittlerweile auch bei uns sehr populären Buch »Kapitalismus und Freiheit« (Neuauflage 1984!): Dort gibt er zu bedenken, daß ein politisches System, »in dem einigen Steuern auferlegt würden, um anderen Unterstützungen zu zahlen«, jedenfalls dann ungerecht und also zu verwerfen sei, wenn »diese anderen wahlberechtigt (sind)«, da ein solches System es den Zahlungsempfängern ermögliche, sich einfach per Urnengang den Lebensunterhalt zu sichern. Zustimmend zitiert er einen Aufsatz aus dem Jahr 1914: »Sicherlich kann sich ein vernünftiger und wohlmeinender Mensch fragen, ob es England als ganzes zum Vorteil gereichen wird, wenn der Rentner gleichzeitig mit dem Erhalt der Rentenunterstützung sein Recht zur Teilnahme an der Wahl des Parlaments behält.« Gleiches gilt selbstverständlich auch für alle »anderen Empfänger staatlicher Unterstützungen«.

Inzwischen haben Friedmans Schüler, die »Chicago-Boys«, die Chance erhalten, ihre Vorstellungen von der Lösung des »Sozialstaatsproblems« am lebenden Objekt zu erproben: Sie steuern die Wirtschaftspolitik im faschistischen Chile. Die dabei gemachten Erfahrungen wurden 1982 im »Ordo-Jahrbuch« unter dem Titel »Marktwirtschaft in Chile« als generell zur Nachahmung anregend präsentiert. Das »Ordo-Jahrbuch« wiederum ist das Zentralorgan jenes ORDO-Liberalismus, auf dem Kurt Biedenkopfs Gesellschaftsentwurf »Die neue Sicht der Dinge«, fußt, dessen staatsautoritäres, latent faschistisches Potential (»Das Gleichgewicht in der Gesellschaft kann nur stabilisiert werden, wenn das Gemeinwohl unmißverständlich definiert und kraftvoll durchgesetzt wird«) in der Bundesrepublik eigentümlich gewürdigt wird: Als gesuchter Diskussionspartner unserer postmaterialistisch gestimmten Intelligenz nimmt Biedenkopf mittlerweile die Positionen ein, die zuvor Peter Glotz innehatte.

•

Eines der Idole David Stockmans, der dogmatische Liberale Friedrich August von Hayek, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften 1974, Ehrendoktor der Universitäten Tokio, Salzburg und Dallas, Mitglied der British Academy und der Akademie der Wissenschaften Österreichs, Honorary Fellow der Hoover Institution on-War, Revolution and Peace

und der London School of Economics, Queen-made Companion of Honour 1984, Mitglied des Ordens »Pour le. Mérite« und Träger des von Daimler Benz gestifteten Hanns-Martin-Schleyer-Preises 1985, dieser kapitalismusweit wohl seit Jahrzehnten einflußreichste Ideologie, hat in den 70er Jahren ein Konzept zur Liquidierung der von ihm so genannten »Schacherdemokratie« ausgearbeitet, das noch über dasjeniger Friedmans hinausgeht.

Hayek schlägt die Installierung eines in »gesetzgebende« und »regierende« Versammlung geteilten Zwei-Kammer-Systems vor, wobei Aufgabe der ersten die Festlegung allgemeiner Regeln und Gesetze wäre, nach denen sich die zweite, das eigentliche Parlament (etwa der Bundestag), in ihrer Politikgestaltung unbedingt zu richten hätte. Das Wahlalter der Mitglieder der »gesetzgebenden« Versammlung soll 45 Jahre betragen, »um zu gewährleisten, daß sie genügend Erfahrung und Ansehen erworben haben«. Wahlberechtigt sind lediglich die ebenfalls 45jährigen, »weil die alte Erfahrung beim Militär (...) gezeigt hat, daß die Altersgenossen im allgemeinen das beste Urteil über die Fähigkeiten eines Menschen haben«. Da nun jedes Jahr ein Fünfzehntel der auf 15 Jahre bestimmten Angehörigen dieser Versammlung gewählt wird, ist sicher gestellt, daß jeder Bürger nur einmal in seinem Leben (...) ein Mitglied der gesetzgebenden Versammlung zu wählen hätte«. Was nach Hayek allein aber nicht ausreicht, die Transformation kapitalistischer Industriegesellschaften in »totalitäre Demokratien« zu verhindern. Er plädiert deshalb dafür, auch die Zahl der zur Wahl der Regierungsversammlung Befugten drastisch zu reduzieren. Nicht nur Sozialleistungs- und Rentenempfängern, sondern auch Arbeitslosen und Angehörigen des öffentlichen Dienstes soll das Wahlrecht entzogen werden: »Daß Beamte, Rentner, Arbeitslose usw. eine Stimme dabei haben, wie sie aus der Tasche der übrigen bezahlt werden sollten, und ihre Stimme durch Aussicht auf Erhöhung ihrer Bezahlung beeinflußt wird, ist kaum ein vernünftige Einrichtung.«

Hayeks Überlegungen, weit davon entfernt, nur die Ausgeburt einer skurrilen Phantasie zu sein, haben längst Eingang in die strategischen Planungen kapitalistischer Krisenbewältiger gefunden. Sie bilden bspw. die Grundlage eines Arbeitpapiers, das Wissenschaftler, der in der Bundesrepublik gefragtesten (neo)liberalen Denk-Fabrik, des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, im Herbst 1982 zum Thema »Der wirtschaftliche Niedergang in der Bundesrepublik Deutschland und in der Weimarer Republik« publizierten. Ausgangspunkt der Untersuchung ist die jedem Sozialdemokraten fremde Erkenntnis, »daß wirtschaftliche Krisenerscheinungen den westlichen Demokratien systemimmanent sein können und dann nicht ohne institutionelle Reformen zu überwinden wären«. Also müßte, folgern die Autoren, Hayek zitierend, der »fundamentale Konstruktionsfehler moderner Demokratien« beseitigt werden, der darin bestehe, daß »jede Mehrheit jede beliebige Frage zum Gegenstand von Regierungsmaßnahmen machen könne«. Ein Blick in die Geschichte zeigt ihnen, wie sowas geht: »Aus Erfahrungen mit der Weimarer Republik folgt sicherlich *nicht,* daß Verteilungskämpfe *nur* im Zuge einer gravierenden Veränderung der Staatsform überwunden werden können.« Damit ist die Krisenlösungsvariante »Faschismus« als zumindest *auch* realistische Möglichkeit in Erwägung gezogen.

•

Wer aber immer noch glaubt, daß nur einige rechtsradikale Fanatiker den Abschied vom demokratischen Nachkriegskapitalismus proben, hat bloß beim Nürnberger SPD-Parteitag im August '86 wieder nicht aufgepaßt. Dort hat die Sozialdemokratie nämlich keineswegs, wie stets kolportiert wird, den Ausstieg aus der Atomenergie, sondern vielmehr den aus der parlamentarischen Demokratie beschlossen: »Den Weg zu einem sicheren Energiesystem ohne Atomenergie setzt ein neues Zusammenwirken *aller* am Entscheidungsprozeß Beteiligten in der Energiepolitik voraus (....) Wir suchen einen nationalen Konsens (...) Wenn *alle* Akteure in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft kooperativ zusammenwirken, werden wir ...« Ein zwecks Ehrenrettung der Demokratie eingebrachter Antrag, der auf »parlamentarische Mehrheiten« »zur Erreichung unseres Ziels« verwies, wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.

Konkret 01/87, S. 38

Magazin

Für Frauen in Freiburg

Die Freiburger Stadtverwaltung zeigt sich frauenfreundlich. Nur für Frauen sind in der Innenstadt zehn (in Ziffern 10) Parkplätze reserviert. Innenstadtbesucherinnen solle nicht zugemutet werden, ihre Wagen an dunklen und abgelegenen Stellen parken zu müssen, wo sie möglicherweise belästigt würden, begründete ein Rathaussprecher die neue Einrichtung. Nachdem die Stadt nun so initiativ geworden ist könnte sie ja vielleicht auch an die Bundesbahn herantreten, um im Bereich des Freiburger Bahnhofes eigene Warteräume für Frauen zu schaffen – eine Praxis, die in Skandinavien schon seit Jahren selbstverständlich ist.

Springer was here

Am 9 Oktober, zwei Tage nachdem die DDR den Gründungstag der Republik wie immer sehr feierlich begangen hatte, überraschte das Neue Deutschland« seine Leser auf der Seite 5, Außenpolitik«, mit einer Schreibweise des Namens der Republik, die immer noch vorzugsweise von den Feinden dieser Republik verwendet wird: In Anführungszeichen. Also »DDR«. Die Lösung der Ungeheuerlichkeit: das Blatt berichtete über die 183 Mittelschule von Mexiko-City, die den Namen Deutsche Demokratische Republik trägt und die, zeitgleich mit dem Jahrestag der Gründung der DDR, den 5 Jahrestag der Namensverleihung beging. Jetzt haben die Redakteure des Blattes im Auslands-Ressort fünf Jahre Zeit, um sich für das nächste Mal eine bessere Formulierung einfallen zu lassen.

Deutschtum-Reisen

In einer Anzeige der rechtsextremen »Deutschen Nationalzeitung« werden für 1987 vier große Leserreisen, nach Südwestafrika, Taiwan, Südafrika und Chile angeboten. Aufgabe wird sein, den Lesern Reiseziele in jenen Ländern anzubieten, mit denen wir uns besonders verbunden fühlen, die dem Deutschtum gegenüber aufgeschlossen sind und demselben verehrend gegenüberstehen und deren Schicksal uns nicht gleichgültig sind«

Die toten Juden sind tot: Basta!

Jugendliche in der Bundesrepublik wissen »erschreckend wenig« über Juden, Israel und den Nationalsozialismus. Das hat eine Umfrage unter mehr als 4.000 baden-württembergischen Schülern ergeben. 7,4 Prozent halten Berichte über die Ermordung von sechs Millionen Juden in der NS-Zeit für »stark übertrieben« , 14,9 Prozent vertreten die Auffassung, daß ein Volk mit so hervorragenden wissenschaftlichen Leistungen wie das deutsche ein Recht darauf habe, nichts mehr von Auschwitz zu hören, 32,9 Prozent gaben an, daß nicht mehr über die Ermordung der Juden gesprochen werden sollte, weil auch andere Völker Massenmorde verübt hätten.

Mandela ausgetauscht

Zu einem Bestseller unerwünschter Art in den südafrikanischen Townships wurde eine vom Informationsbüro herausgegebene Broschüre »Talking With The ANC«, in der versucht wird, den ANC zu diffamieren – dank des ersten seit 1964 legal publizierten Fotos von Nelson Mandela. Inzwischen wurde das Werk neu aufgelegt das Mandela-Porträt gegen ein harmloses Foto von einer ANC-Versammlung in den 30er Jahren ausgetauscht

RADIKALAUER

Von Winfried Thomsen

Was heißt hier FDP-Programm?

Das ist der Graf-Otto-Katalog

Gemeinwirtschaft – das ist auch so ein Fall für die Altbrötchensammlung

CDU-Wähler, aufgepaßt Sie haben vier Stimmen und machen so viele Kreuze, wie Dr. Kohl seinen Namen schreibt: eins für Papa, eins für Mama, eins für Oma und eins für die Katz

Bei der Firma Sandoz gibt's ein Auffangbecken für Gewinne Die Aktionäre sollen ja kein Löschwasser bekommen

Es gibt keine Jugendarbeitslosigkeit Nur eine tendenzielle Verflachung der Berufseinstiegschancen

Die SPD kritisiert einen Sozialabbau, wie er ihr nie gelungen ist

BOMBENLIEBE

Aus Lust an der Liebe hat ein Arbeiter der französischen Nuklearanlage in La Hague am Ärmelkanal zuweilen mit explosiven Methoden dafür gesorgt, daß er schneller in die Arme seiner Verlobten gelangte. Jetzt stand er vor Gericht. Er hatte sich selbst und den anderen Angestellten der Wiederaufbereitungsanlage für ausgebrannte Brennstäbe fünf Mal unplanmäßigen Kurzdienst verschafft, indem er Bombenalarm auslöste.

Immer parteilich

Die konservative französische Regierung unter dem Pariser Bürgermeister Chirac die immer ganz erschrocken tut, wenn es wieder einmal irgendwo knallt und scheppert, lieferte nach einem Bericht der französischen Zeitschrift »Afrique-Asie« einen schönen Beweis für ihre Parteilichkeit: Ohne Mühen konnte Unita-Führer Savimbi mit dem Diplomatenpass eines befreundeten afrikanischen Staates nach Frankreich einreisen, während Minister der Volksrepublik Angola immer wieder an der Grenze noch Frankreich reichliche Schwierigkeiten bekommen. Mit Grund: Seitdem die Chirac-Regierung am Wirken ist, sind offenbar auch wieder die alten Listen des portugiesischen Geheimdienstes PIDE im Umlauf, auf denen die jetzigen Minister Angolas und auch der Kapverden noch immer als »Terroristen« und »Deserteure« geführt werden

Lohn der Angst

Sie sagte, daß sie es nicht ertragen könnte, dem Mann, der ihr Gewalt angetan habe, erneut gegenüberzutreten. Aus diesem Grund erschien eine 19jährige, die Opfer einer Vergewaltigung geworden war, in London nicht zum Prozeßtermin Der zuständige Londoner Richter entschied flugs und ordnete 24 Stunden Haft für das Opfer an.

Atomkraftwerke rosten

Bei regulären Wartungsarbeiten wurde in dem Atomkraftwerk Hinkley in der westenglischen Grafschaft Somerset schwere Rostschäden festgestellt. Obwohl bisher eine Korrosion von den Betreibern ausgeschlossen wurde, sind die Schächte, durch die die Brennstäbe in die Reaktorkammer geschoben werden, angerostet. In England befinden sich noch neun weitere Atomkraftwerke dieses 20 Jahre alten Typs in Betrieb

Humanitäres Bayern

Ein Musterbeispiel an bayrischer Asylpolitik wurde erst neulich vorgeführt, als einem Pakistanie, die lebensverlängernde Herztransplantation verweigert wurde. Denn, so entschieden die Bayern, eine so kostenaufwendige Operation ist weit mehr an sozialer und medizinischer Hilfe, als für Asylanten vorgesehen ist Aber so ganz ohne karitatives Engagement geht auch bei den Bayern nichts. Demzufolge beteiligt sich nun Bayern an einem Programm zur medizinisch-rehabilitativen Behandlung verwundeter Afghanen. Zunächst sollen einmalig Patienten bis zu sechs Monaten in Krankenhäusern Bayerns behandelt werden. Doch – auch hier wird geknausert – hofft die Staatsregierung, daß der Bund die Kosten übernimmt.

SCHWERE ARMUT

Von 38 Millionen Spaniern leben rund acht Millionen in Armut, davon vier Millionen in schwerer. Studien, die in Madrid auf einem Seminar über Armut in Spanien veröffentlicht wurden, besagen, daß 20 Prozent der Spanier mit Monatseinkünften unter 44 000 Peseta, das sind 660- DM auskommen müssen Das Preisniveau liegt etwa auf der Höhe der BRD.

Gegen Standard Fruit

Der nicaraguanische Minister für Landwirtschaft und Agrarreform Jaime Wheelock informierte, daß die nicaraguanische Regierung vor einem Gericht in Kalifornien Klage gegen das transnationale Imperium »Standard Fruit Company« eingereicht hat, um eine Abfindung in Höhe von 35 Millionen Dollar zugesprochen zu erhalten.

Der Grund für die Gerichtsklage liegt im Vertragsbruch seitens des Bananen-Multis. In den Verträgen mit Nicaragua hatte dieser sich nämlich verpflichtet, ab Anfang 1980 für weitere fünf Jahre das nicaraguanische Produkt abzunehmen. Nachdem er bis 1982 seiner Verpflichtung nachgekommen war, kündigte der Multi im Oktober 1982 unvermittelt an, daß er keine Ware mehr abnehmen würde. Als Vorwand nannte er geringe Rentabilität.

Die nicaraguanische Forderung an den US-Multi umfaßt die Zahlungsschuld für das Produkt bis zum Ablaufdatum des Vertrages in Höhe von 28,513 Millionen Dollar, die Zahlung von 2,1 Millionen Dollar für abgenommene, aber immer noch nicht bezahlte Ware, und weitere 4,487 Millionen Dollar für entstandene Kosten.

Nicaraguas Klage, die sich direkt gegen die Hauptfirma »Standard Fruit and Steamship Company, Castle and Cooke« richtet, wird vom Anwaltsbüro Reichler-Applebaum geführt, das schon Nicaraguas Klage gegen die Vereinigten Staaten vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag vorgetragen hatte.

SCHÄDLICHE UMWELTEINWIRKUNGEN

Überwiegend oder gar ausschließlich homosexuelles Stammpublikum einer Gastwirtschaft bedeutet noch kein öffentliches Bedürfnis im Sinne des Gaststättengesetzes für verlängerte Öffnungszeiten bis in den frühen Morgen. Diese Entscheidung traf das Verwaltungsgericht in Würzburg. Ein Gastwirt hatte dort mit der Begründung, daß seine Kneipe der einzige Schwulentreff in der Stadt sei, eine Verkürzung der Sperrzeit beantragt, da dieser Personenkreis ein Interesse daran habe, sich nicht nur bis um 1°°, sondern bis um 3°° Uhr zu vergnügen. Doch da es bei verschiedenen Ausnahmeerlaubnissen, wobei die Sperrzeit auf 3°° Uhr früh festgesetzt wurde, Klagen von Anwohnern gegeben hatte, urteilte das Verwaltungsgericht nun ganz im Sinne des bundesrepublikanischen Sauberkeitsbedürfnisses und lehnte die Klage des Wirtes mit der Begründung ab, daß einem allgemeinen Bedürfnis nur entsprochen werden könnte, wenn schädliche Umwelteinwirkungen und andere Belästigungen vermieden werden könnten. Sauber! Sauber!

»Asylanten«-Hatz

»Deutsche Volksinitiative« nennt sich eine Gruppierung, die sich im Saarland gegründet hat und gegen »Überfremdung« des Landes durch Asylbewerber vorgehen will. Die von der Saar-NPD gestützte Gruppe kündigte eine Aktion »Schwarzer Punkt« an, bei der Aufkleber mit der Aufschrift »Scheinasylanten raus« vertrieben werden sollen.

Nach eigener Darstellung soll die Initiative sich aus »Vertretern mehrerer örtlicher saarländischer Bürgerinitiativen«, u.a. aus St. Wendel, Lebach (dort befinden sich 1200 Flüchtlinge in der Landesaufnahmestelle) und Saarbrücken gegründet haben.

Es wird noch schlimmer

Der zürcher »Tages-Anzeiger« berichtete: »Das müssen Rauchende auch noch wissen: Mit jeder dritten Zigarette wird der Dritten Welt Nahrung weggeraucht: 'Tabak wird auf fruchtbaren Böden angebaut und verschlingt bestes Ackerland, welches für den Anbau von Grundnahrungsmitteln gebraucht werden könnte.' So steht es in einer Ernährungsinformation der Erklärung von Bern. Weitere schlechte Nochrichten vom blauen Dunst: In den Ländern der Dritten Welt werden Zigarettenmarken oft mit höherem Nikotin- und Teergehalt angeboten. Zynische Begründung eines Industriesprechers: Wer

nur etwa 40 Jahre alt werden könne, müsse auch nie für die schädlichen Auswirkungen des Rauchens büßen.«

Überlebende

US-amerikanische Touristen, die es 1986 trotz aller Gegenpropaganda (siehe auch KONKRET 12/86) gewagt haben, noch Europa zu reisen, sind sich nicht blöd genug, dann, noch vollbrachter Tat, ein T-shirt anzulegen, auf dem sie sich selbst preisen, Europa überlebt zu haben.

Es hilft

Nach einer Untersuchung über die AIDS-Infizierung von Drogenkonsumenten in Dänemark ist die freie Abgabe von sterilen Spritzen in -Apotheken ein wirksames Mittel um die Möglichkeit, an AIDS zu erkranken, deutlich zu reduzieren. Die Untersuchung in Dänemark, das die freie Abgabe von Spritzen seit Jahren praktiziert, hat noch Aussagen von Peter Ege, Arzt am Alkohol- und Narkotikasekretariat in Kopenhagen, ergeben, daß 15 Prozent der Drogenkonsumenten Träger des AIDS-Virus sind. Auch die Ausbreitung von Hepatitis B. Staphylokokken und anderen ansteckenden Krankheiten wird deutlich vermindert.

»NKOSI SIKELELE I AFRIKA«

Zwischen dem früheren Bundespräsidenten Carl Carstens und dem Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes, Gunnar Staalsett, ist es zu einer Kontroverse gekommen: Der norwegische Theologe hatte bei einem Gedenkgottesdienst für Südafrika die Faust erhoben. Carstens, der vor zwei Jahren beim Lutherischen Weltbund in Genf zu Gast war und sich ihm nach eigenen Worten »eng verbunden fühlt«, erklärte in einem Beschwerdebrief an Staalsett, daß die Hand des Pfarrers »segnen, aber nicht revolutionären Ideen Ausdruck geben« sollte. Staalsetts erhobenen Faust habe ihn vor allem deshalb »tief erschreckt«, weil dieser im Talar aufgetreten sei.

Staalsett betonte jetzt in seinem Antwortbrief, er habe seine »Geste als einen spontanen Beweis der Verbundenheit mit dem unterdrückten und unfreien Teil der Menschen in Südafrika und Namibia« verstanden. Im Anschluß an den Gottesdienst zum Weltgebetstag für Südafrika in Genf seien alle Gottesdienstteilnehmer gebeten worden, das südafrikanische Freiheitslied »Nkosi sikelele i Afrika« zu singen und als Zeichen der Solidarität die Fäuste so zu erheben wie man dies bei den unterdrückten Schwarzen gewöhnlich tue.

Pyromanische Werbung

Mit allen möglichen und unmöglichen Tricks versuchen die Werbeagenturen in Frankreich, das Werbeverbot für Zigaretten in Zeitschriften zu umgehen: Marlboro bietet Freizeit- und Sportbekleidung an, Stuyvesant lockt mit scheinbarer Reisereklame, Camel läßt seinen Helden im Wasser absaufen, um ein wasserfestes Feuerzeug zu preisen, das exakt die Proportionen einer Camel-Schachtel hat und Gitanes schließlich zeigt eine grünäugige und rothaarige Schönheit – »Die reine und harte Verführung« – um für Streichhölzer zu werben, die verpackt sind wie Zigaretten. Damit auch niemand an der verkehrten Stelle nach diesen Zündhölzern sucht, findet sich am Rande der Anzeige der kleine, aber deutliche Hinweis: »Im Verkauf beim Tabakhandel«.

Bübchen-Tricks in Südafrika

IBM und General Motors haben angekündigt, ihre Südafrika-Niederlassungen aufzugeben und es damit 80 US-amerikanischen Firmen gleichzutun, die während der letzten zwei Jahre den Eindruck entstehen ließen, sie hätten sich in die Anti-Apartheid-Front eingereiht.

Doch die Ankündigungen von IBM und General Motors (GM) haben einen ganz entscheidenden Haken: Beide Konzerne veräußern ihre Niederlassungen an Kapitalgruppen, die aus dem bisherigen Management bestehen und die Geschäfte im wesentlichen weiterführen werden – so etwa den Verkauf importierter GM-Fahrzeuge. Für GM bedeutet der scheinbare Rückzug aus Südafrika vor allem die Liquidierung einer Verlustquelle. Der zuletzt bei 300 Millionen Dollar jährlich liegende Umsatz in Südafrika wies seit 1981 keine Gewinne mehr aus. Der Marktanteil war von einst zwölf auf zuletzt fünf Prozent gesunken, sogar Gespräche über eine Zusammenlegung mit BMW hatten stattgefunden. Der Verkauf ist eher ein Gewinn: Noch kurz vor dem vom US-Kongreß festgesetzten Stop neuer Investitionen erhielt die südafrikanische

Auffanggruppe vom GM einen Kredit von GM, um die südafrikanische Niederlassung überhaupt kaufen zu können. Nur logisch, daß die Rückzahlung des Kredits ein Geschäft für GM selbst ist. Überdies hat sich das Unternehmen für »bessere Zeiten« eine Rückkaufoption garantieren lassen.

Nicht viel anders verhält es sich mit IBM. Produkte, Wartung usw. werden weiter von IBM garantiert. Ein IBM-Händler in Südafrika: »Nichts hat sich wirklich geändert, außer daß IBM nicht länger für seine Präsenz in Südafrika gradestehen muß.«

Desnos, Robert (1900-1945)

Er ist erst noch zu entdecken im deutschen Sprachraum. Geboren als Sohn eines kleinen Händlers in Paris, begann er eine Lehre bei einem Drogisten, arbeitete als Rechnungsführer und Redaktionssekretär in einer Verlagsbuchhandlung, schrieb für den Rundfunk, für Zeitungen, für den Film und schloß sich nach der Besetzung Frankreichs durch die deutschen Truppen der Résistance an. Im Februar 1944 wurde er verhaftet.

Seinen Leidensweg durch die Konzentrationslager Auschwitz, Buchenwald, Flossenbürg, Flöha brachte ihn schließlich nach Theresienstadt, das am 3. Mai 1945 von der Roten Armee und tschechischen Partisanen befreit wurde. Er erlebte die Befreiung, gut einen Monat später, am 8. Juni l945, starb er an den Torturen und der Unterernährung, denen er während seiner Inhaftierung ausgesetzt war.

Mit Eluard und Aragon gehört er zu den wichtigsten Lyrikern Frankreichs in diesem Jahrhundert. Der Berliner Verlag Volk und Welt hat in seiner Weißen Reihe ein kleines Auswahlbändchen, teilweise französisch und deutsch, herausgebracht: Robert Desnos »Die Quellen der Nacht«, 180 Seiten, 6,20 Mark (d.h. DDR-Mark). Man lese sie, die Gedichte, die frühen, die sich ganz den surrealistischen Moden verpflichtet fühlten, die späteren, die sich dieser Mode ebenso rigide entsagten und die immer mit großer Beharrlichkeit und Zärtlichkeit von den tagtäglichen neuen Härten singen.

DDR-Literatur in Kuba

»Ole Bienkopp«, Roman des DDR-Schriftstellers Erwin Strittmatter, ist jetzt in Kuba vom Verlag Kunst und Literatur herausgegeben worden, der auch in der Vergangenheit schon Texte von DDR-Autoren ediert hat.

So »Die Aula« von Hermann Kant, »Zwei leere Stühle« von Erik Neutsch, Dieter Nolls »Abenteuer des Werner Holt« und schließlich auch den ersten Band von Strittmatters »Wunderträger«.

BETTON UND SCHWEISS

Da setzt sich eine hin und schreibt es auf. So wie ihr der Schnabel gewachsen ist. Bloß: Er ist ihr nicht so gewachsen. Dragica Rajcic ist im jugoslawischen Split geboren, seit 1979 lebt sie in der Schweiz.

Was ihr da als Sprache zu Ohren kam, hat sie niedergeschrieben: »Halbgedichte einer Gastfrau« (Narziß & Ego Verlag, St. Gallen) nennt sich der kleine Band mit ihren Gedichten über ein Leben in einem Land, das sie nicht unbedingt von Herzen liebt. Ein Beispiel:

ES SOLLTE FLIESSEN AUS IHR

verrigelt, kastriert

genug von Allem

Gedichte dempfen

ist noch erlaubt

aber Bitte nicht Laut

ich Fremdarbeiter

geduldend um Beton's willen

lasse mich nicht

ersticken in Schweigen

ich kann verschwinden

aber es sollte aus

Betton meine Schweiss

nach mir fliessen

meine Spuren.

Joggen mit Hemingway

Nicht nur mit den Texten, auch allein schon mit dem Namen des US-amerikanischen Schriftstellers läßt sich immer noch eine gute Mark, oder besser: ein schneller Dollar machen. Hemingways Sohn Jack hat den Namen seines berühmten Vaters einem Unternehmen in Michigan vermacht, das auf die Herstellung von Sportbekleidung spezialisiert ist. Das Unternehmen will mit dem neuen Namen gegen Adidas und Nike antreten. Vielleicht wäre es vernünftiger, mit diesem Namen die Produkte zu wechseln und sich auf jenen Markt zu begeben, in dem Camus eine Cognac-Marke ist.

ENDLICH IST SIE DA

Man kann wieder ins Kino gehen. Auch die bundesdeutschen Programmkinos, die so lange und so viel darauf gegeben oder vielleicht doch nur vorgegeben haben, daß hier die Wirklichkeit dargestellt und nicht außen vor gelassen werde, haben schon im vergangenen Jahr immer dann besonders gute Einnahmen an der Tageskasse erzielt, wenn die sogenannte »Cannes-Rolle« lief, eine geballte Zusammenstellung von Werbe-Spots, die in dem Reklame-Film-Festival an der Côte d'Azur in irgendeiner Weise ausgezeichnet worden waren.

Aus dem deutschsprachigen Raum ist so gut wie nichts unter den Filmchen, die längstens 50 Sekunden dauern. Nun ist die »Cannes-Rolle '86« endlich da: 148 Werbespots auf 35-mm-Filmmaterial – die Tagesmiete beträgt 350,- DM plus Mwst. – oder auf Videocassette für 395,- DM (VHS) oder 495,- DM (Umatic).

Einen Film von den Marx-Brothers kann man, ebenfalls im Original, in dieser Republik für noch nicht einmal 50 DM kaufen.

Foto-Lesebuch

Alle Welt spricht von Bauhausfotografie. Daß dies ein historischer Irrtum ist, belegt ein Katalog der Kestner Gesellschaft Hannover. Schon der Titel, »Photographie und Bauhaus«, zeigt die Tendenz: »Denn ebenso wie im Fall anderer Aspekte des Bauhauses ist der Begriff der Bauhausphotographie eher eine Fiktion, denn auf Tatsachen gegründet.« So geht es auch nicht um eine »umfassende Dokumentation photographischer Leistung«, sondern eher um ein wissenschaftliches Zurechtrücken und ein Entmystifizieren dieses Begriffs. Texte von Gerhard Glüher und Suzanne E. Pastor belegen dann auch gut, daß die Fotografie für die Bauhäusler eher noch ein privates Vergnügen war, als ein eigenes künstlerisches Betätigungsfeld. Wenn Fotografie eingesetzt wurde, so als Illustration für Publikationen des Bauhauses. Dieser Teil des Kataloges ist es auch, der den Preis von 48.- DM rechtfertigt, denn die Reproduktionen sind mehr schlecht als recht. Wichtig sind noch die Lebensläufe der fast 40 vorgestellten Fotografen. Alles in allem also ein Fotolesebuch.

Godards Superstars

Das kann nur böse Absicht sein Jean-Luc Godard, der im Januar in New York mit den Dreharbeiten Für »King Lear« beginnen wird – im Studio wird dann anschließend in Los Angeles gedreht – hat sich durch seine Produzenten eine Besetzung zusammenkaufen lassen, die gewaltig ist. In der Hauptrolle Rod Steiger, der für den ursprünglich einmal vorgesehenen Lee Marvin eingesprungen ist, in der Rolle des Narren Woody Allen, in Nebenrollen schließlich auch noch Prince und Sting und Norman Mailer

Verwarnung

Kaum ist Sinkel in der Tiefe der Bildschirme verschwunden, droht eine neue und zugleich alte Serie: Edgar Reitz hat vom WDR und vom SFB den Auftrag erhalten, eine 13teilige Fortsetzung der Hunsrück-Serie »Heimat« zu drehen. Thema sollen »Freundschaften« und »Stadt« sein

Senta Berger

Eine ganze Spielfilmreihe widmete in den vergangenen Wochen das 2 Programm des DDR-Fernsehens den Filmen, in denen die österreichische Schauspielerin Senta Berger mitwirkte, die hierzulande zuletzt neben Kroetz in »Kir Royal« und vor allem in einigen Fernsehshows (Hilfe für krebskranke Kinder, Wetten daß) auffiel, weil sie ob des reaktionärsten Schwachsinns nicht ruhig blieb, sondern – beispielsweise – mit der größten Selbstverständlichkeit und in der allergrößten Öffentlichkeit, im Fernsehen nämlich, den Vorschlag machte, doch nicht nur auszuprobieren, wieviel Geld die Bürger für krebskranke Kinder zu spenden bereit seien, sondern mit der gleichen Methode, der öffentlichen Spendenkampagne, künftig auch die Neuanschaffungen der Bundeswehr zu finanzieren. Hierzulande werden ihre Filme wohl nicht so bald in einer Retrospektive zu sehen sein

SELEKTION

Die Kunstzeitschrift »Wolkenkratzer« berichtet in ihrer jüngsten Ausgabe (5/86) über eine Diskussion im Club 2 des österreichischen Fernsehens zu der Frage, ob Nazi-Kunst, und wenn auch nur in Form einer Ludwig-Büste aus der Werkstatt Brekers, in die Museen gehöre. Die Zeitschrift schreibt:

Der Club 2 griff zu und lud den politischen Künstler Klaus Staeck, Museumsdirektor a. D. Jobannes Cladders, dann die Wiener Künstler Alfred Hrdlicka und Ernst Fuchs, sowie die Theologin Uta Ranke-Heinemann ein. Frau Ranke-Heinemann begann zuerst mit einem Lobgesang auf Arno Breker (»Henry Moore hat ihm ein Widmung geschrieben«, »Calder hielt ihn für den größten Künstler«) und holte dann zur Breitseite gegen Staeck aus »Sie sind ja noch schlimmer, die Nazis haben nur Werke verboten, Sie wollen gleich ganze Namen verbieten « Staeck mußte sich erst einmal berappeln und brachte zunächst nicht mehr als ein »Jetzt reden Sie doch nicht solchen Unsinn!« heraus. Denn schon begann Ernst Fuchs sein Klagelied. Der Surrealismus wäre in keinem deutschen Museum vertreten, das wäre doch auch ganz schlimm, und die Nazi-Kunst sei doch nichts anderes als der amerikanische Fotorealismus. »Die haben aber keine vier Millionen Juden umgebracht«, konterte Staeck, worauf Hrdlicka polterte »Die Indianer waren aber auch keine Hunde.« Fuchs pochte auf seine Steuergelder, dafür wolle er im Museum alle Kunst der Welt sehen, um sich frei entscheiden zu können. Nun kam Cladders, der vorher schon auf Definitionen herumritt (»Was ist Nazi-Kunst?«, »Was ist ein Museum?«, »Mord im Hinblick auf das getötete Individuum«) und antwortete Fuchs, auf beschränkte Raummöglichkeiten hinweisend: »Sie können nicht alles sehen, sondern immer nur eine Selektion « Er wird es nicht gemerkt haben, aber er sagte tatsächlich zweimal »Selektion«. Frau Uta Ranke-Heinemann steigerte sich schrill so sehr, daß die Tonregie Schwierigkeiten hatte, und wollte, wenn schon Breker, dann auch Michelangelo und Raffael verboten sehen, denn die hatten ja einen Papst gedient der die Hexenbulle schrieb. Da half auch Staecks Rat »Überlegen Sie doch, was sie sagen!« nichts mehr, und es blieb ihm nur noch seine unwidersprochene Feststellung: »Sie scheinen ja sehr intim mit diesen Kreisen zu verkehren.« Fuchs wußte noch mehr, z B »Der Mensch kann irren, aber das Genie bleibt«, oder »Was der Ziegler gemalt hat, hat der de Chirico bei Mussolini auch gemalt, der eine hängt im Museum, der andere nicht « Darauf Hrdlicka nur »Du bist ein Phrasendrescher!«

Kino für Kinder

Nach dänischem Vorbild eröffnete auch in Stockholm ein eigenes Kinderkino. Während das Kopenhagener »Tivoli bio for börn« von der kommerziellen Nordisk- Films betrieben wird, steht das Stockholmer »Fagel bla« (Blauer Vogel) in der Regie des Schwedischen Filminstitutes. Täglich (außer sonntags) steht das Kino der Kinder- und Jugendfilmarbeit zur Verfügung. Montags ist »Studientag« mit Informationsveranstaltungen, sonnabends »Kinemathek« mit Filmklassikern. Von Dienstag bis Freitag werden in jeweils zwei Vorführungen Filme für alle Altersgruppen vom Vorschulkind bis zum Gymnasiasten gezeigt, wobei jeder der vier Altersgruppen (Vor-, Grund-, Haupt- und Mittel- bzw Gymnasialschulkinder) bestimmte Tage und Termine vorbehalten sind Der Zutritt zu den Vorführungen ist allerdings nicht frei zugänglich, sondern nur in Gruppen und auf Voranmeldung durch und in Begleitung von Erwachsenen (Lehrern, Vorschulpädagogen, Kindergartenerziehern, Heim- oder Gruppenleitern). Die Programmdisposition erfolgt durch das Schwedische Filminstitut. Das Filminstitut hat vorerst die Mittel für einen auf ein Jahr begrenzten Versuchsbetrieb bewilligt.

Eine nie gestellte Frage

Befragt wurden die britische Sängerin Maggie Nicols und die schweizer Jazz-Pianistin Irène Schweizer, beide Mitglieder der Feminist Improvising Group (FIG), zur Geschichte der Frauenmusik Europas und über den politischen Anspruch den

sie mit ihrer Musik verbinden. Am Ende des Interviews (WoZ Nr. 42/86) dünkt es dann die Interviewerinnen erstaunlich, »daß es soviele Lesben gibt in der Musikszene«:

Maggie Nicols: Das ist auch kein Zufall, es hat ja viel mit Autonomie zu tun.

Irénne Schweizer: Inzwischen gibt es auch viele heterosexuelle Musikerinnen.

Maggie Nicols: Aber die Pionierinnen waren Lesben, mußten Lesben sein. Heute ist es vielleicht einfacher geworden. Die Einstellungen verändern sich ja. Als Single mit dem Kind war es gar nicht so schlecht, ich wusch die Windeln und gleichzeitig konnte ich noch singen. . . Aber wenn ich ein Instrument gespielt hätte, wäre es viel härter gewesen. Wann hätte ich dann üben sollen?

Irénne Schweizer: Ich möchte die Gegenfrage stellen: Warum sind so wenig Jazzmusiker schwul? Diese Frage wird nie gestellt. Der Jazzmusiker hat ein ganz anderes Image. Er muß als Macker auftreten: Mit einem Auge die Noten lesen und mit dem anderen Auge noch schönen Frauen im Publikum Ausschau halten . Mit der frei improvisierten Musik hat sich das Bewußtsein der Musiker ein klein wenig geändert. Es gibt ein paar emanzipierte Männer: George Lewis, Maarten Altena, Lol Coxhill, etc. Aber schwule Musiker? Und angenommen, sie wären schwul, würden sie nicht dazu stehen. Natürlich gibt es ein paar, wie Cecil Taylor, aber es sind wenige.

Konkret 01/87, S. 46

Bernhard Schneidewind

Platzanweiserin

Verdammt, das muß doch nun langsam einmal klar sein. Russische Filme in den hiesigen Kinos sind noch nicht einmal das: Russische Filme. Es sind auch keine ukrainischen, belorussischen, usbekischen, kasachischen Filme, keine grusinischen, keine aserbaidshanischen, litauischen, moldawinischen oder lettischen Filme – denn auch in diesen sowjetischen Unionsrepubliken gibt es eigenständige Filmstudios mit eigenständigen Filmproduktionen – , keine kirgisischen, tadshikischen, armenischen, turkmenischen und auch kein estnischen Filme (So, jetzt sind alle Möglichkeiten der, ganz wertfrei geflunkert, großen Sowjetunion zusammen). Russische Filme in den hiesigen Kinos sind auch zu einem Zeitpunkt, da Elem Klimow den Vorsitz im sowjetischen Filmverband übernommen hat, und die »FAZ«, die sich in solchen Dingen ja besonders gut auskennt, »ein Nachlassen der Zensur auf dem Filmsektor verzeichnen« meint, nicht entstanden bei Mosfilm, im Zentralstudio für Kinder- und Jugendfilm, bei Lenfilm oder im Filmstudio Swerdlowsk (alles russische Produktionsgesellschaften), auch nicht im Filmstudio »A.P.Dowshenko«, im Filmstudio Odessa, bei Kiewnoutschfilm (ukrainisch) oder bei Belarusfilm (belorussisch) oder bei Usbekfilm (usbekisch), bei Kasachfilm (kasachisch) oder bei Grusio-Film (grusinisch) oder bei Aserbaidshanfilm (aserbaidshanisch) oder im Filmstudio Litauen (wo das liegt, wissen wir doch wohl noch?) oder bei Moldowa-Film (moldawisch) oder im Filmstudio Riga, bei Krigisfilm, Tadshikfilm, Armenfilm, Turkmenfilm, oder Tallinfilm – überall dort sind die russischen Filme, die wir hierzulande zu sehen bekommen, nicht finanziert und realisiert worden. Russenfilme, die in der BRD gezeigt werden, sind beispielsweise mit Mitteln des Schwedischen Filminstituts (Stockholm) und von Argos Films (Paris) gemacht worden. Deshalb sprechen die Darsteller – hergerichtet von einer französischen Visagistin (= Argos) – in dem neusten Russenfilm, der Anfang Januar schließlich auch in der BRD anlaufen wird, auch nicht russisch oder ukrainisch – »Ich verstehe fürchterlich schlecht ukrainisch« (W.L. Lenin, Werke, Bd. 37, Berlin 1962, S. 448) – oder undsoweiterundsoweiter, sondern schwedisch, was allerdings hierzulande niemandem sonderlich auffällt, weil in den BRD-Kinos sowieso deutsch die Sprache aller Filme all over the world ist. Ob nun russisch oder ukrainisch oder kirgisisch oder undsoweiterundsoweiter oder schwedisch oder englisch oder französisch: von einer deutschen Kinoleinwand strahlt es so weiß wie es deutsch tönt. Kohlrabenweißdeutsch, schon bei Temperaturen auch unter **37,2 Grad Celsius am Morgen**, ganz gleich ob **Betty** nun Blue oder Blanc oder Rouge trägt – womit das wohl auch erledigt wäre.

Dabei ist es doch ganz gewiss mehr als eine Lautverschiebung, wenn in einem Russen-Film, der mit Mitteln des Schwedischen Filminstituts und Argos – die Pyrotechniker mußten allerdings aus London anreisen – zu großen Teilen auf Gotland (117 Km lang, bis 45 Km breit 3140 Km2, größte Insel der Ostsee, Mythen und Märchen und Wehner und dann auch noch Bergman, Ingmar) produziert wurde, der schwedische Hauptdarsteller zu seinem für die Dramaturgie nicht ohne Grund bis zur Schlußeinstellung absolut maulfaulen, d.h. stummen, vielleicht sechs- bis sieben jährigen Sohn immer »lille pojke« sagt mit einer Beharrlichkeit, daß selbst dem letzten Deppen im Saal klar werden muss daß dieses Kind nicht ohne Grund namen- und sprachlos ist, daß es eben zugleich nur oder in einem ganz besonderen umfassenden Sinne der »kleine Junge« (lille pojke) ist, oder ob sich in der hierzulande zur Vorführung gelangenden Version dieses Russen-Films der Vater dieses Kindes einmal »Jungchen«, dann wieder »mein Junge« oder einfach nur »Junge« nennt, obwohl doch schon Schütte nach der Uraufführung des Films in Cannes unter der schlichtweg behämmerten Überschrift »Tschernobyl in Cannes« und nicht etwa »Karneval in Rio« oder »Affe auf dem Schleifstein« für »Bübchen« plädiert und Hans Dieter Seidel in der »FAZ« unter dem ebenfalls preiswürdigen Titel »Irdisches Glück auf dem Scheiterhaufen« »der Kleine« vorgeschlagen hatte. Punkt, denn der vorstehende Satz beginnt mit »Dabei ist es doch ganz gewiss mehr als«, aber nur so ist eine Ahnung davon zu vermitteln, mit welchen Schleifen, Einschüben, Pirouetten der bekannte Regisseur **T.** in seinem letzten Film – und das will heißen: zuletzt gedrehten und letzter überhaupt, denn krank ist, sehr krank und nicht nur an Heimweh – uns allen sagen will, daß die Welt schlecht, böse, verkommen und fast (!!!) verloren ist, und der Autor dieser Zeilen, daß die Übertragung des Filmes mindestens so beschissen wie der Zustand des Regisseurs.

Die Ratschläge der Filmkritiker wurden also nicht angenommen. Und da es nun nicht Klimow und auch nicht German und nicht Mitta, Padschanow, Panfilow oder Schepitko ist und auch nicht Abduladse und nicht Schongelaja und Schongelaja, Elder und Georgi nämlich, und all die anderen aus undsoweiterundsoweiter, die hier in den Kinos zu sehen sind, sondern Kontchalovski (Bruder von Nikita Mikhalkov), losseliani und eben **Tarkowski**, von dessen Film »**Das Opfer**« hier in einer Weise nicht die Rede ist die vielleicht das Beste ist, was man sagen sollte, und die darauf vertraut daß alles weitere aus den Abteilungen »Der christliche Filme im heutigen Jetzt« und »Der jetzige Film im heutigen Christentum« oder so gesagt werden wird – wir halten uns da lieber an den Teufel, den Schnaps und den den Geschlechtsverkehr – , so bleibt vom Russen-Film diesmal nichts, vom russischen Film schon gar nichts und von undsoweiterundsoweiter wollen wir überhaupt schweigen. Denn gesehen haben ihn nur die Touristen der Filmkritik.

Wen es nun aber dennoch ins Kino drängt – weil schlechte Luft, aber immerhin warm – zu **Ziewer** vielleicht, denn Ziewer, der war ja einmal einer (»Liebe Mutter mir geht's gut«, »Schneeglöckchen«, »Der aufrechte Gang«), einer, der jedem Besucher seiner Filme neben dem Eintrittsgeld am liebsten auch noch den proletarischen Gruß an der Kasse abgefordert hätte, der verzweifele jetzt nicht in »**Der Tod des weißen Pferdes**«, sondern tröste sich damit, daß die erste Version, vor fast einem Jahr uraufgeführt, noch viel schlimmer war – ich weiß, ich weiß, Lysol kann man nicht trinken (dedicated to Gaby Sch.). Wer dennoch ins Kino will ohne Rücksicht auf eigene Vorsätze – nie Zeichentrick, nie Science-Fiction – der wundere sich nachher nicht, daß in »**Wenn der Wind weht**« die Bombe mit jener Selbstverständlichkeit fällt, mit der sie in »**Alien**«, Part Two, geworfen wird. Und vor allem erhoffe er sich von hier aus keinen aufmunternden Freibrief für den Besuch der »**Cannes-Rolle**«, jenes akkumulierten Schwachsinns, sondern frage sich doch einmal, so ganz beiläufig-beharrlich bei klarem Kopf im dunklen Saal, an wen oder was Lenin, der »Russ« – und damit ist auch **Sinkels** jämmerliche Selbstdarstellung meine »**Väter & Söhne**« gebührend abgefeiert – wohl gedacht haben mag, als er am 13.3.1913 in der »Prawda« schrieb: »Fortschritt von Technik und Wissenschaft bedeutet in der kapitalistischen Gesellschaft Fortschritt in der Kunst der Schweißauspressung.« »Fortschritt in der Kunst«? »Kunst der Schweißauspressung«? »Kunst«?

1913 wohlgemerkt: Eisenstein quängelt noch an Muttern herum, Vertow pubertierte, Bondartschuk war wohl noch nicht einmal geplant. Nun? Taylor war's, den er meinte, jener Taylor, der einen so ganz eigenen Stil für Filme aus der Arbeitswelt initiiert hatte. Klaro? Das muß aber doch nun langsam klar sein, verdammt.

Konkret 01/87, S. 48

Matthias Altenburg

Bücher

Um uns endlich das ewige »Who ist who?« beim Lesen literarischer Texte abzugewöhnen, haben uns Deutschlehrer und Germanistikprofessoren mit Geduld und Mühe beigebracht, daß, wenn ein Dichter »Ich« sagt, er noch lange nicht »Ich« meinen muß. Und dann kommt **Alfred Andersch** daher und begründet, warum er in der dritten Person schreibt, wenn er von sich selber redet. Weil es ihm nämlich erlaubt, »so ehrlich zu sein, wie nur möglich ... Erzählen, Erinnern ist immer subjektiv. Unwahr ist es deshalb nicht.« Was sie auch schreiben, sie schreiben von sich selbst. Immer. Und immer wieder. Und doch meist ganz anders, als man so denkt.

1944 schickt Andersch drei Erzählungen an den Suhrkamp-Verlag mit der Bitte um eine Buchveröffentlichung. Der Lektor lehnt zwar ab, aber lobt: »Sie geben in ihrer Prosa eine Form, die sich im Grunde um den reinen Bericht mit Mitteln der Erzählung bemüht. Dadurch entsteht eine sehr klare und kühle Atmosphäre...« Und das ist ziemlich exakt das, was der Autor seinen Lebtag wollte: ein »kalter Romantiker« sein. **Diogenes** hat jetzt doch ein Buch (**Erinnerte Gestalten, DM 19,80**) aus den früheren Texten gemacht und schon auf der ersten Seite finden sich die beiden Hauptworte von Anderschs Ästhetik: Gedächtnis und Beschreibung. In seinem letzten Essay erklärt er seine Vorliebe für deskriptive Prosa: »Aber die Dinge, die Sachen, entziehen sich jeglichem Idealismus. Sie sind... Die Beziehung eines Schriftstellers zu einer Sache hat mich stets stärker interessiert als seine Ideen, seine Weltanschauungen.« Wenn allerdings in den Erzählungen von »edler Tragik« und »schwebender Reinheit« die Rede ist, dann zeigt das bloß, daß auch Andersch nicht gleich ein Künstler war. Und der »Reiz der Einsamkeit der aus dem Born der inneren Unabhängigkeit quillt«, der wird, so formuliert, auch 1944 schon ein wenig antiquitiert gewesen sein.

Daß und warum die meisten Schriftsteller gezwungen sind, ihre Arbeiten mehrfach zu verwerten, hat **Peter O. Chotjewitz** schon vor zehn Jahren beschrieben. Und auch sein neues Buch besteht zu großen Teilen aus bereits veröffentlichten Beiträgen. Dafür allerdings ist der Titel reichlich bombastisch gewählt: **Tod durch Leere, Romanstudien (Oberon, DM 20,-**). Was da versammelt wurde, ist ziemlich belanglos und wirklich allzumenschlich. Ein Autor schreibt über die Probleme eines Autors, der über seine Probleme schreibt. Er hat Schwierigkeiten mit seiner Frau, mit seiner Geliebten, mit seinem Beruf. Wer würde sich da nicht wiedererkennen? Daß es »harten Schafskäse in Bad Hersfeld zu kaufen gibt während man gefrorenen Tintenfisch nur in Fulda bekommt«, das wußte ich schon aus dem Frauenfunk, und daß Nicolas Born bei Chotjewitz mal zum Hasenbraten eingeladen war, das hat mich wahrhaftig nur interessiert, weil ich diese Kolumne schreiben muß. Bleibt zu hoffen, daß aus den Studien keine ausgewachsenen Romane werden. Daß Chotjewitz immer noch schreiben kann, belegt seine Geschichte über den Samenkoller eines Halbwüchsigen, der die Welt schon deshalb für ein Hurenhaus hält, weil er selber mit den Mädchen nicht zurechtkommt.

Weniger von Lust als von Hunger, Brutalität und Verzweiflung ist die Erotik in **Juan Marsés** Roman (**Wenn man dir sagt, ich sei gefallen. . . Elster, DM 38,--)** bestimmt. Schauplatz Spanien, die vierziger Jahre, Barcelona. Die Macht der Faschisten kriecht in den Alltag der kleinen Leute. Der offene Kampf ist beendet; was jetzt kommt, ist Heuchelei, ist Lüge, ist Verrat. Unsichtbar ist die Bedrohung und allgegenwärtig. Die Republikaner, »Männer aus Stahl, so viele Schlachten gehärtet, da saßen sie in Kneipenecken und weinten wie Kinder«. Und die wirklichen Kinder reden wie Erwachsene, sind abgefeimt und gemein, scheinen alles zu wissen und verstehen nichts.

Deshalb hocken sie zusammen in den Ruinen, den Kellern und in Javas Lumpenhandlung und erzählen sich *aventis*, Abenteuergeschichten, die ihnen helfen sollen, der Wahrheit auf die Schliche zu kommen. Sie machen sich klein unter den Schlägen der Faschisten und lügen ihnen die Hucke voll. Aber was ist schon Lüge, was Wahrheit, wenn der Junge Sarnih seinem Peiniger alles erzählt und dabei alles verschweigt? Was bleibt, ist dieses »unerschrockene, kompromißlose Wahrnehmen, daß sich weigert sich auf eindeutig nachweisbare Dinge zu beschränken«.

Ein Buch wie ein Film, bei dem Carlos Saura und Claude Chabrol gemeinsam Regie geführt haben, ein Roman aus Rotz und Dreck und Blut, zum Bersten voll mit Sehnsucht. Endlich mal ein Autor, der die literarische Moderne als das begriffen hat was sie ist: ein Reservoir von formalen Möglichkeiten, sich der Wirklichkeit zu nähern. Juan Marsé, ein spanischer Gorki, dessen erstes Buch in deutscher Sprache das Zeug zu einem Bestseller hätte □ wenn man hier verstehen würde zu lesen.

Vor anderthalb Jahren erzählte mir ein Kollege, **Erasmus Schöfer** schreibe an einem Roman über Resignation. Endlich, dachte ich, endlich. Denn seit Goethe weiß man: »Zur Resignation gehört Charakter«. Jetzt ist das Buch draußen (**Tod in Athen, Weltkreis, DM 28,-**) und erzählt die Geschichte eines kommunistischen Lehrers, dem in der BRD der Beruf verboten wurde, der keine Kraft mehr hat, von seinen Genossen als Opfer vorgeführt zu werden und der deshalb nach Griechenland geht. Und weil man ja Dialektiker ist, gibt es auch eine Kontrafigur, einen Kämpfer, einen hemdsärmeligen Betriebsrat, der dem Lehrer nachreist, um ihn nachhause und aus seiner Verzweiflung zu holen. Und dazwischen all die

klaren, geraden Griechen, so klar und gerade, daß es schon nicht mehr wahr ist. Da wird dann geredet und geredet über alles, was einen Kommunisten und seine Partei so bewegt. Geredet in einer Sprache, die sich ständig selbst in den Rücken fällt, die dauernd ihre Ohnmacht dokumentiert: Wo jeder Ofen die Hölle und jeder Laib Brot das Leben bedeuten soll, da muß sich der Autor fragen lassen, ob nicht er es ist, der solche Überhöhungen braucht. Ein ernstes, ehrlichgemeintes Buch. Ohne Frage. Und dennoch, das sind Probleme, die muß die Partei lösen, nicht die Prosa. Ein Buch, das ganz weit weg sein will von Deutschland. Ein typisch deutsches Buch. Man kann halt doch keinen Roman über etwas schreiben. Auch nicht über Resignation.

Konkret 01/87, S. 54

Detlef zum Winkel; Oliver Tolmein

SDS

Der SDS war die antiautoritäre Fackel, die endlich demokratisches Licht in die postfaschistische Nachkriegsfinsternis brachte

Schon am ersten Abend hatten sie einen soweit, daß man echte Erkenntnisse in die Kneipe mitnehmen konnte. Denn nur der SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) ist wirklich der SDS und seine Live-Show ist durch nichts zu ersetzen. Das Original ist in anderthalb Jahrzehnten so gut erhalten geblieben, daß man geradezu sinnlich wahrnehmen konnte, warum es jener Bund sozialistischer Intellektueller immerhin zur Terrorschmiede der Nation brachte. Natürlich nicht, weil seine Köpfe vorgedacht hätten, was andere dann in die Tat umsetzten. Nicht als Ergänzung zur Politik des SDS bildete sich die RAF, nicht als »Fraktion« irgendeiner APO-Linken, wie Mahler glauben machen wollte. Schwachsinn! Etikettenschwindel! Nichts ist dran an der Sympathisanten-Legende, auf der einen Seite nichts und auf der anderen auch nichts. Ulrike Meinhof muß stattdessen fest davon überzeugt gewesen sein, daß mit dieser geistigen Avantgarde ein politischer Kampf völlig aussichtslos sein würde. Hoffnungsloser noch als das Projekt Stadtguerilla. Sie ist einfach schreiend davongelaufen, griff zum erstbesten harten Gegenstand, und siehe da, Urbach hatte eine Waffe parat. So ist es gewesen und in der Frankfurter Kongreßhalle konnte man's nachempfinden, also ob es gestern passiert wäre. Ein fürchterlicher Irrtum in der Konsequenz – aber in der Analyse?

»Das waren wir doch alle – irgendwie«, meint der Kameramann auf die Frage, ob er auch im SDS gewesen sei. Nach Profilen suchend fährt er die Reihen ab. Es gibt Leute, die sich ein Flugblatt vor die Nase halten – das Unternehmen wird immer noch für subversiv gehalten. Ein Familientreffen: Auf den ersten Blick erkennt man kaum jemanden der Damen und Herren, beim zweiten meint man, alle Genossinnen und Genossen zu kennen. »Prima Klima« präsentiert den Gewerkschaftsfunktionär mit unendlich müden Augen, die Dozentin, die die Männer-Faxen satt hat, den alten Ostermarschierer mit kernigem Händedruck, den Hochschullehrer, der die gymnasialen Gewohnheiten nicht ablegen kann (immer das Notenbüchlein im Sinn), Frau Filmemacherin und Herrn Regisseur nach Trends schnuppernd, eine beachtliche Sammlung von Lebergefährdeten, die sich an der Mineralwasserflasche festhalten, aber weniger Magengeschwüre, als eigentlich zu erwarten waren.

Eine aufgeregte grüne Walschützerin, die die lieben Tiere in sicheres parteipolitisches Gewässer lotsen möchte, verheddert sich schon beim Auswerfen der Netze. Ehemalige K-Gruppen-Helden schrumpfen und schrumpfen immer noch, ohne kleiner werden zu können. Alternativ-Redakteure leiden unter Sodbrennen, trauen sich aber nicht, ihr Bäuerchen zu machen, während ein Salonhippie gegen Denkverbote anficht und sich selbst als Faschist erkennt. Ein kleiner Vampir von der Bonner Baracke lugt aus den Augenwinkeln über die Versammlung, ob sich ein lebendiges Fleisch für die SPD mitschnacken ließe, derweil Graf Dracula mit gemästetem Bauch die Gänge abschreitet. Ja, es wurde viel beobachtet. Selbst ein Minister spähte angestrengt in die Runde, weniger der neuen Orientierung wegen, sondern weil er unablässig nach einem Plätzchen für den Hessenmüll sucht.

Es war ja auch wirklich nichts zu erwarten, weil der 68er-Mythos schon lange tot ist, und wer glaubt heute noch an Revolte, und so albern kann man doch gar nicht sein.

Thema Terrorismus. Viele leisteten Buße – nicht etwa weil sie in ungestümen Jugendzeiten der Versuchung erlegen wären, sondern weil es prickelt, so zu tun als ob oder als ob beinahe. MdB Vollmer kritisierte, daß sich niemand für die gefangenen RAF-Mitglieder verantwortlich fühle, und Oskar Negt reagierte gereizt. »Was Antje heute gesagt hat, würde ich nicht zu deinen besten Stücken zählen.« Alte Wunden sollten nicht neu aufgerissen werden. Er, Negt, habe 1972 eine eindeutige Rede gegen die RAF gehalten, »eindeutig – aber mit Verständnis«. 1970, nur drei Wochen vor der Baader-Befreiung in Westberlin, sei Ulrike Meinhof bei ihm gewesen, um über die Herausgabe unveröffentlichter Manuskripte für KONKRET (damals noch von Röhl herausgegeben) bei einem anderen Verlag zu verhandeln. Der Hannoveraner Professor: »Was ist in dieser Zeit in ihr vorgegangen? Ich verstehe nicht, wie es zur RAF kommen konnte.« Ob man ihm das erklären könne?

Schaut's, keiner weiß auf so eine elementare Frage eine Antwort. Deshalb redet nicht unnütz herum und stört die Zeit, wie sie die Wunden heilt. Also wandte sich der Kongreß von gut tausend geschichtsbewußten, gnadenlos aufarbeitenden Menschen dem spannenden Diskurs zu, ob die Unterscheidung zwischen der Gewalt gegen Sachen und derjenigen gegen Personen richtig gewesen und immer noch richtig sei (Cohn-Bendit), oder ob man gerade dadurch dem Terrorismus auf die Beine geholfen habe (Preuß). Und wir quälen uns damit ab, wie man's dem Oskar sagt, d.h. ohne einen Verratsschrei als Politikersatz anzustimmen oder einen solchen zu provozieren.

Eine eindeutige Rede gegen die RAF. Ein eindeutiges Titelbild in der alten KONKRET, das eine junge Frau zeigte, die mit der Pistole auf den Betrachter zielt, damit sich Betroffenheit herstellt. Ähnlichkeit zu einer damals noch lebenden Person sozusagen eindeutig. In dieser Atmosphäre ging ein linker Lehrer in Hannover zur Polizei, um einen Hinweis auf »Baader-

Meinhof-Mitglieder« zu geben. Er wollte, »daß diese Geschichte ein Ende hat, nach allem, was die angerichtet haben«, wußte aber nicht, wen es tatsächlich treffen würde. Ulrike Meinhof wurde bei ihrer Festnahme als eine »Handvoll Unglück« beschrieben.

Mit der Meinung, daß die Geschichte ein Ende haben müsse, stand der ebenfalls unglückliche Lehrer nicht allein, und niemand soll sich zu seinem oder anderer Personen Richter aufspielen. Ein ganzer Flügel, eine ganze politische Strömung der APO dachte so und entschied sich in der damaligen Situation für den Rechtsstaat. Aber der Rechtsstaat ließ den Festgenommenen nur noch vier bis fünf Jahre hochsicherheitsverwahrtes Leben. Über den inzwischen erreichten Fortschritt kann Peter Jürgen Boock Auskunft erteilen.

Vielleicht hat Ulrike 1970 geahnt, analysiert, daß es so kommen würde, kommen müßte, wenn es einmal kritisch wäre. Daß der SDS Verfolgten letztlich nicht i

mehr zu bieten hätte als den real existierenden Rechtsstaat. Daß er, als Organisation den allgemeinen Ernstfall stets im Kopf, beim individuellen Ernstfall hilflos wäre. Vielleicht mußte sie, um diese Analyse zu widerlegen, den anderen Weg einschlagen, der doch nur ergab, was sie vorher wußte. Oder jedenfalls hätte wissen müssen.

Vom Rechtsstaat ist die Rede, nicht um Vorwürfe wegen der Vergangenheit zu erheben, sondern um politische Konsequenzen für heute und morgen zu kritisieren. In keiner Frage waren sich die SDS-Ehemaligen so einig wie in dieser: Ja zum Rechtsstaat, ja zu dem, was heute bei kritischen Geistern frank und frei als »Demokratie« durchgeht und keineswegs eine Utopie meint, sondern einfach das, was ist. Die Oggersheimerisierung von Staat und Gesellschaft genügt den Ansprüchen der linksintellektuellen Elite, und wer das nicht begreift, gehört einfach nicht dazu.

Genosse Semler, früherer Vorsitzender der aufgelösten KPD (AO), hatte seinen Auftritt, in dem er hervorhob, daß die (angeblich) maoistischen Fehler allesamt schon im SDS angelegt gewesen seien, er selber im Grunde also wenig Verantwortung trage. Entscheidender Fehler der ApO-Revolte war es demnach, einen respressiven, autoritären und faschistoiden Charakter des Staates behauptet zu haben. Daraus habe die KPD (AO) ihre Sozialfaschismustheorie mit dem »Hauptfeind SPD« abgeleitet. Man möchte ihn, der heute die Grünen im Europaparlament berät, als einen elenden Lügner bezeichnen, muß aber wohl resignierend anerkennen, wie sehr Erinnerungen divergieren.

Unser Gedächtnis besagt, daß Semlers AO in den siebziger Jahren schwer am »Bolschewisieren« war und daß die Schriften der III. Internationale inklusive Sozialfaschismus die heilige Kuh dieses Unternehmens darstellten. Im SDS hingegen war die alte, Weimarer KPD u a. wegen der Sozialfaschismustheorie kein Thema, weil man ihr, was die Niederlage der Arbeiterbewegung 1933 betrifft, ähnliche Vorwürfe machte wie der SPD, die ja ihrerseits hauptsächlich die Kommunisten bekämpft hatte.

Nachdem er das wunderbar durcheinandergebracht hatte, bekannte Semler, was er inzwischen dazugelernt hat: Diesen Staat endlich als Demokratie zu begreifen. Eine solche Haltung bezeichnete er als »radikaldemokratisch« und wurde dafür von Cohn-Bendit beinahe geküßt. Der Demokratie immer wieder faschistische Affinitäten nachzusagen, hat nach Frankfurter Sponti-Erkenntnissen zwangsläufig zum Hineinrutschen in das ML-Sektierertum geführt. Die RAF wiederum sd aus der Kombination von verbalem Antiimperialismus mit praktischer Militanz entstanden.

Folglich lautet die derzeit gültige sozialistische Geschichtsschreibung: Der SDS war die antiautoritäre Fackel, die endlich demokratisches Licht in die postfaschistische Nachkriegsfinsternis brachte. Dies konnte ihm glücken, weil er mit Zündhölzern der kritischen Theorie, made in Frankfurt, ausgerüstet war. (Verstohlener Blick zu Habermas, ein Taschentuch bereithaltend, aber er weint nicht).

Der SDS rechnete mit der Täter- und Komplizenschaft der Nazi-Eltern ab, durchbrach die öffentliche Verdrängung. Damit schaffte er die Voraussetzung für die sozialliberale Mehrheit 1969. Seitdem ist die Demokratie in Ordnung. Unwesentliche Veränderungen ab Herbst 1982 sind nicht der Rede wert.

Überschätzungen der eigenen Rolle ist man ja bereit nachzusehen, zumal sie sich mit dem Klagelied über die linke Einflußlosigkeit abwechseln. Aber so sehr man den SDS liebhaben muß für das, was er wirklich geleistet hat, so sehr muß man ihn hassen für die gespreizte antifaschistische Selbstgefälligkeit, mit der sich die Herrschaften nach vermeintlich getaner Arbeit in den Sessel lehnen und nicht mal merken, wie ihnen die Zipfelmütze ins Gesicht rutscht. Mit jeder tönenden Berufung auf den großen Marcuse und den noch größeren Adorno, als ob der Bockenheimer Kleingärtnerverein seine verstorbenen Schriftführer feiert, wurde klarer, wie tot die Frankfurter Schule ist. Hau den Lukács? Aua!

Unser bescheidenes Gedächtnis besagt, daß die Entwürfe der kritischen Theoretiker, die nicht von Demokratie schlechthin, sondern immer noch von bürgerlich-kapitalistischer ausgingen, weder an Kanzlerpersonen wie Adenauer, Erhard und Kiesinger noch an kurzfristige politische Konjunkturen gebunden waren. Hinzu kommt das ungute, aber desto sicherere Gefühl, daß selbstgerechter Antifaschismus in diesem Land zu kurz greift. Aber ein erhobener neuphilosophischer Zeigefinger aus Paris mahnt uns, mit Bedacht zu formulieren.

Demokratie sei zwar eine Lüge, spricht Bernard-Henry Lévy, aber diese Lüge bloßzulegen hieße, dem schlimmeren Übel des Terrorismus das Wort zu reden. Ungefähr das Gleiche hatten die Genossen von Lotta Continua schon vor zehn Jahren erkannt: Der Kampf gegen faschistische Geheimdienste und schwarzen Terror habe die roten Brigaden hervorgebracht. Daß während des italienischen heißen Herbstes 1969 tatsächlich die Gefahr eines Rechtsputsches bestand, ist demgegenüber zur vernachlässigbaren Größe verblaßt.

Nun hat das Denken, das nicht mehr auf Erkenntnis des Gegenstands, sondern auf die möglichen Folgen solcher Erkenntnisse gerichtet ist, auch die einheimische Szene erfaßt. Hier natürlich gründlicher als bei den leichtzüngigen Romanen: Wenn die Lüge weiser als die Wahrheit ist, will man sie doch lieber gleich als Wahrheit postulieren.

Der tüchtige Negt, der die Demokratie für bare Münze nimmt, ist nicht mehr zu unterscheiden von dem raffinierten Rabehl, der es besser weiß, aber schweigt, um keine falschen Konsequenzen zu provozieren und daher lieber die fehlende Volkssouveränität problematisiert, denn das kann in diesem Land gar nicht mißverstanden werden, jedenfalls nicht zur Aufstachelung linker Terroristen. Oder etwa doch?

Oder es liegt einfach eine Begriffsverwechslung vor. Genosse Schmierer (ehedem KBW) führte der Versammlung vor, was Claus Offe anderntags als »Altersheiterkeit gegenüber neuen sozialen Bewegungen« rügte. Verglichen mit heute habe man doch einer glücklichen Politgeneration angehört. »Kein Mensch, der damals auf die Straße ging, mußte fürchten, daß er später kein Job mehr kriegen würde.« Wenn das eine nicht klappte, dann klappte eben etwas anderes. Bei Schmierer klappte da Sprung in den Immobilienbesitz des ehemaligen Zentrums der revolutionären Arbeiterbewegung in Frankfurt.

Die Wende der SDS-Veteranen gewinnt enorm an Übersichtlichkeit, wenn wir die vielbesungene Demokratie durch den schmucklosen Begriff des Kapitalismus ersetzen. Für den akademischen Flügel der ApO ging das Abenteuer der Revolte glimpflicher aus, als zu befürchten war. Solange sie so undankbar bleiben, das Dankesgefühl über diesen günstigen Umstand nicht offen auszusprechen, wird die FAZ weiter auf sie schimpfen.

Die Veranstalter von »Prima Klima« hatten eigenen Angaben zufolge weder Hintermänner noch Hintergedanken gehabt, aber schon ein bißchen an den Wahltermin gedacht und sich eine »gewisse Ausstrahlung zugunsten da Opposition« erhofft. Legitimerweise warben die einen für die Jahrhundertpartei SPD, die anderen für die Jahrhundertchance Grüne. Hinsichtlich der anzustrebenden Farbkombination ging die grundsätzliche Übereinstimmung so weit, daß Karsten Voigt aufs scherzhafteste resümierte, Cohn-Bendit und er repräsentierten eigentlich zwei Flügel der Sozialdemokratie in unterschiedlichen Zusammenhängen.

Zuversicht wollte sich nicht so recht einstellen. Aber es war auch kein Antiautoritärer und keine Feministin im Saal, die es gewagt hätten, die katastrophale Situation des rot-grünen Projekts beim Namen zu nennen. Alle reden über die Pleite der parlamentarischen Opposition. Der SDS sprach vom Wetter. Im freien Fall der Meinungsumfragen klammerte sich der Kongreß an den festen Boden der Tagesordnung. Gnadenlos gegen sich selbst, denn wenn es irgendwelche Empfänger der Grußworte an den Rechtsstaat gibt, dann heißen sie – in der verfassungsmäßigen Rangfolge – bis auf weiteres Weizsäcker, Bundesrats-, Bundestagspräsident und Kanzler – und der heißt Kohl.

Wenn es nach innerster Überzeugung der sozialistischen Elite seit zwei Jahrzehnten nichts gibt, wofür sie nicht verantwortlich ist, dann steht sie heute vor dem politischen Nichts. Jeder weiß es, keiner spricht es aus. Freudlos irrte am Samstagabend eine Hundertschaft Altlinker durchs Foyer, das eigentlich ein Fest erleben sollte. Immer auf der Suche nach dem, was auch der Kameramann einzufangen bemüht war: Aufrechten Gang.

Konkret 01/87, S. 56

Hermann Peter Piwitt

Herrschaftsfrei wie einst im Mai

Mal wieder das Wort »Kapitalismus« hören und dabei sicher sein können, daß, wer es benutzt, sich noch Konkretes darunter vorstellen kann, – das allein war eine Reise nach Frankfurt wert. Denn eigentlich spricht man es nicht mehr aus, das Wort. Man sagt »Industriegesellschaft« oder »Ellenbogengesellschaft«, »Atomstaat«, »Sechs-Tage-Rennen« oder ganz einfach, schlicht und dunkel, »die Leere der Dinge«, je nachdem, ob man vom Kapitalismus profitiert oder – mehr oder weniger – bewußtlos darunter leidet. Was alles ist seit mehr als fünfzehn Jahren vergessen! Und ist nicht längst überhaupt vergessen, daß es vergessen wurde? Wollte die SPD nicht einmal einen »demokratischen Sozialismus« machen, zum Beispiel sowas Ungeheuerliches wie »Investitionskontrolle«? Und nun sitzt Brandt da, in der »Bonner Runde« nach der Wahl in Hamburg, und macht sich Gedanken darüber, »wie wir das Gerechtigkeitsproblem rüberbringen«.

Der deutsche Dichter Peter Schneider, der auch einmal bessere Tage gesehen hat, forderte seinerzeit in einem »Kursbuch«-Aufsatz die revoltierenden Studenten auf, nach dem Vorbild der siegreichen Roten Armee Chinas in den Betrieben die »Große Wehklage« durchzuführen, so als hätte man bereits die Macht dazu gehabt. Damals war das eine bloße Omnipotenz-Phantasie. Die versammelten Leiden zur Sprache zu bringen, bevor der versammelte Sachverstand in Aktion tritt, – diesmal in Frankfurt wäre Gelegenheit dazu gewesen. Die erfahrenen Verletzungen; die erlebten Zumutungen und die drohenden; die insistierten Ziele und die still oder unter Schmerzen aufgegebenen; die verlorenen persönlichen Terrains, die ganz konkreten sozialen und die ideellen des Gefühls und des Selbstbehauptungswillens, am Arbeitsplatz und auf dem Arbeitsamt, in den Beziehungen: jeder, der etwas dazu zu sagen gewußt hätte, er hätte es eingangs müssen sagen dürfen.

Stattdessen von Anfang an diese Herren auf dem Podium mit ihren vorbereiteten Statements. Und schon steht der ganze antiautoritäre Kindergarten wie in besten Zeiten kopf: Die Frauen gegen die Männer, die Kinder von Marx und Coca-Cola gegen die von Emo und Müsli, Performance gegen Performance, Katheder gegen Katheder, Fraktion gegen Fraktion. Da schlurfen sie hinein in den Saal mit diesem »Woll'n-doch-malsehn-wie-sie-sich-blamieren-wenn-nicht-helfen-wir-nach«-Gesicht. Da wird, kaum daß die Veranstaltung eröffnet ist, wie einst im Mai unter Berufung auf die »herrschaftsfreie Gesellschaft« das Mikro erobert, als sei es das schon mal wieder, das letzte Gefecht. Und die »alten Herren«, sie nähren die giftige Stimmung noch mit Selbstbezichtigungen und rekapitulieren brav mit Antje Vollmer, was nun, denke ich, gar so neu auch nicht mehr ist, nachdem »Emma« und Helke Sander und und und ... es vor nun schon bald unvordenklichen Zeiten unvergeßlich gelehrt haben, nämlich, was für Machos »Ihr damals...«

Ist auf diese Linke wirklich geschissen? Kennt sie keine Fronten mehr als die unzähligen, die durch sie hindurchgehen, respektive die eine gemeinsame, die der Kampf ums nackte Leben gegen Atomkraftwerke und Raketen uns aufnötigt? Sämtliche linken Krisentheorien sind vom allgemeinen apokalyptischen Bewußtsein längst eingeholt. So Klaus Hartung mit einigem Recht. Aber wenn das allgemeine Bewußtsein tatsächlich apokalyptisch ist, ergo auch für die Linke eine miserable Anleitung zum Handeln, was wäre plausibler als an einer neuen Krisentheorie zu arbeiten, einer, die präziser, praktischer und hinreichend genug ist, um auch das apokalyptische Bewußtsein zu überdauern? So wahr sie gerade ins zweihundertste Jahr kommt, 89, die Epoche, in der wir leben; und noch lange nicht zu Ende ist...

Ansätze gab es dafür bei Elmar Altvater. Und Hartung aus Berlin fragte, ob die ganze Debatte um Gewaltlosigkeit nicht längst – ich zitiere nach dem Gedächtnis – theologisch verschleimt ist. Und für Momente sah es tatsächlich so aus, als erinnerte sich das Plenum daran, daß es nicht nur in den eben so heiß verehrten naiven Kulturen weise Frauen, Alte, Medizinmänner gab, denen zuzuhören sich lohnte. Aber dann drehten sie sich wieder, die alten akademischen Gebetstrommeln; verloren in ihren geschlossenen Sprachsystemen, in ihren Begriffs-Verhauen standen sie herum, die Herren; und alles klang (»Akkumulations-Strukturen«) so verheißungsvoll und trostlos wie damals in dieser ständig an die Kandare des Begriffs genommenen politischen Leidenschaft.

Was für ein Kinderspiel da – auf dem Hintergrund soviel tapferen Versagens – für einen wie Rainer Langhans, frisch spiritualisiert wie er war, in geschliffener Schlichtheit mit einem Preis des »Wooichen«, »Wooiblichen« sich sanft und bis ins Mark verlogen ins Plenum hineinzuschmusen, bis mehr als einem unentfalteten Mausi die Tränen kamen?

Da fällt mir ein: Schon mal was von »radikaler Demokratie« gehört? Soll *die* Sache sein, für demnächst! – Also, bloß Alles, nämlich die Demokratie, tät mir auch schon reichen, so cirka bis zum Jahr zwozwanzig; vorausgesetzt, daß wir uns ranhalten...

Konkret 01/87, S. 58

Susanne von Paczensky

§ 218

Der Abtreibungsparagraph 218 muß verschwinden. Aber wie? Durch die Verfassungsklage, sagt Alice Schwarzer. Durch ein Antidiskriminierungsgesetz, sagen die Grünen. Der SPD ist alles zuviel. Eine langsame Annährung an den gegenwärtigen Stand der Diskussion

Noch keine zwanzig Jahre dauert der Kampf um die Abschaffung des § 218 in der BRD und doch ist manches schon ein wenig nebelhaft geworden, selbst für die, die von Anfang an dabei waren.

Ich erinnere mich genau an den Tag im Oktober 1970 – Frauenkonferenz der SPD in Würzburg – als ich eine von vier Delegierten war, die den Hamburger Antrag auf Streichung des Abtreibungsparagraphen einbrachten. Ich erinnere mich an unsere Angst, weil wir alle im öffentlichen Reden unerfahren waren, und weil wir von prominenten Genossinnen, Mitgliedern des Parteivorstandes, heftig gescholten und eingeschüchtert wurden mit der Drohung, »die Partei zerbricht« an unserer Unbesonnenheit. Ich erinnere mich auch an die freudige Überraschung, als ein Landesverband nach dem andern uns unterstützte und wir schließlich eine klare Mehrheit für unseren Antrag kriegten.

Damals waren noch viele Frauen dabei, die, wie ich, unter den lebensgefährlichen, unwürdigen Bedingungen des Nazireichs und den kaum besseren der Nachkriegszeit abgetrieben hatten und die nun endlich, mit dem Ende des Adenauerstaats auch ein Ende des Abtreibungselends erhofften. Angestachelt durch »Womens Liberation«, die schon im September '69 für »Free abortion« 10.000 Frauen allein auf den Straßen von New York mobilisiert hatte, gestärkt durch die Liberalisierung der Abtreibungsgesetze in fast allen Nachbarländern, aufgemuntert durch die bundesdeutschen »Alternativprofessoren«, deren Vorschläge zur Strafrechtsreform auch die Abtreibung entkriminalisieren wollten, erbittert über die ängstliche Haltung der SPD – aus vielerlei Gründen, aber in gemeinsamer Hoffnung wurden überall Frauen aktiv, um ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen.

In Frankfurt entstand die »Frauenaktion 1970«, die als erste mit Unterschriftenaktionen und öffentlichen Veranstaltungen eine radikale Position bezog, nicht mehr für die Reform, sondern für die grundsätzliche Straffreiheit der Abtreibung eintrat.

Es dauerte dann noch ein Jahr, bis auch die Medien sich an das heikle Thema wagten. Im Juni 1971 veröffentlichte der »Stern« die Selbstbezichtigungsaktion »Ich habe abgetrieben«, die Alice Schwarzer nach französischem Vorbild ins Leben rief und tatkräftig vorantrieb.

Ich erinnere mich gut an die Begeisterung, mit der ich an der Aktion teilnahm, Unterschriften sammelte, und zum ersten mal ohne Scham mit fremden Frauen über meine und ihre Erfahrungen sprechen konnten. Das war nicht nur die abstrakte Agitation für Frauenrechte, sondern ein persönlicher Befreiungsschritt. Ein Redeverbot war durchbrochen, eine Regelverletzung wurde zur Tugend. Hatten wir Erstunterzeichnerinnen noch ein wenig Courage gebraucht, um den möglichen Strafandrohungen zu trotzen, so wurde rasch klar, daß die Justiz überrumpelt war. Die Frauen waren in Bewegung geraten, sogar einige Männer wurden mitgerissen. Im ersten halben Jahr wurden rund 100.000 Unterschriften gesammelt und ans Justizministerium geschickt. Überall entstanden Gruppen der Aktion 218, die damit zur Basis der neuen deutschen Frauenbewegung wurde.

Drei Jahre später erlebten wir den ersten Erfolg: das Parlament beschloß mit den Stimmen der sozial-liberalen Koalition die »Fristenregelung« des § 218, die immerhin für die ersten drei Monate der Schwangerschaft ein Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper anerkannte. Die Freude war kurz, denn gleich darauf legte die CDU Verfassungsbeschwerde ein und 1975 – im »Jahr der Frau« – befanden die Herren in Karlsruhe, daß die Interessen der lebenden Frau hinter denen des zukünftigen Kindes zurückstehen müßten, daß der Staat durch Strafandrohung das »ungeborene Leben« schützen müsse.

Es gab keinen Aufstand gegen das Urteil oder gegen die nachfolgende Indikationenregelung, die den Schwangerschaftsabbruch von der Zustimmung eines Arztes abhängig macht. Es gab inzwischen andere Themen, die die Frauenbewegung fesselten. Die Enttäuschung über den verlorenen Sieg ließ viele resignieren.

1980 wurde vom harten Kern der 218-Gruppen ein Tribunal veranstaltet, das sich im wesentlichen gegen Mißbrauch in der praktischen Durchführung, gegen die menschenverachtenden Prostaglandine-Experimente und gegen die Hetzkampagne der Kirchen wandte. Der Kampf gegen Prostaglandin war erfolgreich. Die praktische Durchführung, die Beratungsarbeit und die tägliche Auseinandersetzung wurde der Pro Familia und anderen professionellen Helfern überlassen, unter denen die Feministinnen in der Minderheit sind.

Ich habe meine Erinnerung geordnet – und dabei sicher manches vergessen oder verkürzt – , weil sie mir helfen soll, den Stand der heutigen Diskussion um den § 218 zu verstehen.

Vier Jahre nach der Wende ist nun endlich wieder Bewegung in den Kampf gekommen: Nach einem verstärkten Trommelfeuer bischöflicher Beschimpfungen, ministerieller Drohungen, einer reaktionären Medienkampagne und

angesichts erfolgreicher Bemühungen in den CDU-Ländern, das geltende Recht immer enger auszulegen, hat sich die Gegenwehr nun langsam und von unerwarteter Seite formiert. Als erstes waren es die Gewerkschaften, die sich nicht nur gegen die Aushöhlung der »Reform« wehrten, sondern die radikale Forderung nach Abschaffung des Abtreibungsparagraphen wieder aufnahmen: der Frauenausschuß des DGB, die Gewerkschaftstage der ÖTV, HBV, IG Druck und Papier und schließlich die mächtige IG Metall. Gleichzeitig rang sich die Pro Familia, die jahrelang jede Festlegung vermieden hatte, dazu durch, die Streichung zu fordern. Die Grünen beschlossen in Hannover, durchaus nicht einstimmig, die Abschaffung des Paragraphen in ihr Wahlprogramm aufzunehmen.

Zehn Jahre Erfahrung mit dem geltenden Gesetz hatten seine Ungerechtigkeit ganz deutlich gemacht und trotz unterschiedlicher Interessen zum gleichen Schluß geführt. Gemeinsam ist nicht nur der Zeitpunkt dieser Beschlüsse, sondern auch die seltsame Tatsache, daß es erst der Entscheidung bedurfte, um in all den genannten Organisationen eine neue, kontroverse Diskussion über das Für und Wider der Abtreibung zu entfachen. So sind die Befürworterinnen der Streichung zunächst damit beschäftigt, die eigenen Freunde zu beschwichtigen oder zu überzeugen. Noch seltsamer aber ist die selektive Wahrnehmung der Abtreibungsgegner, deren Wut ausschließlich die Grünen trifft. Noch hat kein Kirchenvertreter das »zerschnittene Tischtuch« beschworen, wenn er mit Gewerkschaften zu tun hatte. Und es ist verblüffend, daß auch Alice Schwarzer ihre Attacken wegen falscher Haltung zum § 218 vor allem gegen die Grünen reitet. Die Grünen müssen sich seit Monaten mit den blutrünstigen Fantasien von Kindesmord im 9. Monat herumschlagen, die sie offenbar bei jedem Rechtsdenkenden erwecken.

Diese Haßkampagne hat groteskerweise ihre Wirkung vor allem bei der SPD gezeigt. Um nur ja nicht in ähnlich schlechten Geruch zu geraten, veröffentlichte der Parteivorstand im Sommer '86 eine Broschüre »Entscheidung in Verantwortung« in der er mit einem großen Satz weit hinter alle traditionsreichen Forderungen der alten SPD zurückspringt. Als hätte sie niemals die Fristenregelung erkämpft, als hätte sie nie vom Selbstbestimmungsrecht der Frauen gehört, als wüßte sie nichts von den Hoffnungen, die sich noch immer an die Partei von August Bebel und Gustav Radbruch knüpfen, gibt sie sich mit dem geltenden Gesetz zufrieden und fordert die Frauen auf, nun endlich »Ruhe zu geben«. Mit gutem Beispiel geht sie voran: Das neue Grundsatzprogramm der Partei erwähnt den § 218 gar nicht mehr.

Doch Ruhe will nicht einkehren. Im Oktober 86 veröffentlichte Alice Schwarzer ein Manifest »Wir fordern eine Verfassungsklage gegen den § 218«, in dem die Parteien aufgefordert werden, Normenkontrollklage gegen den Abtreibungsparagraphen zu erheben. Eine wesentliche Begründung solcher Klage sieht sie darin, daß es der jetzige Paragraph nicht vermocht habe, die Abtreibungszahlen zu senken und deshalb den vorgegebenen Zweck, nämlich den Schutz des werdenden Lebens, nicht erfüllt habe.

Ich kann dieser Argumentation nicht folgen. Ich weiß nicht, warum ich für die Senkung der Abtreibungszahl kämpfen soll, ob nicht jeder einzelne Schwangerschaftsabbruch gerechtfertigt ist. Ich kann mir auch beim besten Willen nicht vorstellen, daß das Bundesverfassungsgericht in seiner heutigen Besetzung ein frauenfreundliches Urteil fällt, eher wird es eine Verschärfung des Paragraphen fordern.

Trotzdem: Auch wenn Alice Schwarzer sich irren sollte, und wenn sie zudem die lästige Neigung hat, ihre Einfälle für allgemeinverbindlich und jede, die anderer Ansicht ist, für eine Verräterin an der Frauensache zu erklären, so begrüße ich doch, daß sie neuen Wind und neue Argumente in die 218-Diskussion bringt. Wird hier, wie 1971 eine neue Volksbewegung entfacht? Das wünsche ich mir von Herzen, doch die Verhältnisse, die sind nicht so:

Damals: Eine allgemeine Aufbruchstimmung zu Beginn der Brandt-Aera, in der die Hoffnung auf »mehr Demokratie« auch die Frauen ergriffen hatte.

Heute: Eine allgemeine Resignation, in der es schon fortschrittlich scheint, wenn man nur das Erreichte festhalten kann.

Damals: Das klar umrissene Ziel einer Gesetzesänderung und eine parlamentarische

Mehrheit, die dem Gesetz zustimmen könnte.

Heute: Ein BVG-Urteil, das jeder Liberalisierung einen Riegel vorschiebt und keine Aussicht auf eine »linke« Mehrheit im Bundestag;

Damals: Eine große Zahl betroffener Frauen (Alice Schwarzer spricht von einer Million jährlicher Abtreibungen) und viele andere, die zumindest fürchteten, in diese Lage zu kommen,

Heute: Sehr viel weniger Betroffene (Alice Schwarzer spricht von 300.000 im Jahr) und die allgemeine Illusion, ungewollte Schwangerschaften ließen sich vermeiden.

Damals: Studentenbewegung, gesellschaftliche Unruhe, in der nach Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung, sexueller Befreiung gesucht wurde,

Heute: Der Wertbegriff »Leben« – von Öko-, Friedens- und Frauenbewegung geteilt – trifft sich mit Begriffen der konservativen Bewußtseinskampagne. Selbst Feministinnen betonen immer wieder, daß sie »Gegnerinnen der Abtreibung«

sind.

Ein ungünstiges Klima für radikale Vorschläge. Viele ehemalige Bundesgenossen halten sich verlegen abseits. Da scheint mir zunächst das wichtigste, sich enger zusammenzuschliessen. Die wenigen Gruppen, die zurzeit für die Streichung des § 218 eintreten, dürfen sich nicht spalten lassen. Wir brauchen gegenseitige Unterstützung gegen die Angriffe von außen, gegen die Zweifel von innen. Wir brauchen vor allem eine gemeinsame Diskussion auf den drei entscheidenden Ebenen: Gesetz, Praxis, Bewußtsein.

Zwei wichtige neue Faktoren sind dabei aufgetaucht. Zum ersten Mal werden Fragen gestellt, die über die Forderung »Der Paragraph muß weg« hinausweisen: »Wie soll er weggebracht werden?« und »Was kommt danach?«

Zur Durchsetzbarkeit gibt es bisher den parlamentarischen Weg der Grünen, die die rechtliche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs in ein Antidiskriminierungsgesetz einbinden wollen. Und die Erkenntnis von Alice Schwarzer, daß auf dem Weg notwendig die Hürde des Verfassungsgerichtsurteils genommen werden muß.

Zur künftigen Praxis des Schwangerschaftsabbruchs gab es bisher kaum klare Vorstellungen. In der Pro Familia hat jetzt eine Diskussion begonnen, welche Regelungen an die Stelle des Strafrechts treten sollen, um den gesundheitlichen Schutz der Frauen und die praktischen Möglichkeiten zum Abbruch zu sichern.

Diese Fragen sind nicht ausdiskutiert.

Die Bewußtseinsfrage – »Was bedeutet Schwangerschaftsabbruch für die einzelne, die Gesellschaft?« – wird bisher nur von rechts eindeutig beantwortet.

Bei soviel ungeklärten Fragen, weiß ich nicht, woher ich die Hoffnung auf rasche Erfolge nehmen soll. Ein Kampf, der schon in Weimar mit Leidenschaft geführt wurde, der nun in der BRD fast zwanzig Jahre währt, braucht einen langen Atem.

Meinen Atem schöpfe ich aus der Arbeit im Hamburger Famlienplanungszentrum – einer Einrichtung die auch ambulante Abbrüche vornimmt – , aus der täglichen Begegnung mit Frauen, die Schwangerschaftsabbrüche und unsere Hilfe brauchen. Diese Erfahrung läßt keine Zweifel aufkommen, daß der § 218 weg muß.

Konkret 01/87, S. 62

Dietrich Kuhlbrodt

Rechts ran, die Geisterfahrer kommen

Ein Film über die Wendigkeit linker Politiker kann nur ein Horrorfilm sein. Freiburger Videofilmer sind deshalb gleich ins Gruselkabinett gegangen. Ihre Dokumentaraufnahmen von dort erinnern stark an Fernsehübertragungen aus dem Bundestag.

Auf der Spieluhr dreht sich Karl Marx, die Faust geballt und nach oben gereckt, die Walze bringt in dünnen Tönen die Internationale zu Gehör. Jo Leinen droht in einem alten Filmdokument: ».... werden wir dieses Land unregierbar machen«. Das war vorher.

Und nachher – jetzt ist es eine TV-Aufzeichnung, und er wischt sich grade den weißen Schaum aus dem Gesicht, dem ihn einer draufgemacht hat – , Minister Leinen also formuliert- »Der Zustand der Unregierbarkeit würde keines unserer Probleme lösen«. Cohn-Bendit und all die andern legen Zeugnis ab von ihrer Wandlungsfähigkeit. Joschka Fischer schwört auf Verfassung und Gesetz, und im Veteranenzimmer fällt der Schmuckteller von der Wand, »Mehr Demokratie wagen« stand drauf, in Schmuckschrift. Alles Scherben, wie man sieht. Im Euro-Parlament erklärt der Abgeordnete »radikal«-Klöckner dem Interviewer des Staatsfernsehens: »Ich bin froh, daß ich das Geisterhaus verlassen kann«.

Der Videofilm »Geisterfahrer« von der Medienwerkstatt Freiburg rechnet mit zwanzig Jahren oppositioneller Politik ab und sucht sich sein Dokumentarmaterial auf dem Jahrmarktsrummel, in der Geisterbahn. Horror & Entsetzen! Waren das unsere Utopien? Was wir da sehen, kann's doch nicht gewesen sein. Und weil mehr Dinge wahr sind, als die Augen sehen und die Worte sagen und das Dokumentarmaterial bietet, inszenieren die »Geisterfahrer« die Wirklichkeit; sie arbeiten mit Fiktionen, experimentieren mit den Bildern, verwischen die Grenzen von Wirklichkeit und Fiktion und träumen den Traum von der Utopie weiter, entschieden Partei ergreifend. Das ist mutig, gewiß doch. Aber für den Zeitgeist akut gefährlich. Denn aus dessen Perspektive kommen ihm die »Geisterfahrer« auf der eigenen Fahrbahn entgegen. »Rechts ran fahren«, empfiehlt in solchen Fällen die öffentlich-rechtliche Anstalt: der Verkehrsfunk.

Die »Geisterfahrer« sollte man sich ansehen, diesen ebenso politischen wie experimentellen Videofilm. Eine exemplarische Stunde für das Bildmedium. So könnte es weitergehen: Widerstand in jede Bildfolge, in jedes einzelne Bild hineinzutragen und für jede Situation die ihr gemäße Aktion zu finden. Mit videospezifischen Tricktechniken, die jedem »reinen« Videoexperiment gut anstehen würden, greifen die »Geisterfahrer« punktuell in vorgegebene Sinnzusammenhänge ein. Auf die Stirnwand des Plenarsaals wird Cohn-Bendit eingespielt und seinem realpolitischen Statement damit das ihm gemäße Auditorium verschafft. Auf dem SPD-Plakat kommen die Lippen des Vorsitzenden in Bewegung, und Brandts Slogan (»Damit wir auch morgen in Frieden leben können«) entleert sich zu eben dem, was das Bild zeigt: es ist plakativ. Ein Zoom zurück legt das Bild der Grünen frei. Ein mannshohes Blumenbukett vom Allerfeinsten, ein Rednerpult geschmückt mit der überdimensionalen Atomkraft-nein-anke-Plakette, ein Redner auf der großen Hochglanzbühne. Eine perfide Inszenierung? Weit gefehlt, es ist, mit Schrecken wird man es gewahr das Dokument eines Auftritts in der Oberrheinhalle. Und jetzt steht er da, der Kuttenmensch, der vorher schon, aber diesmal innerhalb der vom Film inszenierten Jahrmarktszene, die Leute angelabert hatte, und er spricht die Merksätze: »Gebt uns zehn Prozent, und ihr werdet diesen Staat nicht wiedererkennen«. Und »Schafft einen, zwei, drei, schafft viele grüne Minister! «. Beifall. Die Satire wird von der Wirklichkeit mitgeliefert, und wenn nicht hilft der Film nach. Die Dialoge von Matthias Deutschmann bringen die Dinge auf den Punkt. Die Gründer der grünen Bank prosten sich zu. »Was ist die Beraubung einer Bank gegen die Gründung einer Bank? Der Kapitalismus ist nur mit seinen eigenen Waffen zu-schlagen!« Prost.

Die ambivalenten Bilder des Films suchen sich ihre Logik. Das ist spannend, weil der Zuschauer immer wieder neu eingeladen wird, in eine Szene einzusteigen, ohne gleich zu wissen, wo er herauskommt. Das heißt, er weiß es schon, der Geisterfahrer, daß er schließlich wieder ins Helle kommt. Auch hat der Film eine Parabel vorgebaut. Ein Moritatensänger berichtet vom Minenarbeiter, der den Wohltäter erschoß. An die Pistole wird zum Schluß des Film erinnert. »Wenn unsere Träume nicht zu den Tatsachen passen, umso schlimmer für die Tatsachen«. Die Geisterbahn wird abgebaut. »Mitreisende gesucht!»

Umso besser für die Träume, für den Glanz der Utopien, die sich in diesem Videofilm über Tatsachen und über Ereignisse (die vorgeben, unabänderliche Konsequenz objektiver Bedingungen zu sein) hinwegsetzen und den sogenannten objektiven Faktoren mit den ästhetischen Mitteln der Ironie und der Fiktionalität begegnen. Damit lösen die »Geisterfahrer« grade im linken Lager Irritationen aus, denn dort hatte man sich darin gewöhnt, Bilder darauf zu kontrollieren, ob sie die rechten Beweis- und Belegstücke zur linken Theorie sind. Die hitzige Diskussion auf der Duisburger Filmwoche brachte letzten Monat heraus, daß wir subjektive Faktoren, Mut und Intensitäten brauchen und selbstredend einiges andere mehr, wenn wir uns mit den tristen Fakten nicht begnügen wollen. Und wir brauchen eine Ästhetik, wie die der »Geisterfahrer«, die diesen Elan vermittelt und uns aus der Ohnmacht und Wut des Es-ist-schlimm-genug-und-es-kommt-noch-schlimmer herausreißt.

Gewißdoch könnte sich Pepe oder Didi von der Medienwerkstatt Freiburg hinstellen und explizit werden: hie Fundis dort Realos, und wer verwaltet das utopische Erbe, und dann sauber argumentiert, mit Doku-Material. Aber wer würde dann noch hinsehen und hinhören, und wieso wäre das eine utopische Kolportage und nicht eine bürokratische Leistung der Utopie-Verwaltung? – Die »Geisterfahrer« machen es sich nicht bequem. Die subjektiven Faktoren und damit experimentelle Techniken werden gebraucht, wenn Subjekte sich an die (durchaus auch politischen) Experimente der Utopien wagen wollen, womit nichts anderes gesagt ist, als daß die Filmästhetik auch ein Mittel des politischen Kampfes ist.

»Die Geisterfahrer« werden persönlich, und das befremdet denn doch manchen wackren Kämpfer im linken Lager, der nicht persönlich angesprochen werden möchte. Es ist richtig, der Videofilm macht sich das eigene Lager zum Gegenstand, die Geschichte der letzten zwanzig Jahre, und es geht nicht mehr um die anderen, die sowieso unrecht haben. Es geht auch nicht um die Chronologie der objektiven Ereignisse, sondern um die Kondition: um die Kraft und den Mut, die man zur Tat brauchte. Und natürlich um Kleinmut und Anpassung an die vorgeblich objektiven Faktoren.

Die Medienwerkstatt Freiburg hatte die Methode, Erfahrungen der eigenen Geschichte zu aktivieren, schon mit der Chronik von Wyhl (1972-1982) begonnen (»S-Weschpenäscht«). Auch hier funktionierte die Methode, als das Gemeinsame der dokumentierten Aktionen den großen Traum wiederzufinden, den Traum von direkter Demokratie, von Selbstbewußtsein und Selbstorganisation, von Widerstand, von Experimenten. »Wenn wir Zukunft träumen, können uns Bilder aus unserer Geschichte helfen«. – Eine heile linke Welt, damals noch. Vier Jahre später schafft der Zeitgeist auch in der linken Szene mit der Zukunft die Vergangenheit ab und macht ein Werk wie die »Geisterfahrer« notwendig. »Die 'revolutionäre' Elite von anno 68 hat den Staat auf der Karriereleiter unterwandert, eine träge Kaste von 40 50 jährigen 'Altlinken' hat es sich kritisch hinter dem Of en bequem gemacht, die Grünen sind eine waschechte Partei geworden, die Zeit der außerparlamentarischen Bürgerinitiativen scheint vorbei zu sein« (Medienwerkstatt). Die neokonservative Restauration vereinnahmt den Sozialismus als nostalgisches Souvenir. Die Spieluhr, auf der sich der gute alte Marx dreht, hielt ich in den »Geisterfahrern« für eine böse Erfindung. Fiktion oder Realität? In diesem Fall die Dokumentation eines Geschenkartikels.

Der Videofilm stellt eine verkehrte Welt auf den Kopf. Wenn wir uns selbst zum Thema machen, gibt es genug umzudrehen – zur Geisterzeit: den grünen Parlamentarier, der sich auf die Anarchie beruft, oder den Ministeramtskandidaten, der sich als Arm einer Bewegung versteht, – oder die Ökobank, die Bewegung in die 'Bewegung' bringen will. Die Medienwerkstatt Freiburg macht uns das Vertraute gespenstisch und das Utopische vertraut. Der Einsatz der ästhetischen Mittel macht es möglich: das Spiel mit den Möglichkeiten, die sich aus den dokumentarischen Fakten ergeben.

Das ZDF hat den Sendetermin für die »Geisterfahrer« auf den 27. Januar verschoben, den Dienstag nach der Wahl. Anschließend wird der Film auch in den Programm-Kinos gezeigt werden. Video-Verleih über Medienwerkstatt, Konradstr. 22, 7800 Freiburg

Konkret 01/87, S. 64

Hermann Peter Piwitt

Piwitts kleines Feuilleton
Reinlichkeit und Knecht und Freizeit

SPD ausgeflaggt/Kritik und Kritik derselben/Die "Zeit" macht nur vor dem Teufel halt/Produktionsverhätnisse und Simulationsverhältnisse/Sein und Zeitgeist/ Nasenstüber für Süskind

Es war nach der Bundestagswahl 1965, und wir Kids vom »Wahlkontor Berliner Schriftsteller« eingeladen bei einem der Verlierer namens Schiller, nachmals Wirtschaftsminister. Und Brandt dabei, wie per Sänfte aufgefahren, zum Ölgötzen erstarrt, daß man ihn ins Leben hätte zurückknuddeln mögen. Und weil ein Größerer und Erfolgreicherer vor ihnen schon einmal »Was tun?« gefragt hatte, fragte man nun »Was nun?« Und nachdem alle was gesagt hatten, Piwitt, im Glauben, die Reihe sei nun auch an ihm: Die SPD müsse sich und ihre Geschichte deutlicher in Verbindung bringen mit den *vorzeigbaren* Daten und Ereignissen der deutschen Nationalgeschichte.- Oder so ähnlich. Die Herren schmunzelten. Jetzt sah ich sie wieder. Im Fernsehen beim Wahlparteitag in Offenburg. Sie standen da und sangen: Was sangen sie? »Einigkeit und Recht und Freiheit.« Und das jetzt. Heute. 1986! Wo der ganze nationale Karren mit Fahnen, Hymnen und dem ganzen Mehrheits-Troß längst ohne sie über alle Berge ist!

Die große SPD: ein Tanker, der sich schwer manövrieren läßt.., na gut. Aber dann einer von der Art, die in der Lübecker Bucht auf Reede rosten.

Und dabei haben sie doch Leute: Hauff, Bülow, Bahr, Duve, Lafontaine. Aber nein, lieber Zweitliga, als einen stürmen lassen, der einmal vergessen hat, den Kassierer mit der nötigen Ehrerbietung zu grüßen.

In eigener Sache

Um das zu wiederholen: Muß man eigentlich immer alles allein machen? Den Politikern sagen, wie sie's machen sollen, schöne Werkstücke schreiben und dazu auch noch die gemäßen Kritiken? Da findet zum Beispiel *Hos* vom »Mannheimer Morgen« den »Granatapfel« »flott geschrieben.« Nun weiß ich zwar, was er meint. Er meint: »Statt den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen und zu tun, was ihm am leichtesten gefallen wäre, nämlich den eben gängigen dummdeutsch mediokren Tiefsinn der Marke 'Seelenqual und Dumpfgrübel' seinsmächtig mit links aus dem Ärmel zu schütteln, hat der Autor die viehische Anstrengung auf sich genommen, ein 'leichtes' Buch zu schreiben.«- Ja, aber warum sagt er's denn nicht?

»Ob Taumaturga gleich Anleihen beim heutigen Jargon der Jungen machen...muß«, merkt *hos* an, »sei dahingestellt.« Und damit auch das klar ist: Das Kümmer-Idiom der Jugendszenen hat Piwitt nie auch nur einen feuchten Furz interessiert; und zwar weder zu Zickendrahts- noch zu Zeitgeists-Zeiten. O-Ton Taumaturga: »Die Zeit war eine alternde Kurtisane; Auge in Auge mit der sicheren Katastrophen probierte sie eine Robe, eine Perücke, einen Aufputz nach dem andern durch. Und der Kult der Jugend gehörte dazu. In allen Farben und Gerüchen der Verwesung schillerte und stank es nach Jugend... Alles taufrisch aus der Gülle«! Klar? Und, *hos:* Nie mit andern sprachbegnadeten Rentnern und Frühinvaliden an den schönen roten Resopaltresen gestanden bis zum bitteren Ende? Nie als Kind betört gewesen von den Schnacks der Großtante? Nie Gottes Wort und Witz vernommen im Fluchen eines betrunkenen schmutzigen alten Mannes; oder selbst einer gewesen?

Daß sie sich weder bei den Ungebildeten noch bei den Untröstlichen auskennen: Das Drama der Gebildeten.

Ja, und dann sind da natürlich noch die ganz Klugen, die, die seitenlang raushängen lassen, was sie alles über einen gewissen d'Annunzio wissen; und endlich, am Schluß, finden sie, der hochberühmte Stinkstiefel Giambattista Taumaturga habe in seiner Autobiographie dessen Leben verfehlt! Schon mal was von 'Werkimmanenz' gehört? Man sollte ihnen unters Futter das Papier geben, das sie vollschreiben...

Von der Ehre für die »Zeit« zu schreiben, die da Treue heißt.

Das Liebenswerte an dem Frankfurter Reich-Ranicki ist seine absolute Unbefangenheit. Ein Raddatz, hätte er sich nur einen Bruchteil dessen erlaubt, was jener sich leistet, er täte längst Zuckerwatte verkaufen in Bad Grund. Wo es in der Republik keine poète maudit gibt, gibt es doch einen critique maudit: R-R. Wo immer zwei, drei aus der Branche zusammenstehen, wissen sie Schnurren über ihn zu erzählen: Wie er aus allem möglichen Jurys die Gelder rüberschiebe für seine Zischen und jeden, der Pfötchen gebe...

Wie man einem berühmten Autor vom linken Weg abbringt, indem man ihm Vorgefühle verschafft davon, was man – nimmt er Vernunft an – ihm anrichten könne, materiell, als Hauseigentümer und Vater von vier halberwachsenen Töchtern, hat er seinerzeit am Kollegen Walser vorgemacht. Und daß nur ein toter kommunistischer Dichter ein guter Dichter ist, an

Anna Seghers. Die Selbsterniedrigungsleistung seiner Täschchenträger, die er auf politisch mißliebige Autoren ansetzt, könnte geradezu eine neue Maßeinheit stiften auch für andere Branchen: das »ra«.

Einer von ihnen ist jetzt auch zuständig für die Literatur in der »Zeit«. Und die Komis, die er nun seinerseits für gewisse kleine Schmutzaufträge abkommandiert, sind nun wirklich kaum noch mit der Kneifzange anzufassen. Wenn es denn schon nie eine Ehre war, für die »Zeit« zu schreiben: Hier endlich heißt sie Treue.

Und dabei ist es keine 20 Jahre her, da veröffentlichte in der »Zeit« nicht mehr, wer ein bißchen auf sich hielt. Warum, ist ausführlich nachzulesen unter dem Titel: »Ideologie der Objektivität und kulturkulinarischen Anpassung« in »Piwitt: Das Bein des Bergmanns Wu«, Fischer Taschenbuch Nr. 5968.

Die Zeitung hat seitdem ihren politischen Ort nicht verändert. Trotzdem liest ein Heer von Gymnasiallehrern, die sich zur politischen Linken zählen, wie früher das Blatt aus tausend anderen Gründen als dem zu prüfen, was für Kreide der Klassenfeind wieder mal gefressen hat und warum.

Mit seinen linken Spielwiesen »Dossier« und »Modernes Leben« ist es für sie offenbar noch immer eine Zeitung »eher links von der Mitte.« Und das ist ja nicht einmal ganz falsch. Nur ist das *heute* da, wo Rechtsaußen innen etwas aufhört...

Natürlich simuliert..., sowieso.

In der taz, zwischen den üblichen Elogen von Jungakademikern auf die Bücher ihrer Lehrer und akademischen Idole (die noch hanenbüchener sind als die, die wir Kids Mitte der 50er Jahre hatten) las man am 15.10. unter der Überschrift »Fabrikbesichtigungen« den denkwürdigen Untertitel: »Es gibt sie noch: die Produktion, Arbeitsbedingungen, Machtverhältnisse, das Oben und Unten in den realen Fabriken.«

Donnerlottchen noch mal. Und wir dachten schon, die paar Fabriken, die es noch gibt, seien simuliert. Oder sind das nur die Irrealen? Jetzt wissen wir's.

Ein Rauschen in dem Pampers.

Die November-Nummer des »magazin litteraire« macht auf mit: »Martin Heidegger. L'Etre et le Temps.« – Das ist das Unglück der Franzosen, daß sie den Triumph der Gegenaufklärung 1936 knapp verpaßt haben und nun glauben, nachsitzen zu müssen ad infinitum. Und gleich regt es sich in deutschen Pampers: der alte deutsche kalte Kaffee, frisch aufgebrüht aus La France – da muß doch was dran sein?

»Das Parfum« – jetzt als »Soufflé«

Das Parfum« und »Der Name der Rose« sind gewiß außergewöhnliche Bücher. Aber ich lese sie, ehrlich gesagt, lieber in den verschiedenen Versionen, die davon in den Bastei-Comic-Serien »Spuk« und »Gespenster« in Umlauf sind; das ist aufregender und kostet weit weniger Zeit. Zum »Parfum« ist jetzt die Parodie erschienen: »Patricius Sauerbier: Das Souffle. Geschichte eines Gourmands«, von einem Dieter Heckenschütz (Goldmann-Taschenbuch-Verlag, DM 7,80). Sie erzählt das Leben des Rainer Maria Canaille, der 1760 als Neugeborenes, in der Küche von Versailles, im Gehackten gefunden wird. Bald zeigen sich Symptome einer ungeheuren Freßsucht bis hin zum Kannibalismus. Als er dabei auf den einzigartigen Geschmack einer Jungfrau kommt, setzt er sich, mittlerweile Koch in immer teureren Häusern, mit immer kostbareren Rezepten auf dessen Spur. Die Revolution macht dem Treiben des Schlächters und Fressers ein Ende; aber Danton läßt ihn aus der Todeszelle holen. Der Koch des Königs: gerade das Richtige für ihn.

Schwer zu sagen, was an Heckenschütz mehr Spaß macht, sein autonomer Kunstsinn, der den parodistischen Anlaß immer wieder in Vergessenheit bringt, oder seine Anspielungen auf den Buchhändler Huckendobél zum Beispiel, wo Canaille seine Karriere beginnt, auf die »Grand Taverne de Zurick« (Diogenes Verlag), auf Arbuste-Arrière (Achternbusch) und den »berüchtigten Maurice Riche-Ratiocinant« (Na? also!) Anspielungen aber auch die Fülle auf des Kollegen – wie Heckenschütz meint – begrenzte, weil eklektizistische Mittel, wenn es heißt, Canaille verwandle das Leben nicht zu Kunst sondern zu Patisserie. Oder: »Was ist ein Soufflé? Warme Luft ohne Nährwert, aber von einzigartigem Geschmack«.

Der Verdacht, Süskinds Grenouille sei den Yuppies dieses Jahrzehnts ins Herz gedichtet, so wie er unbekümmert und mit dem besten Gewissen den Obsessionen seiner Sinne folgt, egal was es »kostet«,- Heckenschütz verstärkt ihn zur Gewißheit, so wie er Canaille fressen und schlemmen läßt zum Vergnügen der Begüterten, während gleichzeitig die einzige sinnliche Obsession der Leute der Hunger ist.

Nichts gegen Rossini. Aber von Franz Schubert wird erzählt, die beiden Ouvertüren im italienischen Stil seien entstanden auf Grund der Wette, er könne in dessen Manier so Stücker zwo in einer Nacht komponieren. Herauskam ein blitzsauberer Schubert. Heckenschütz, hinter dem sich ein hochkarätiger Profi verbirgt, soll, so heißt es, sein »Soufflé« in fünf Wochen runtergedonnert haben, unter Dampf. Und was kam heraus? Ein echter nun ja, XY.

Konkret 01/87, S. 66

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

WEIHNACHTSANSPRACHE 86

Ihr fortschrittlichen Singles in der BRD
Seid gegrüßt!
Deren Einsamkeit am Heiligen Abend
Ohne Maßen ist

*

Ich grüße auch Euch
(Einsamkeit ist überall gleich)
HabedieEhre Ihr fortschrittlichen Singles
In der Republik Österreich

*

Gruezi, Ihr Eidgenössischen Singles
Ich grüße Euch und Euer progressives Engagement
Und gegrüßet seist Du, Europas herrlichster Single,
Salut! Mont Blanc

*

Ein rotes Hallo Dir, anhangloser Schweinemäster in der LPG Kyritz an der Knatter
Und Du sei solidarisch gegrüßt
Einsame Fischausnehmerin von der PGH Petri Heil zu Rostock
Die Du am Heiligen Abend von der Menschheit wie abgeschnitten bist

*

Ihr alle, Ihr fortschrittlichen Singles
Tapfer streitend für Frieden durch Abrüstung und Verständigung, seid gegrüßt Deren Einsamkeit am Heiligen Abend
Ohne Maßen ist

*

Keiner teilt mit uns Ente oder Gans
Kein Karpfen sieht mit erloschenem Gesicht uns am festlich gedeckten Tische zu zweit
Uns sitzet gegenüber
Wenn denn sie sitzet: die Einsamkeit

*

Keine vor Glück glühenden Kinderaugen
Keine uns in die Hand den Dank für den Baukasten oder das gute Buch sanft drückende Hand
Nur galaktischkalte Einsamkeit
Von unsres Herzens Mitte bis an unsres Herzens Rand

*

Viele von uns hatten mal jemand
Den einen oder andern Mann oder die eine oder andre Frau
Dann geschah an einem Tage im September Der Beziehungs-GAU

*

Seither sind wir einsam
Und allein
Dieser Schock! Wir können nie mehr
Mit jemand unter einem Dache sein

*

Es geht dies das Jahr über, leidlich
Doch am 24.12. staucht es uns das Gestell
An diesem Tage sind wir fix und fertig
Körperlich, seelisch und sexuell

*

Von wegen: Verreist doch, nach L.A. oder Leningrad
Erstens sind wir fortschrittlichen Singles nicht soo betucht
Und zwotens waren diese Fluchtpunkte Wie immer längst ausgebucht

*

So lesen wir am Heiligen Abend in unsrer Wohnkloküche Walt Whitman
Oder aus Walter Ulbrichts Werk oder Hölderlin
Dann waschen wir paar Socken und Schlüpfer von Hand raus
Und dann drehn wir eine Verzweiflungsrunde durch die, dem erstandenen Christ sei Dank, geöffneten Gastronomien

*

Auf dem Heimweg in besternter Christnacht halten wir, von trunkenheitsbedingten Stürzen in den Schneematsch besudelt
Wie das Streichhölzer verkaufende Mädchen im Märchen vor einem matt erleuchteten Hochparterrefenster ein:
0 du uns geflohenes Glück - Vati hat Mutti über den Gabentisch gelegt
Und Mutti dankt Vati für den diesjährigen Solitär mit kleinen spitzen Schrei'n

*

DOKTOR KOHL, AUFGEMERKTI

Ich bin ein Rechter wie Du und konnte Ihnen das bis Datum immer nur durch die von mir Dir in der Dämmerung der Wahlkabine geheim gegebene Stimme beweisen. Faktisch muß ich, leider, leider, beziehungsweise Wende hin, Wende her, mein Brot bei der Linken verdienen. Schuft oder Feigling, das wäre auszuwürfeln. An Ihnen aber möchte man verzweifeln. Läßt Du Dich doch von einem führenden Mitglied der von Moskau initiierten und finanzierten und in unsern Volkskörper implantierten »Friedensliste« vorführen, reinlegen, abkaspern, auftreiben, nasgreifen, ohrzwacken... es ist, um es auf bündnisdeutsch zu sagen: Unbeleavable! Der Kerl spielt Ihnen den post-Deutschnationalen vor und daß er Deinen Gorbatschow = Goebbels-Vergleich gaanz toll lieb hätt und er möcht Ihrer Firma einen ausgeben und Du sollst ihm Euer Konto nennen. Und Sie danken der Abrüstungsbestie für den Glückwunsch zu Deinem Gorbatschow = Goebbels-Vergleich mit Ihrem persönlichen Goldfederfüller. Und dann geht diese Moskauer Marionette zu einem linken Blatt, um ein Haar wärs dieses hier (!) gewesen und gibt diesen Deinen Brief zu einem Gelächter acht Grad auf der Richterskala frei. Und auch in diesem Blatte lacht man über Ihre Dämlichkeit, und unsereiner muß mittun, will man nicht enttarnt werden, und man schämt sich wie der Pfarrer beim taktischen Gottverfluchen. NEEIN! Um Himmels Willen! Keinen mir Mut zum Durchhalten zusprechenden Brief an die Redaktion. Sonst bin ich doch geliefert. Herrgottsackrament, geht das nicht in Deinen Kopf? Und nun Sie,

DOKTOR WÖRNER, ZUGEHORCHT!

Ende der fünfziger habe ich den sogenannten »Kriegs«dienst verweigert, um in Buwehleidigen Kreisen um so ergiebiger für die Belange der Truppe werben zu können. Wie oft habe ich damals die gerissene kommunistische Parole »Für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa« mit einfachster Bauerndialektik ausgeknockt:

Wer sich begibt ins atomare Vakuum Ist dumm und kommt da drinnen um Und habe, melde gehorsamst, mit dieser Masche eine Menge schöner Siege für unsere Sache erfochten. Und Sie? Heften schon wieder eine Niederlage an die Fahne, in schlimmster deutscher Wehrmachtstradition. Schleicht sich ein Subjekt ins Manövergelände ein, mit Block und Blei, will die Truppe beim Training beobachten und skizzieren. Aber Sie durchschauen die Mimikry dieses Subjekts, welches ein Vollpazifist! ist, nicht. Sie bestellen bei demselben ein Manövergemälde für Ihr Kabuff auf der Hardthöhe. Das Gemälde kommt natürlich nicht. Ersatzweise geht Maler Klecksl zu einem Enthüllungsmagazin des Fernsehens und degradiert Sie öffentlich zum Einfaltspinsel. Muß das sein? Glauben Sie, der einfache Soldat, der bei neunundzwanzig unter Null die Reifen seines Panzers wechselt, findet das komisch?

Konkret 01/87, S. 68

Rudolf Schilling

BROT UND BROTAUFSTRICH oder: Die Inszenierung der Stadt als Museum

Flächendeckend hat sich die Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahrzehnt mit neuen Museen ausgestattet. Die Städte krönen ihre Zentren nicht mehr wie einstens mit Kathedralen, sondern mit Museumsbauten, die wichtiger geworden sind als die Exponate in den Museen. Frankfurt treibt es von allen Städten am tollsten

Der Museumsboom, die neue Museumslandschaft: Das Phänomen wird europäisch wahrgenommen. Kürzlich fragte mich der Vorsitzende einer Architektenvereinigung der französischsprachigen Schweiz um Rat bei der Vorbereitung einer Gruppenreise zu Westdeutschlands neuen Museen. Das will was heißen, wenn es die nach Frankreich orientierten Westschweizer als Informations- und Bildungslücke empfinden, die neuen westdeutschen Museen nicht gesehen zu haben.

Die Planung einer solchen Reise verlangt gestrenge Auswahl. Die Liste ist zu lang. Um die epidemische Ausbreitung neuer Museen zu belegen, sei eilig aufgezählt, was ich anriet, aus dem Fünftageprogramm zu streichen, das sich ohnehin nur auf die seit 1980 eröffneten Neustbauten beschränken sollte: Limesmuseum Aalen (Eröffnung 1981), Diözesanmuseum Eichstätt (1983), Kunsthalle Mannheim (1983), Josef Albers Museum Bottrop (1983), Museum für Kunst und Gewerbe Dortmund (1984), Folkwang Museum Essen (1984), Museum Bochum (1984), Städtisches Museum Gelsenkirchen (1984), Hessisches Landesmuseum Darmstadt (1984), Staatliche Kunsthalle Karlsruhe (1985), Kunsthalle für Ostfriesland Emden (1986), letztere gestiftet von Henri Nannen, was eine Ausnahme darstellt: Normalerweise sind Städte oder Länder die Bauherren.

Heimatpolitik

Die neue Museumsarchitektur wird um ihrer selbst willen aufgesucht. Man fährt zu James Stirling nach Stuttgart, zu Hans Hollein nach Mönchengladbach, zu Richard Maier nach Frankfurt, egal was gerade in den Häusern ausgestellt wird. Das Museumsstück ist die Architektur selber. Höflich schauen sich die Architekturbesucher im Vorbeigehen noch ein paar Bilder an, verlegen stehen sie vor den Vitrinen.

Dieses Besucherverhalten hat durchaus tiefere Bedeutung und entspricht dem Willen der Bauherren. Es ging und geht um mehr als darum, Kunstwerke zweckmäßig und würdig zu behausen. Es ging und geht um Stadtgestaltung, um Stadtbildaufwertung. Die teils kriegsversehrten, teils (in etwa gleichem Ausmaß) vom Nachkriegsbauboom verschlissenen Städte hatten einen Nachholfbedarf an Identitätsstiftung. Stuttgart, Frankfurt, Köln, Düsseldorf: Es galt geschundene Gesichter erstens zu verschönern und zweitens zu individualisieren. Einmalige, unverwechselbare Orte und Ansichten waren zu schaffen, Stadtbilder, die Zugehörigkeit, Bürgerstolz, Identität zu begründen vermögen. Seht her, dies ist meine Stadt!

Unversehens wuchs dabei den Kernstädten eine neue Funktion zu. Sie sind nicht nur die Standorte der Museen, sondern selber Museen. Sie stellen die Stadt dar. Sie sind Abbildung von Stadt. Die Großstädte als Ganze sind gesichtslos geworden, sie zerbröseln am Rand in Vororte, die sich zum Verwechseln gleichen, wo aber die Mehrzahl der Stadtbewohner lebt oder mindestens übernachtet. Nun übernimmt die Kernstadt als auf Baukunst spezialisierte Zone die Rolle, die Stadt zu repräsentieren. Repräsentieren heißt ersetzen. Hier erleben die weitherum zerstreuten Bewohner, wo sie hingehören. Die Innenstadt wurde neu definiert als der Raum für das Stadterlebnis: Die Kernstadt als Disneyland, wo man zum Vergnügen, zur Stadtbesichtigung, zwecks Erfahrung von Stadtgemeinschaft hinfährt. Es ist verblüffend, welche Menschenmengen die neuen westdeutschen Innenstädte auch am Sonntag bevölkern: Stadtwanderer, Stadtbestauner, Stadtbeglotzer. Sie besuchen »ihre« Stadt wie einen zoologischen Garten.

Frankfurt zum Beispiel:

Die neue Altstadt rund um den Römer ist ein Freilichtmuseum. Das Ausstellungsthema heißt »Urbanität durch die Jahrhunderte«. Ausgestellt wird Frankfurt: Dem echten Mittelalter des Rathauses steht eine Imitation von Mittelalter gegenüber, die »Ostzeile«, neu nach alten Plänen und Zeichnungen, inklusive Gasthaus »Schwarzer Stern«. Dahinter folgt die lange, beinahe in den Dom hineinprallende Zeile der Schirn-Kunsthalle mit der vorspringenden Rotunde in der Manier eines Gefängnisturms (ein sehr angenehmes Kaffeehaus enthaltend, überraschenderweise): Darstellung einer Städtebauperiode der großen Herrschergebärden. Der Stange des Schirn gegenüber, jenseits der Ausgrabungszone mit den römischen Mauerresten, erhebt sich das »Technische Rathaus«, ein Amtsgebäude aus den sechziger Jahren, ein Stück Architektur, das für die damaligen angestrengten Bemühungen zeugt, durch Gliederungen, Abstufungen und Pflanztröge eine mächtige Baumasse erträglich zu machen. Von der Schirn zum Main hin folgt parallel an der Saalgasse eine weitere Neubauzeile mit postmodernen Kleinhäusern, welche von

(Satzabbruch im Heft, d. CD-Macher)

Konsumkulturpolitik

Kultur und Kommerz erweisen sich im Blick auf die neue westdeutsche Museumslandschaft als einander freundlich gesinnte Geschwister. In aller Selbstverständlichkeit versteht sich Kultur in dieser Gemeinschaft primär als Darstellungskultur und Veranstaltungskultur, als die »hohe« Kultur im traditionellen Sinn. Sie ist ebenso selbstverständlich Konsumkultur, eine Kultur, die wenige Produzenten für viele Konsumenten machen. Sie darf sich »Kultur für alle« nennen, denn sie ist, von ganz wenigen Spitzenproduktionen abgesehen, wohlfeil erhältlich. Der Museumszugang im besonderen steht, wenn nicht kostenlos, so doch zu bescheidenem Entgelt offen.

Dieses Kulturverständnis ist breit abgestützt. Es ist das gängige, früher aristokratische, später großbürgerliche, und es hat eine ungebrochene Tradition seit dem Alten Ägypten. Angezweifelt wird es bloß von einer Outsider-Minderheit ohne Durchsetzungschancen.

Zum Beispiel in Frankfurt

Hier weiß sich der aus Zürich zugewanderte Kulturmanager und Tausendsassa Christoph Vitali in einer glücklichen Lage. Er leitet als Intendant das Theater am Turm (TaT) und gleichzeitig als Direktor die Schirn-Kunsthalle, zwei wohldotierte Institutionen, und er rühmt die künstlerische Freiheit, das hochliberale Klima der Stadt (er hat aus der Schweiz andere Erfahrungen mitgebracht): »Versuche, in die Inhalte einzugreifen, kommen nicht vor. Aufgeklärte Autokratie war schon immer der beste Boden für die Kultur.« Eine ernsthafte Gefährdung des Konzepts der Darstellungskultur sieht Vitali nirgends, obschon er die Anfeindungen von Seiten der Grünen durchaus wahrnimmt. Überdies ist ihm sogenannte Basiskultur weder fremd noch unsympathisch. Er ist ein experimentierfreudiger Theaterleiter und steht schließlich auch nicht einer Oper vor, sondern einem Theater auf dem Grat zwischen Schlips- und Jeanskultur.

Die »Grünen im Römer« haben ein feinmaschig gestricktes Konzept der Stadtteilkultur als Alternative anzubieten: Sanfte, durchaus nicht grobschlächtige Umlagerung der Kulturausgaben von den hohen Instituten auf die niedrigen: Subventionskürzungen bei der Oper (nicht etwa Streichung!), Subventionserhöhungen für die freien Theatergruppen; Aufbau von »soziokulturellen Zentren, Bürgerhäusern und Treffpunkten in der ganzen Stadt« statt Kulturmonopolisierung in einer einzigen Kultur- und Konsummeile.

Wie ihr Konzept gemeint ist, zeigt exemplarisch der Antrag, den sie – selbstverständlich erfolglos – bezüglich des Museums für Kunsthandwerk im Stadtparlament eingebracht hatten. Statt eines Museums seien in dem Gehäuse allgemein zugängliche Werkstätten des kunsthandwerklichen Schaffens einzurichten.

Das Architekturprunkstück des US-amerikanischen Stararchitekten Richard Meier wollten sie nicht beseitigt wissen – die Paläste dem Volk ! – , ganz im Gegensatz zur Schirn-Kunsthalle, welche die »Grünen im Römer« respektlos als »Kegelbahn« und »D-Zug« bezeichneten. Als die Schirn noch im Bau war, beantragten die Grünen die Einstellung der Bauarbeiten, und nun, da das Ding in Betrieb ist, beantragen sie den Abbruch. Was an der Schirn-Architektur besonders stört, ist ihr »imperiales« Gehabe, das erstens unverhüllt autokratischen Kulturpolitik dartut und zweitens unangenehme Erinnerungen an nationalsozialistische Architekturgestik weckt. Ich habe ebenfalls Mühe, zu verstehen, weshalb die Wettbewerbsjury ausgerechnet auf dieses Projekt gefallen ist. Es gab eindeutig bessere, zum Beispiel den Vorschlag einer transparenten Raumstruktur von Adolfo Natalini.

Es blieben im Reiseprogramm die Drei-Sterne-Realisationen des deutschen Museumsfiebers. Drei Sterne im »Michelin« bedeuten: »ist eine Reise wert«. Ich liste sie auf, je mit Nennung der Architekten und Angabe der Gesamtbaukosten: –

Neue Pinakothek München, Eröffnung 1981, Architekt Alexander Freiherr von Branca, 105 Mio DM Bausumme –

Staatsgalerie Stuttgart, 1984, James Stirling, 89 Mio DM –

Städtisches Museum Abteiberg, Mönchengladbach, 1982, Hans Hollein, 32 Mio DM –

Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen Düsseldorf, 1986, Hans Dissing und Otto Weitling, 84 Mio DM –

Wallraf-Richartz-Museum/Museum Ludwig mit Kölner Philharmonie Köln, 1986, Peter Busmann und Godfrid Haberer, 312 Mio DM (inkl. Freianlagen)

Schließlich, als Sammelsehenswürdigkeit, die neuen Museen des neuen Neuen Frankfurt am Main: –

Deutsches Architekturmuseum, 1984, Oswald Matthias Ungers, 8,5 Mio DM –

Deutsches Filmmuseum, 1984, Helge Bofinger, 17 Mio DM –

Museum für Kunsthandwerk, 1985, Richard Meier, 55 Mio DM –

Schirn-Kunsthalle, 1986, Bangert-Jansen-Scholz-Schultes, 60 Mio DM

In Frankfurt ist erst Halbzeit. Nochmals via neue Museen sollen demnächst entstehen: das Museum für moderne Kunst von Hans Hollein (Baubeginn 1987), ein neues Museum für Vor- und Frühgeschichte, Erweiterungen des Postmuseums und des Städel.

Konsenskulturpolitik

Kostenzahlen sind schwer zusammenzukriegen. Schließlich ist kein Mensch so unanständig, nachzufragen, wieviel denn der Kölner oder der Frankfurter Dom gekostet habe. Über den Daumen gerechnet haben Städte und Länder für die seit 1980 eröffneten Museen zwei Milliarden DM ausgelegt und damit dokumentiert, daß nunmehr der Wiederaufbau der westdeutschen Städte abgeschlossen ist. Die materiellen Bedürfnisse sind gedeckt, nun darf der Luxus der Kultur dazukommen. Für Brot ist gesorgt, nun wird Marmelade aufgestrichen.

Es geschah und geschieht ohne nennenswerten Widerstand. Daß neue Museen in die Städte gehören, darüber herrscht politischer Konsens. Und es sollen viele und ungemein strahlende sein. Man vergleiche die neue Museumsgeneration mit derjenigen der Nachkriegszeit! Der Vergleich ist leicht anzustellen. Am Grabbeplatz in Düsseldorf steht dem Neubau der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen die Kunsthalle gegenüber; hinter dem neuen Kölner Museumskomplex steht das römisch-germanische Museum; gleich um die Ecke bei der neuen Schirn-Kunsthalle in Frankfurt steht das Historische Museum. Sie, die älteren, wirken heute als hastig hochgezogene Behälter, als eine Art Notunterkünfte für Kultur und Geschichte. Inzwischen ist das Land weiter und zeigt es auch.

Die Zeit der Baracken und Lazarette ist überwunden, angebrochen ist wieder eine Zeit der Paläste. Die sie erstellen, sind die Gemeinwesen, und sie tun es aus einem neuen kollektiven Selbstbewußtsein.

Zum Beispiel Frankfurt:

Das Museumsufer und auf der anderen Mainseite die aufgeforstete Altstadt um den Römer mit der Schirn-Kunsthalle als Prunkstück. Die Szenerie steht als Leistungsausweis für das tatkräftige, die Parteienschranken überbrückt habende Duo »Wallhoff« mit dem CDU-Oberbürgermeister Walter Wallmann (heute Umweltminister in Bonn) und dem SPD-Kulturdezernenten Hilmar Hoffmann (weiter im Amt).

Ich fragte in Frankfurt nach, ob eventuell die energische Museumspolitik auf Kosten einer anderen Politik, zum Beispiel der Sozial- oder Wohnungspolitik erfolgt sei, und zwar dort, wo ich am ehesten Kritik vermutete, bei der Fraktion der »Grünen im Römer«, die mit acht Stadtverordneten im 93köpfigen Stadtparlament vertreten sind.

Meine drei Gesprächspartner, die Stadtverordneten Björn Uwe Rahlwes und Lutz Sikorski sowie die Fraktionsberaterin in städtebaulichen Angelegenheiten, Hannelore Schneider, hielten die Frage für falsch gestellt. Wohl haben sie an der städtischen Kulturpolitik viel auszusetzen, doch keine grundsätzlichen Einwände gegen große Kulturinvestitionen und die Tatsache, daß die Stadt Frankfurt zwölf Prozent ihres Etats für den Kulturbetrieb ausgibt. Die große Geldverschwendung orten sie ganz woanders: Beim Straßenbau und beim U-Bahnbau, wo aus ihrer Sicht Milliarden fehlinvestiert werden. Gegenüber solchen Summen nehmen sich die Kulturmillionen als Hand- oder Abfallgeld aus.

Auch der Architekt Dietrich Wilhelm Dreysse, Professor in Strassbourg und Mitbetreiber des auf Modernisierungsberatung spezialisierten Architekturladens in Sachsenhausen, einer Art Architekturklinik, erkennt keine Abstriche beim Notwendigen als Folge der Vermehrung prächtiger Kulturbauten.

Über Voll- oder Halbherzigkeit der Wohnsanierungspolitik oder der Verkehrsberuhigung lasse sich zwar diskutieren; doch bestehe diesbezüglich kein Zusammenhang zur Aufpolierung der Kunstinstitute und des Stadtbilds. Ein Entweder-Oder sei nicht zu diagnostizieren. Anerkennend bemerkt Dreysse, daß Stadtregierung und -verwaltung nun auch den historischen Wert des alten »Neuen Frankfurt«, desjenigen des Stadtbaumeisters Ernst May erkannt hätten: Die Großsiedlungen der zwanziger Jahre werden systematisch erneuert und sogar dokumentiert, woran er als Herausgeber eines Bautenführers durch das damalige Frankfurt selber beteiligt ist. Das neue Neue Frankfurt arbeitet das Neue Frankfurt auf und will es vorführfähig einrichten.

Aufwertungspolitik

Ausländische Besucher wundern sich gelegentlich, wieviele CDU-regierte Städte und Länder am Kulturbauschub beteiligt sind. Sie bringen kulturelle Innovation eher mit der Bildungskonzeption der SPD in Verbindung als mit der Wirtschaftswunderpartei. Das Rätsel ist jedoch gar keins. Die Kulturbaulust der Städte ist zuvorderst als Imagepflege und Förderung der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit zu begreifen. Längst haben die Stadtbauforscher und Stadtplaner, sowohl die beamteten wie die Regierungen beratenden, erkannt, wie wichtig die sogenannte Erlebnis- und Ambiancequalität ist, damit eine Stadt als Einkaufs- und als Arbeitsort und damit als Firmenstandort attraktiv bleibt.

Was ist das Geheimnis des Aufstiegs von München in der Nachkriegszeit? München hat Erfolg, weil es den Krieg unversehrter überstand als die meisten anderen Großstädte, weil es ein intaktes, »schönes« Stadtbild anzubieten hat, weil es über einen Englischen Garten und einen Nymphenburger Park verfügt sowie über ein angenehmes Umland in Alpennähe, weil es ein reiches kulturelles, para- und subkulturelles Angebot vorweisen kann. Hohe Freizeitwerte, hohe Umweltwerte: Das sind durchaus vermarktbare Güter.

Inzwischen sind die westdeutschen Städte als Wirtschaftsstandorte wie als Einkaufszentren miteinander in Konkurrenz getreten. Sie wetteifern gerade auf dem Gebiet der Stadtqualität, des Stadtbilds, der Wohnlichkeit sogar; denn in diesem Bereich lassen sich Verbesserungen der Attraktivität relativ leicht und rasch erreichen – leichter und rascher jedenfalls als bei der Verkehrs- und Lagegunst, die so gut wie schicksalshaft vorgegeben ist.

Frankfurt zum Beispiel

Hier wird die Erhöhung der Stadtqualität gezielt als Wirtschaftsförderung betrieben. In Verruf gekommen in den sechziger Jahren als Geldsackstadt, als windiges Mainhattan, als Verkehrsmoloch und Stadt ohne Gesicht und Zentrum sah es sich gerade gegenüber München zum Aufholen veranlaßt. Nicht ohne Grund bezeichnet Kulturdezernent Hilmar Hoffmann die Aufrüstung mit Museen, aber auch die Rekonstruktion der Oper wie die schrittweise Erhöhung der Betriebsbeiträge an die Kulturinstitute als »Nachholbedarf«.

Zum Nachholbedarf zählt ebenfalls die Wiederherstellung einer Stadtmitte, die Mittelalter vorzeigt, zählen Stadtbegrünung und Verkehrsberuhigung, zählt die sogenannte Verkachelung der Stadt, zählt der Wald, der neuerdings die umsatzstärkste Einkaufsstraße der Bundesrepublik, die Zeil, ziert.

mittelalterlicher Kleinteiligkeit und Formenvielfalt zu berichten versuchen, Märchenhäuser. Eigentlich sollte, wenn schon, diese Zeile »Schirn« heißen; Schirn ist nämlich die Bezeichnung für die alten Handwerkerhäuschen mit Verkaufsbude und Werkstatt im Erdgeschoß und den Wohnräumen in den Obergeschossen. Aber ausgerechnet die Hausreihe, die diese Geschichte erzählen will, heißt nicht so, sondern die Kunsthalle, die wiederum eine ganz andere Geschichte erzählt, eine jedoch, die sich nicht hier, sondern eher in Berlin zugetragen hat. Wer kann sich da noch einen Reim machen. Es ist, als wären im Stadtführer die Seiten durcheinandergeraten.

Der Architekturkritiker der »Frankfurter Rundschau«, Dieter Bartetzko, merkt in seinem pointiert geschriebenen Buch »Schauplatz Frankfurt« (Campus Verlag, 1986) an, daß die Architekturshow um den Römer die Geschichte der Stadt Frankfurt verwische statt lesbar mache, im Grunde zum Verschwinden bringe: Nirgends ein Fragment, keine Andeutung von Ruine, alles vollendet, Geschichtsklitterung statt Geschichtsschreibung, Architekturtheater, Stadtinszenierung, Kulissenwelt und Täuschung. Dazu passe die Vorliebe für die sogenannt postmoderne Architektur, die für beliebige Behältnisse Baustile durch die Epochen als Verpackung anbietet: Warenästhetik.

Architekturkritik

Aber nehmen wir die Dinge schließlich etwas lockerer. Besuchen wir die Städte als Touristen, schauen wir uns um, was wir vorfinden, als Fremde.

Ich versetze mich vermutlich arg in Minderheit, riskiere Schelte: Den ersten Preis für westdeutsche Museumsbaukunst, wenn es einen solchen gäbe, würde ich dem Wallraf-Richartz-Museum/Museum Ludwig in Köln verleihen, Werk der Architekten Peter Busmann und Godfrid Haberer, also ausgerechnet dem aufwendigsten und teuersten Stück (über 300 Mio DM).

Ich weiß, ich weiß: Die Umstände, die zu diesem Bau geführt haben, sind streckenweise ärgerlich; der Verewigungsehrgeiz des Aachener Schokoladenfabrikanten Peter Ludwig, der die Hälfte des Museumsinhalts gestiftet hat, trägt sogar widerliche Züge: Da ging er doch anno 1986 tatsächlich hin und bestellte beim betagten Leibbildhauer Hitlers zwei Porträtbüsten, von sich und seiner Frau Irene, bekam sie auch und ließ sich davor ablichten. Doch kommen wir nun einmal einfach so daher und wissen von solchen Sachen nichts: Dann sehen wir, erfahren wir, daß hier zwischen Rhein, Hauptbahnhof und Dom ein städtebaulicher Ort von erster Güte entstanden ist. Die Kölner haben ihn auch augenblicklich in Besitz genommen: Das Museumscafé ist chronisch überfüllt, der Platz davor eine Agora. Aber mehr noch: Das neue Baukunststück schafft etwas Unerhörtes. Der aufgestufte, in vertikale Scheiben gegliederte, glitzernde Körper macht nämlich den Anblick dieses Ungetüms von Kölner Dom endlich angenehm, versöhnt mit der dräuenden Düsterkeit dieses Gotthauses. Und es ist dazu ein Vergnügen, durch die Shedhallen des Museums zu wandeln, das so gar nicht auftrumpft. Der Spaziergänger darf hinausschauen auf die eiserne Eisenbahnbrücke, darf die ein- und ausfahrenden Züge beobachten und die Schleppkähne auf dem Rhein, er darf auf der Gegenseite die Stadt überblicken. Und er darf zwanglos Bilder betrachten, die ihm nicht vorzelebriert werden; sie hängen einfach so herum, in schönem Naturlicht, auf eine Weise, die

dem professionellen Kunstkonservator vermutlich den Magen dreht. Aber es macht Spaß, durch diese Bildergärten zu promenieren.

Meinen zweiten hypothetischen Preis erhielte die Staatsgalerie Stuttgart des Engländers James Stirling zugesprochen, zum einen weil er aus einem städtebaulichen Scherbengrundstück an einer Schnellstraße einen Aufenthaltsort für Menschen gemacht hat, zum andern wegen seiner bodenlosen ironischen Frechheit. Dies ist reine Architekturinszenierung, ein Satyrspiel der Baukunst, ein Stein gewordener Fellinifilm. Daß darin auch noch Kunstwerke ausgestellt werden, ist eine beiläufige Erscheinung, das heißt, man muß sich furchtbare Mühe geben, sie zu beachten. Es darf gelacht werden. Da nimmt einer diese ganze Museumskonsumtempelorgie auf den Arm. Die Besucher tätscheln die falschen Säulen, amüsieren sich an den Geschichtstrümmern, und die Kinder fahren stundenlang im gläsernen High-Tech-Aufzug auf und ab. Stirling hat die Angelegenheit vollends überdreht: Er hat eine Skulptur gebaut, die ein Museum darstellt, die munter daherparliert, welch seltsame Erfindung ein Museum sei.

Es würden folgen auf meiner Rangliste auf dem dritten und vierten Platz exsequo Richard Meiers Museum für Kunsthandwerk in Frankfurt und die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, zwei makellose Schönheiten ganz unterschiedlichen Charakters und Temperaments, ich meine sogar verschiedenen Geschlechts.

Ich empfinde Richard Meiers Bau als weiblich: verspielt, lächelnd, in feine Tücher gehüllt, aber unnahbar, feenhaft. Das Haus in Düsseldorf erlebe ich als männlich: ein wohlgeformter Steptänzer, dunkelhäutig und stolz. Ich mag die vornehme Sinnlichkeit von Richard Meiers Innenräumen, in denen die Weißschattierungen sanft wechseln; die Leute, die da drin Gegenstände ausstellen müssen, haben es vermutlich schwer. Demgegenüber wird mir im hochgelobten Ideallicht des Düsseldorfer Hauses nach zehn Minuten schwindlig. Ich habe den Hausherrn, Prof. Werner Schmalenbach, in einem Vortrag dieses diesige, gleichmäßige, schattenlose, wie Dunst in den Räumen hängende Licht unermüdlich preisen hören. Mag sein, daß es die Farben der Bilder originalgetreu zur Geltung bringt und langfristig vor dem Abschießen bewahrt. Als Mensch in einem Haus fühle ich mich in einem Lichtnebel rudern und muß mich am nächsten Pfosten festhalten. Ein angenehmer Fluchtort ist die wirklich hübsche Cafeteria mit schöner Aussicht über Düsseldorf und zum Rhein hin.

Ich liebe in den Museen die Schnittstellen zwischen Innen und Außen.

Konkret 01/87, S. 76

Wolfgang Pohrt

Am Ende: Nationalismus

Die bundesdeutsche Historiker-Clique um Hillgruber & Nolte, Fest & Kohl hat Linksliberale wie Habermas hochgeschreckt und bloßgestellt: Denn der hat nichts gegen »Nationales Selbstbewußtsein«, wenn es nur aus »kritisch angeeigneter Geschichte« schöpft - Auschwitz inklusive. Die Nähe zwischen den vermeintlichen Kontrahenten ist dann auch kein Zufall.

Seit die Sozialdemokratische Partei im Bundestagswahlkampf 1972 mit der Parole »Deutsche – wir können stolz sein auf unser Land« um Stimmen warb, forscht eine Nation nach Gründen. Und je weniger Anlaß zur erhebenden Empfindung die Gegenwart bot, desto mehr wuchs der Wunsch, ihn in der Vergangenheit zu finden.

Wenn die Aktienkurse fallen, wenn die Konkurse sich häufen, wenn die Arbeitslosenzahlen steigen, haben Nationalgefühle international Hochkonjunktur. Seit vorn Wirtschaftswunder niemand mehr sprechen mag, seit der Glaube an die Konkurrenzlosigkeit deutscher Markenfabrikate von japanischen Ingenieuren demontiert wurde, verspüren die Empfänglichen unter den Mitbürgern verstärkt ein Bedürfnis nach nationaler Eigenart. Wahr daran ist, daß ein vornehmlich nur durch die vierzehntäglich eintrudelnden Überweisungen der Bundesanstalt für Arbeit mit dem Vaterland und den Landsleuten Verbundener als Ersatz für die entlaufene Ehefrau und verlorene Bekannte eine kräftige Portion Deutschtum braucht, um sich weiterhin als Mitglied einer menschlichen Gemeinschaft zu fühlen. Fraglich bleibt nur, ob Hochschullehrer und Berufspolitiker solchen ideellen Trost über den Verlust materieller Bindungen für die Deklassierten werden liefern können.

Mit Hinblick auf die politische Ökonomie schreibt Marx: »Die letzte Form ist die Professoralform, die 'historisch' zu Werke geht und mit weiser Mäßigung überall das 'Beste' zusammensucht, wobei es auf Widersprüche nicht ankommt, sondern auf Vollständigkeit. Es ist die Entgleisung aller Systeme, denen überall die Pointe abgebrochen wird, und die sich friedlich im Kollektaneenheft zusammenfinden. Die Hitze der Apologetik wird hier gemäßigt durch die Gelehrsamkeit, die wohlwollend auf die Übertreibungen der ökonomischen Denker herabsieht und sie nur als Kuriosa in ihrem mittelmäßigen Brei herumschwimmen läßt. Da derartige Arbeiten erst auftreten, sobald der Kreis der politischen Ökonomie sein Ende erreicht hat, ist es zugleich die *Grabstätte* dieser Wissenschaft.«

Analog dazu markieren die umständlichen, ermüdend weitschweifigen, an den Haaren herbeigezogenen Bemühungen um die Rehabilitierung der deutschen Geschichte, die nun von Historikern unternommen werden, mitsamt der darum entbrannten Diskussion das Ende der neudeutschen patriotischen Erweckungsbewegung, die wie jede Bewegung ablagefähig wird in genau dem Moment, wo sie in Wälzerform vorliegt.

Wie vor zehn Jahren die akademische Salonfähigkeit des Marxismus, sein Einsickern in die Universitäten und in die wissenschaftliche Fachdiskussion, das Zeichen seiner Unfähigkeit war, die Bevölkerung nicht zu langweilen, sondern zu begeistern, und wie damals mit dem wachsenden Umfang und der wachsenden Gelehrsamkeit der Rechtfertigungsschriften ihre Überzeugungskraft schwand, so kündigt die Übernahme patriotischer Positionen in die wissenschaftliche Geschichtsschreibung heute an, daß der Nationalismus sich auf ein langes Überwintern in den Universitäten einstellt, aufs Schattendasein hiesiger Geisteswissenschaft, um deren Betriebsamkeit sich eine größere Öffentlichkeit nicht weiter kümmert. Und weit entfernt davon, die Sehnsucht nach nationaler Identität zu beflügeln oder zu stillen, bilden die Pläne der Bundesregierung, Gedenkstätten und Museen mit Kolossalformat zu errichten, vielmehr das Mausoleum jener Hoffnung, die der Friedensnobelpreis für Willy Brandt einst weckte, die zu Hochzeiten der Friedensbewegung in voller Blüte standen, und die nunmehr verwelkt sind.

Als Ausdruck der Schwäche, nicht als Indiz für zunehmende Virulenz des neuen Nationalismus ziehen die Veröffentlichungen von Hillgruber, Nolte und Fest den Ärger von Linksliberalen wie Augstein auf sich, der im »Spiegel« gegen den »konstitutionellen Nazi« polemisiert, und der doch selbst 1982 wie ein chauvinistischer Demagoge fragte: »Soll es denn gar keine deutsch-nationalen Interessen mehr geben, sondern nur die Interessen von US-Amerikanern, Engländern, Franzosen, Italienern, Israelis!«

Die wirkliche Triebkraft der Kritik an den Nationalkonservativen, nämlich noch bessere Nationalisten als sie sein zu wollen, offenbart sich bei Jürgen Habermas, der seine Gegner belehrt: »Nach Auschwitz können wir nationales Selbstbewußtsein allein aus den besseren Traditionen unserer nicht unbesehen, sondern kritisch angeeigneten Geschichte schöpfen.«, und der sich den Einwand gefallen lassen muß, daß noch unverfrorener als die Verharmlosung der Vergangenheit nur der Wille ist, aus einer nicht verharmlosten Vergangenheit nationales Selbstbewußtsein zu schöpfen.

Fast rührend in ihrer unvermeidlichen Stümperhaftigkeit erscheint daneben die Geschichtsklitterung der Nationalkonservativen, die sich immerhin den Blick dafür bewahrt zu haben scheinen, daß sich aus der Vergangenheit, wie sie wirklich war, ein brauchbares nationales Selbstbewußtsein beim besten Willen nicht destillieren läßt, und die deshalb zum Mittel der Retusche greifen.

Wenn im Unterschied dazu Habermas es wagt, Auschwitz und nationales Selbstbewußtsein in einem Atem zu nennen, wenn er den seichten pädagogischen Imperativ »kritische Aneignung« als zweckdienliches Mittel betrachtet, die deutsche Geschichte inklusive Auschwitz als Quelle für nationales Selbstbewußtsein zu erschließen, dann deshalb, weil die Verleugnung oder Verharmlosung von Auschwitz für ihn den Teilverlust jener nationalen Identität bedeuten würde, zu welcher er sich mit besorgniserregender Vehemenz bekennt, wenn er postuliert, was das Ausland oder der Himmel verhindern möge: »Wir müssen also zu unseren Traditionen stehen, wenn wir uns nicht selber verleugnen wollen.«

Weit radikaler noch als seine Gegner verwirft Habermas die nationale Selbstverleugnung, obgleich der selbstverleugnende Vorsatz, anders zu werden, als man ist, und zur eigenen Tradition nicht zu stehen, sondern mit ihr zu brechen, von jedem Taschendieb erwartet werden darf und viel mehr noch von einem Kollektiv, dessen Sündenregister die fabrikmäßig betriebene Massenvernichtung von Menschen einschließt. Wie eine Mischung aus Treuebruch, Vaterlandsverrat und Traditionsvergessenheit muß dem Gesinnungsnationalisten Habermas daher der pragmatische Nationalismus konservativer Historiker erscheinen, die dem staatstragenden guten Zweck, der Bundesrepublik eine passable Herkunft anzudichten und das glanzlose Erscheinungsbild der Kohl-Ära mit nostalgischen Reminiszenzen an eine vermeintlich ruhmreichere Vergangenheit aufzupolieren, nicht nur Bruchstücke, sondern die Essenz der deutschen Geschichte opfern.

Die Schönfärberei nämlich, die sich am tagespolitischen Legitimationsbedarf orientiert, also die selektive, verharmlosende, verfälschende und deshalb leicht falsifizierbare Geschichtsbetrachtung, bringt mit der gereinigten, jugendfreien Form nationaler Identität auch eine verstümmelte, sterile Version derselben hervor. Die weggefilterten Schmutzpartikel aber waren ein notwendiges Ferment für das nationale Sendungsbewußtsein, welches aus dem Mund jener linken und linksliberalen Bundesdeutschen spricht, die Schuld mit Verantwortung verwechseln, nach jesuitischer Manier im Verbrecher vor allem den Moralisten sehen und deshalb gern von einer besonderen Verantwortung der Deutschen für Israel, für die Palästinenser, für den Weltfrieden und etliche andere Dinge reden.

Das patriotische Wunschdenken sozial engagierter Chauvinisten aus der imperialistischen Phase, durch die Lösung der sozialen Frage »könnte Deutschland der Retter des 19. Jahrhunderts und das erste Volk der Welt werden« (Friedrich Fabri), lebt fort in der Vorstellung der Friedensbewegten, welche die Verantwortung fürs Verhindern des Weltuntergangs auf ihren Schultern lasten spüren, weil nämlich ein begangenes Verbrechen den Täter nicht etwa zur Tatenlosigkeit, sondern zu tätiger Reue verurteilt. Nicht als Mahnung, künftig Wettkämpfe um einen zumindest moralischen ersten Platz unter den Nationen zu unterlassen, sondern als Aufforderung und Verpflichtung, es noch einmal zu versuchen und diesmal besser zu machen, wird also Auschwitz von den deutschen Linken und Linksliberalen begriffen, welche auf die furchtbare Vergangenheit im Geschichtsbild nicht verzichten mögen, weil gerade darin das ungeheure dynamische Potential für nationalistische Bewegungen liegt.

Den Traum von wahrer geschichtlicher Größe an die profane Tagespolitik verraten zu haben, ist der verborgene Kern der Vorwürfe gegen Hillgruber, Nolte und Fest und gegen eine Bundesregierung, unter der Gesinnungspatrioten am meisten leiden, weil ihr Nationalstolz von den Pannen und Peinlichkeiten verletzt wird, die man dem Unvermögen tölpelhafter Repräsentanten anlasten möchte, und die doch die unvermeidbare Begleiterscheinung des von allen gebilligten Zieles sind, das Ansehen der Deutschen in der Welt zu heben.

Wenn Fest oder Nolte die Massenvernichtung in den Konzentrationslagern als zwar von Deutschen begangene, ihnen aber im Grunde wesensfremde, weil eigentlich »asiatische Tat« bezeichnen, für welche Stalin das Copyright hat, dann sind die Linksliberalen nicht verärgert, weil die kindische Ausrede Öl im Feuer eines neuen Nationalismus wäre, sondern weil Fest und Nolte unabsichtlich dem furchtbaren Verbrechen auch noch die Originalität absprechen und die Deutschen als vermindert zurechnungsfähige Nachäffer erscheinen lassen.

Denn wie jeder Entlastungsversuch, der mit der Zurückweisung von Schuld operiert und die Verantwortung abwälzen mochte, so scheitert auch der von Fest und Nolte unternommene an dem simplen Sachverhalt, daß nur der schuldfähige, für seine Tat verantwortliche Verbrecher sich durch Reue und Buße bessern kann, während der nicht schuldfähige Täter, der im Zustand geistiger Umnachtung handelt, ein Fall ist für die lebenslängliche Sicherheitsverwahrung.

Kein noch so listiger Umweg führt an dem Faktum von sechs Millionen Ermordeten vorbei. Im richtigen Bewußtsein der Tatsache, daß dergleichen die Möglichkeiten von Reue und Buße sprengt, streiten die Nationalkonservativen die Verantwortung ab. Noch schlimmer aber als die Gewißheit, sechs Millionen Menschen ermordet zu haben, ist die Gewißheit, dies Verbrechen als Nachahmungstäter begangen zu haben. Im Einklang mit der Bundesregierung, die in Bitburg auf die Begrenztheit nationaler Rehabilitierungsversuche stieß und die von Andreotti zurechtgewiesen wurde, verdeutlichen die nationalkonservativen Historiker, die jetzt mit Entlastungstheorien an die Öffentlichkeit treten, nur die Aporien und die prinzipielle Ausweglosigkeit eines deutschen Nationalismus nach Auschwitz.

Selbst hartgesottene NPD-Anhänger müßte Noltes Wort von der »asiatischen Tat« zur Verzweiflung treiben, weil dieser Verdacht die Identität des Volkes unmittelbar berührt, welches sich nach völkischer Auffassung mit begangenen Verbrechen

jedenfalls leichter abfinden könnte als damit, daß sie ausgerechnet asiatischen Charakters sind und also mit dem Stigma des Untermenschentum behaftet.

So ist der Grund für den publizistischen Streit zwischen Linksliberalen und Nationalkonservativen nicht die Existenz grundsätzlich verschiedener Auffassungen, sondern der Umstand, daß die eine Auffassung die andere bloßstellt. Viel näher noch, als er ohnehin zugibt, ist Habermas seinen Gegnern, wenn er trotz des Vorsatzes, der ungeschminkten Wahrheit sich ungeschützt aussetzen zu wollen, zum Mittel der Sprachkosmetik greift und der Massenmord sich plötzlich in »eine unvergleichbare Versehrung der Substanz menschlicher Zusammengehörigkeit« verwandelt, so, als habe man in Auschwitz ein philosophisches Prinzip ruiniert und nicht Menschen umgebracht: »Wir können einen nationalen Lebenszusammenhang, der einmal eine unvergleichliche Versehrung der Substanz menschlicher Zusammengehörigkeit zugelassen hat« – also nur passiv geduldet, nicht etwa verursacht – »einzig im Lichte von solchen Traditionen fortbilden, die einem durch die moralische Katastrophe« – also die Moral ist einem Naturereignis zum Opfer gefallen, und nicht Menschen wurden von Menschen umgebracht – »belehrten, ja argwöhnischen Blick standhalten. Sonst können wir uns selbst nicht achten und von anderen nicht Achtung erwarten.«

Bei Kohl, Hillgruber, Nolte, Fest könnte Habermas lernen, daß ein Deutscher, der sich so nennt, nur eines erwerben kann: die nationale Selbstachtung oder soviel Achtung von anderen, wie jedem Menschen unabhängig von seiner nationalen Angehörigkeit zusteht.

Konkret 01/87, S. 81

Andreas Juhnke

Als Kronlügner ungeeignet

In Stuttgart-Stammheim ist ein Mann auf der Flucht. Peter-Jürgen Boock floh schon als Jugendlicher: Aus einem kaputten Elternhaus, aus Erziehungsheimen, schließlich, als Mitglied da Roten Armee Fraktion, vor den Jägern aus Karlsruhe und Wiesbaden. Später floh Boock auch noch vor seinen Genossen. 1980 sprang er aus einem Fenster in Paris und tauchte in Hamburg unter. Am 30. Januar jährt sich der Tag zum sechsten Mal, an dem seine Flucht begann.

Das zweite Urteil gegen Peter-Jürgen Boock, gesprochen am 28. November 1986, läutet nur eine kurze Pause ein. Da werden die Waffen gespitzt, um schon in der Erwiderung auf den Revisionsantrag der Verteidiger die Hatz neu zu eröffnen.

Warum dieser Jagdeifer bei einem, der nur noch im Zellenquadrat weglaufen kann? »Die Haß- und Verleumdungskampagne der Bundesanwaltschaft gegen Boock und dessen Verteidigung ist nur das Spiegelbild ihrer enttäuschten Erwartungen,« vermutete Rechtsanwalt Heinrich Hannover in seinem zweiten Plädoyer für Boock, das eine Abrechnung mit den Jagdmethoden der Bundesanwaltschaft und des 2. Strafsenats am Stuttgarter Oberlandesgericht ist, und ein ebenso eindringlicher Appell an die Richter des 5. Strafsenats, dieses Treiben zu beenden.

Er hat nicht verfangen. Weder die Integrität und langjährige Prozeßerfahrung Hannovers, auch nicht die juristischen Fähigkeiten der Anwälte Johann Schwenn und Sebastian Cobler haben zu einem Urteil geführt, das sowohl der Beweislage als auch den Intentionen des Gesetzes gerecht wird, das demjenigen Frieden verspricht, der diesen seinerseits erkennbar anbietet. Peter-Jürgen Boock hat 1980 die Hände erhoben und sich ergeben. Nur reichte das offenbar nicht. Seine Jäger zeigen ihm, daß er ihr Spiel gestört hat, daß er büßen muß und zu bereuen hat. Seit seiner Festnahme beinahe jeden Tag.

In seinem zweiten Urteil steht, er habe seit seiner Verhaftung »eine ungewöhnliche positive Entwicklung genommen«, ein »publizistisches Wirken von beachtlichem Rang entwickelt«, und er habe versucht, andere vom Einstieg in den Weg RAF abzuhalten.

Das ist nicht als Nebel, mit dem die Richter der zweiten Instanz ein Urteil umgeben haben und das als Justizirrtum in die bundesrepublikanische Geschichte eingehen wird, offenbarte sich nicht soviel Absicht in jeder Zeile.

Wie sahen die Beweise gegen Peter-Jürgen Boock aus? Im Fall der versuchten Entführung und schließlichen Erschießung des Dresdner Bank-Chefs Jürgen Ponto am 30. Juli 1977 bei Frankfurt: Zwei Frauen und ein Mann betraten die Villa des Bankiers, Pontos Frau hat sie gesehen. Eine ds Frauen war die Ponto-Verwandte Susanne Albrecht, die andere mutmaßlich Brigitte Mohnhaupt. Der Mann, das erklärte Frau Ponto bei einer Gegenüberstellung, war nicht Peter-Jürgen Boock. Der Anzug, der Boock von den Kronzeugen Hans-Joachim Dellwo und Volker Speitel angezogen wurde und den der dritte Mann in Pontos Villa trug, hatte Schweißspuren einer anderen Blutgruppe, als Boock sie hat.

Also Freispruch? Also Lebenslänglich! Im ersten Verfahren gleich dreimal. Auch wenn Boock nicht am Tatort war, habe er den Mord gebilligt. Hat er? Wer eine Entführung plant – und es ist ungewiß, ob Boock von der Planung überhaupt wußte – kann nur die Entführung eines lebenden Opfers planen. Ein toter Entführter ist wie ein Sack Steine bei einem Marathonlauf. Daß Lebensbeweise gefordert würden, wußte man seit dem Kidnapping des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz. Ob geschoßen wurde, weil sich Ponto wehrte, ob das vorher verabredet war, die Beteiligten schweigen darüber. Boock war nur nachzuweisen, daß er kurz vorher in Frankfurt war. Er wurde trotzdem verurteilt. Im zweiten Urteil bekam Boock zwölf Jahre Haft für den Aufbau eines Raketenwerfers gegenüber dem Dienstgebäude der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe am 25. August 1977. Im ersten Verfahren hatte er dafür 15 Jahre bekommen, die dem Urteil von dreimal lebenslänglich angehängt wurden. Zwar hielt es das Bundeskriminalamt für möglich, daß die komplizierte Apparatur ohne Wirkung geblieben wäre, Boock ließ es darauf erst gar nicht ankommen. Er zog den Zündmechanismus, eine Eieruhr, nicht auf.)>Vergaß« das Aufziehen, meinten die Richter der ersten Instanz. Er habe vielleicht »unbewußt das richtige getan« mutmaßten die Richter der zweiten. Peter-Jürgen Boock hat befürchtet, ein unübersehbares Blutbad anzurichten und er hat nicht geschossen.

Fingerabdrücke am Entführungswagen Schleyers, auf einer Video-Cassette und auf einem Briefumschlag, möglicherweise Boocks Stimme auf einem Tonband, das weitgehend unverständlich bleibt, aber möglicherweise ein Verhör Schleyers dokumentiert – das waren die Beweise im Mordfall Schleyer im September und Oktober 1977. Daraus lassen sich zwar eindeutige Hilfsfunktionen für die Entführung ableiten, aber es läßt sich damit weder belegen, Boock habe gewußt, wie die Entführer vorgehen wollten, noch, ob er an den Entscheidungen dazu beteiligt war.

In den ersten Stammheimer Verfahren suchte die Bundesanwaltschaft zu beweisen, daß die RAF hierarchisch gegliedert sei mit Befehlsstrukturen von oben nach unten. Im Verfahren gegen Boock bestand die gleiche Bundesanwaltschaft darauf, daß die RAF kollektiv organisiert sei, mithin alle Entscheidungen von allen Mitglieder getragen würden. Nur so konnte Boock

für Ponto und den Schleyer-Komplex verurteilt werden. Unumstößlich war nämlich bewiesen, daß Boock bei Schleyers Erschießung bereits in Bagdad war.

Auf diesen Bruchstücken von Indizien, von peripheren Beobachtungen und Aussagen der Kronzeugen Speitel und Dellwo, die sogar in ihrer Dürftigkeit noch widersprüchlich waren, auf diesen Belegen, die unter normalen Umständen zu keiner Anklageerhebung ausgereicht hätten, ruhen zwei Urteile. Das erste, dreimal lebenslänglich plus fünfzehn Jahre, in seinem Ausmaß damals beispiellos, das zweite, lebenslänglich, – mehr war seit einer Gesetzesänderung im Mai 1986 gar nicht möglich.

Heinrich Hannover hatte in seinem Plädoyer davon gesprochen, daß die Verteidigung an die Beeinflußbarkeit des Verfahrens im ersten wie im zweiten Prozeß glaubte. In einem normalen Verfahren sei das so und »das gilt prinzipiell auch für den politischen Prozeß, wenngleich dieser dem historisch begründeten Verdacht ausgesetzt ist, daß es nur um den legitimierenden Schein eines zeremoniellen Verfahrens für eine beschlossene Sache geht«.

Es scheint, als habe die Hoffnung getrogen. Der Umgang des Gerichts mit dem Beweisthema Drogenabhängigkeit und deren Folgen für die Schuldfähigkeit läßt kaum eine andere Einschätzung zu. Das Gericht bestellte sich Karl-Ludwig Täschner zum Gutachter, der zu dem Schluß kam, daß Opium-Raucher Boock die Drogen nicht in dem angegeben Maß habe konsumieren können, schon deshalb nicht, weil dies dem festgestellten Sachverhalt des ersten Urteils widerspräche. Der Gutachter der Bundesanwaltschaft, Bresser, führte mit Boock nicht einmal ein Explorationsgespräch.

Vergeblich hatten die von der Verteidigung vorgeschlagenen Gutachter Friedrich Specht und Friedrich Bschor in minutiösen Aufschlüsselungen dargelegt, daß Boock mindestens seit seinem Eintritt in die RAF von seiner Sucht bestimmt war und nicht mehr Herr seiner Entscheidungen gewesen sein konnte.

Das Gericht stützte sich für den Fall Ponto auf Täschner und Bresser. Das ergab lebenslänglich. Es stützte sich im Fall Schleyer auf Specht und Bschor. Das ergab den Schein einer neuen Bewertung, ohne bedeutende Einschränkungen des Urteils. Beim versuchten Anschlag auf die Bundesanwaltschaft war Boock noch voll schuldfähig. Elf Tage später, bei der Entführung Schleyers, war er es nicht mehr. Solch filigrane Differenzierungen würde sich kein verantwortungsbewußter Seelen-Spezialist zutrauen.

Der Fall Peter-Jürgen Boock ist ein Fall Dreyfuß dieser Republik oder, um ein deutsches Beispiel zu wählen, ein zweiter Fall Max Hölz.

Konkret 01/87, S. 82

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Genscher läßt sich gern den dienstältesten Außenminister aller Länder nennen. Die »Bild«Zeitung hat diesen Inhaber des Weltrekords in Dauerdiplomatie beim Takt-Training beobachtet:

Es ist immer wieder vergnüglich, Genscher zuzuhören, weil er voller Anekdötchen steckt. Etwa der von der Begegnung mit dem Präsidenten der »DDR«-Volkskammer, Horst Sindermann, bei der Verbrennung der ermordeten Indira Gandhi. Da habe er neben diesem gesessen und ausführlich mit ihm plaudern können, weil es ja vier Stunden dauerte, bis die Leiche zu Asche war. Immer wieder sei Indiras Sohn, Rajiv, mit einer Kanne um die Feuerstätte gekreist und habe Öl auf die Flammen gegossen. Das sei sicher eingeschmolzene EG-Butter gewesen, weil Indien nur für diesen Zweck die Butter importiere. Und bei jeder Kanne habe er gedacht: Schon wieder 20 Ecu (künstliche Währung der EG, die Red.).

Genscher, behauptet »Bild«, »verbreitet Leutseligkeit. Er trägt gern Wiener Kaffeehaus-Charme – vielleicht weil er Sachse ist.« Daran muß es liegen.

Theo bildet auch aus. Einem seiner Schüler, dem Christoph Bertram, den er von der Londoner Natoschule für strategische Studien in die Redaktion der »Zeit« geholt hat, gelingen die Metaphern schon beinahe so daneben wie seinem Meister:

Eine lahme Ente im Weißen Haus... Der Magier von Washington, der allen Fachleuten zum Trotz immer wieder instinktsicher und applausbewußt politische Erfolge wie Kaninchen aus dem Zylinder zog, hat über der verfahrenen Iran-Affäre seinen Zauber eingebüßt. Er wird ihn nie wieder voll zurückgewinnen – so sehr er auch seine ramponierte Autorität zu reparieren sucht, wie etwa durch das Bauernopfer des Sicherheitsberaters Poindexter... Jetzt steht Ronald Reagan da wie ein begossener Pudel... Zuviel steht auf dem Spiel, wenn der führende Mann des Westens flügellahm geworden ist... Jetzt droht die Gefahr, daß auch noch die Überbleibsel an Gemeinsamkeit im Gedränge der Falken zertreten werden...Wird der Präsident, der ohnehin seinen Falken gern Leine ließ,

das Kaninchen an die Kandare nehmen, die lahme Ente in den Hut des Bauern zaubern und dem Pudel Flügel machen?

Im Feuilleton der selben »Zeit«Ausgabe, in der Theos Bertram den Brehm zerlegt, tritt ein anderer Azubi auf, der es leider bei mir gelernt hat und sich infolgedessen unter dem Titel »Journalistenpoesie: tierisch« über den Herausgeber der »Welt«, Herbert Kremp, so hermacht:

Einen »Parteitag des Wankelmuts« erlebte Kremp bei der FDP in Mainz, und dies entsetzliche Erlebnis läßt ihn nun um die Koalition und ihre Leitfiguren beben, bangen und barmen, wie nur ein Kremp, ein Großmeister der schiefen Metapher, beben, bangen und barmen kann.

Daß im Hause da Gehenkten Konzertboxen aufgestellt werden, wenn die Rede auf den Strick kommt, ist weniger ein Fall für den Polemiker als einer für den Therapeuten. Zu meiner wird die Sache erst wieder, wenn der auszubildende »Zeit«Kritiker Kremps Tierwelt, wo der Kanzler mit dem Löwenherzen auf dem Tiger zum Danaergeschenk reitet, mit meinem Spott zu erledigen versucht:

Jetzt ist alles endlich klar: Die absolute Mehrheit der Union ist der gefleckte Tiger als Danaer-Geschenk. Daß die Danaer den Trojanern keinen Tiger schenkten, sondern ein Pferd aus Holz, mag kleinere Geister irritieren – Herbert Kremp, dies Löwenherz des deutschen Leitartikels, kennt keine Furcht, wenn er auf seinem apokalyptischen Holzpferd wieder einmal übers Tiefland der deutschen Sprache galoppiert.

Ach, was schreibt ihr schlecht ab. Wer hat euch gelehrt, das didaktische »Jetzt ist alles klar« zu einem »Jetzt ist endlich alles klar« zu steigern, statt es zu streichen? Von wem habt ihr die hähäsatirischen »kleinen Geister«, die sich »irritieren« lassen? Woher die Pranke, deren Griff nach dem »Löwenherzen des deutschen Leitartikels« die feuilletonistische Schoßkatze verrät? Wer hieß euch, keine Furcht zu kennen und auf Kremps apokalyptischem Holzpferd übers Tiefland der deutschen Sprache zu galoppieren, nämlich durch die Gegend, wo solche Witze wachsen? Es ist ja endlich alles wieder einmal gut gemeint, aber glaubt mir: Daraus wird nichts.

Otto Schily läßt ausrichten:

Der Appell der Brüder von Gerold von Braunmühl ist ein bewegendes und eindrucksvolles Dokument menschlicher Größe und Klarheit, das den Kälteschatten des Todes der mörderischen Wahnideen der RAF zu durchbrechen sucht.

Ferndiagnose: declinatio in genetivum tremens (zwanghafte Beugung in den Wesfall).

Der Horst Ehmke hat Furchtbares entdeckt:

Kohl macht Politik gegen das eigene Volk!

Gegen andere – das hätte ihm der Sprecher des demokratischen Sozialismus auf deutschem Boden gerade noch durchgehen lassen.

Peter Glotz schreibt alles auf, aber er läßt es auch drucken:

Zwar ist Kohl keineswegs tolpatschig, wie einige Linke meinen; eher berechnend und machtbewußt. Aber er zieht durch die Außenpolitik wie ein Elefant durch ein Porzellanlager.

Der berechnende Elefant also

organisiert die Republik für die Privilegierten; die Schwächeren sollen sehen, wo sie bleiben. Wir können nicht verhindern, muß ich denken, daß in der Wirtschaft zweihundert Herren in Maßanzügen das Sagen haben; aber wir sollten alles daransetzen zu verhindern, daß sie auch noch die Politik bestimmen.

Das – man muß es so nennen: – Engagement des maßgeschneiderten Geschäftsführers zugunsten der »Schwächeren«, zu denen sozialdemokratische Politik die Arbeiterklasse gemacht hat, in allen Ehren. Aber ist zur Bezeichnung einer Tätigkeit, die eine hundertjährige Realität als dräuende Zukunft malt, das Wort *denken* nicht ein wenig hoch gegriffen?

Später Sieg in der »taz«:

Die Entscheidung der Kasseler Richter ist nicht nur für das BMW-Management eine Niederlage, sondern auch für Kurt Golda, dem personifizierten Sozialpartner.

Dem Dativ ist gerettet!

Also, wie ist das mit den Franzosen, Herr Cohn-Bendit?

In der Bundesrepublik hat es eine Kontinuität von Bewegung und Auseinandersetzung gegeben, die in Frankreich nicht lief. Auf der anderen Seite sind die Brüche, die stattfinden, strukturell ähnlich. Der Bruch, den die französischen Studenten gemacht haben, äußert sich daran, daß es jetzt eine neue Generation gibt. . .

Ach, so ist das. Und ich hatte geglaubt, daß französische Studenten, die einen Bruch machten, in kontinuierlicher Bewegung strukturell ähnlich liefen wie die Auseinandersetzung. Wie man sich irren kann.

Den »Spiegel« gibt's jetzt vierzig Jahr':

So bleibt am Ende des Prozesses, von dem vielleicht die deutsch-syrischen diplomatischen Beziehungen abhängen, manches ungereimt – wie bei Terror üblich, rätselhafter Orient.

Die »Gartenlaube« aber gibt's nicht mehr.

Die Revolution in einer Bildunterschrift der »Frankfurter Allgemeinen«:

»Die Orgie« und »Im Schützengraben« nannte Rivera die beiden Wandbilder aus dem großen Zyklus über die Revolution im zweiten Stock des Erziehungsministeriums in Mexiko-Stadt.

Wer malt ihr die Bilder über die Revolution im Erziehungsministerium von Nordrhein-Westfalen? Irgendwer muß ihr doch über die Nöte dieser Wochen hinweghelfen. Um nur eine zu nennen:

Für das Schweizer Chemie-Unternehmen Sandoz kommt in diesen Wochen viel zusammen: die Hundertjahrfeier der Firmengründung, eine Umweltkatastrophe – und eine Unsicherheit, wie der Name des Firmengründers Sandoz sich eigentlich ausspreche. Es gibt da eine Skala von Möglichkeiten: sie reicht von der »spanischen Version«...bis zu einer Variante, die das a nasaliert und den Namen mit einem geschürztlippig offenen o ausklingen läßt.

Etwa so wie Italiener, wenn sie sagen wollen, daß Frankfurter, die von rhein garnix wissen, wohl den culo offen haben.